



# UFZ-Bericht

UFZ-Bericht • UFZ-Bericht • UFZ-Bericht • UFZ-Bericht

UFZ - Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

Nr. 2/1994

---

## Handlungsstrategien für den Leipziger Raum - Visionen, Innovationen, Praktikabilität

---

Workshop am  
UFZ-Umweltforschungszentrum  
Leipzig-Halle GmbH  
in Zusammenarbeit mit der  
Friedrich-Ebert-Stiftung und der  
Universität Bremen  
5. und 6. Juni 1994

Redaktion: Sigrun Kabisch

## Inhaltsverzeichnis

Sigrun Kabisch Zum Anliegen und zu den Ergebnissen des Workshops: Handlungsstrategien für den Leipziger Raum - Visionen, Innovationen, Praktikabilität	1
Winfried Schneider-Deters Grußwort der Friedrich-Ebert-Stiftung	10
Dietmar Röhl Anspruch und Realität regionaler Planungsstrategien	11
Wolf Dieter Grossmann Zukunftsorientierung und nachhaltige Lebensfähigkeit der Region Leipzig-Halle - grundlegende Rahmenbedingungen für ein ökologisch-ökonomisches Programm	25
Hartmut Usbeck Räumlicher Strukturwandel und Standortentwicklung in der Stadtregion Leipzig	44
Dieter Rink Entwicklungsszenarien für die Stadtregion Leipzig	60
Jürgen Breuste Charakteristik des stadtökologischen Strukturwandels der Stadtregion Leipzig	76
Catrin Schmidt Landschaftsrahmenplanung in Westsachsen - Zum Zielkonzept "Landschaft" für den Verdichtungsraum Leipzig	93

Ursula Bischoff, Sigrun Kabisch, Sabine Linke Der Einfluß der Braunkohleindustrie auf Struktur und Verhalten der Erwerbsbevölkerung im Landkreis Borna	100
Uta Starke Migration von Leistungsträgern aus wenig attraktiven Regionen - Ergebnisse jugendsoziologischer Untersuchungen aus dem Leipziger Raum	122
Helene Kleine Der sanfte Strukturwandel - Zur Übertragbarkeit der IBA-Emscher-Park-Idee	139
Rudolf Krönert "Expo 2000" - Visionen einer künftigen Entwicklung des sachsen-anhaltinischen Industriereviers"	145
Verzeichnis der Autoren	

**Sigrun Kabisch**

**Zum Anliegen und zu den Ergebnissen des Workshops:  
Handlungsstrategien für den Leipziger Raum -  
Visionen, Innovationen, Praktikabilität**

**Zielstellung des Workshops**

Das Ziel des Workshops bestand im Aufzeigen möglicher Entwicklungspfade für den Leipziger Raum unter Beachtung gegenwärtig laufender wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Prozesse. Widersprüchliche Entwicklungstendenzen, z.B. das Überdecken ökologischer Forderungen durch wirtschaftliche Erwägungen mit dem vorrangigen Ziel der Arbeitsplatzschaffung, sollten verdeutlicht werden. Gleichzeitig galt es, auf Chancen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und administrativen Neustrukturierung aufmerksam zu machen.

Es wurde dabei zur Diskussion von Ansätzen regionaler Entwicklung, die über konventionelle Strategien hinausgehen und innovativen sowie visionären Charakter besitzen, ermutigt. Andererseits stand die Forderung nach einer größtmöglichen Praktikabilität im Raum, welche im Wechselspiel der Diskussion zwischen Wissenschaftlern und Praxisvertretern erfüllt werden sollte. Das erwartete Ergebnis zielte auf Anregungen für alle beteiligten Seiten hinsichtlich regionaler Entwicklungsziele und gewinnbringender neuer Partnerschaften, ohne den Anspruch einer abschließenden Beantwortung der aufgeworfenen Fragen zu erheben. Dabei übernahm das UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH als Gastgeber die Aufgabe, die unterschiedlichen Akteure im Leipziger Raum zusammenzuführen. Zugleich war es Anliegen des UFZ, seinen Beitrag für abgestimmte regionale Entwicklungsstrategien zu benennen sowie Forschungsbedarf aus der Perspektive der regionalen Verantwortungsträger zu erkunden.

Durch die gemeinsame Diskussion konnten wechselseitig Ideen für die Suche nach Handlungsstrategien vermittelt werden, die über das abgegrenzte Aufgabengebiet des einzelnen hinausreichen. Damit entstand die Möglichkeit, die eingengegte Sicht auf Fragestellungen, ausgehend von der jeweiligen Charakteristik der Institution

oder Wissenschaftsdisziplin, zu durchbrechen. Dieser Vorteil überwog im Vergleich zu den nachteiligen Konsequenzen hinsichtlich Verzicht auf eine tiefgründige Auslotung von Details.

Um eine möglichst vielfältige Problemsicht auf die komplexen Zusammenhänge regionaler Entwicklung zu eröffnen, wurden Vertreter regionaler und kommunaler Entscheidungsträger (Regierungspräsidium Leipzig, Regionalplanungsstelle, Stadtverwaltung Leipzig, Landratsamt Borna, Industrie- und Handelskammer) und Wissenschaftler (UFZ, Universität Leipzig, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut für Ökologische Raumentwicklung) sowie Vertreter von Unternehmen (MBS - Mitteldeutsche Braunkohlestrukturförderungsgesellschaft Espenhain) eingeladen. Damit war ein Podium gefunden worden, welches reale Vernetzungen im regionalen Beziehungsgeflecht repräsentierte. Ca. 80 Teilnehmer folgten der Einladung zum Workshop, was rein quantitativ das große Interesse an der Thematik und die damit verbundenen Erwartungen widerspiegelte.

**Wohin soll die Entwicklung des Leipziger Raumes gehen?**

**Welche Restriktionen müssen beachtet werden?**

Auf einer sehr allgemeinen Ebene herrschte Einigkeit über die wünschenswerte hervorragende Rolle Leipzigs im Kanon deutscher Großstädte. Allerdings blieb der Zeithorizont unklar, und ebenso waren die zeitlichen Dimensionen für Zwischenschritten nur zu konturieren. Eine detaillierte Analyse der konkreten Standortbedingungen vor Ort sowohl in der Stadt als auch in der Stadtregion erwies sich als erforderlich, um konkrete Entwicklungsoptionen benennen zu können. Dabei wurde sowohl auf Standortvorteile als auch auf -nachteile wie dem dramatischen Rückgang der Beschäftigtenzahl und der wirtschaftlichen Potenz des gewerblichen Sektors, dem Wegbrechen des industriellen Forschungs- und Entwicklungspotentials oder der bisher viel zu geringen Reaktivierung von Altstandorten hingewiesen. Da diese Entwicklung bis in die Gegenwart noch nicht gestoppt oder gar umgekehrt werden konnte, ist eine wirtschaftliche Stabilisierung der Region nicht in Sicht.

Im Verlauf der Diskussion zeigte sich, daß die Fragestellung mit Bezug auf verschiedene räumliche Dimensionen erörtert werden muß. Die kleinräumige Analyse

der Stadt Leipzig wurde durch die Einbeziehung des Umlandes ergänzt und durch die Einordnung des Leipziger Raumes in das mitteldeutsche Verdichtungsgebiet erweitert. Darüberhinaus erfolgte der Verweis auf die gegenwärtige und prognostizierte Bedeutung des Leipziger Raumes im nationalen und im internationalen Standortwettbewerb. Bei der Betrachtung von allen räumlichen Dimensionen zeigten sich deutliche innere Differenzierungen in der Entwicklung. Beispielsweise wurde auf Risiken für die Stadt Leipzig hingewiesen, wenn neue Standortkomplexe mit eigenen funktionalen Verflechtungen bis hin zu neuen Pendlerströmen im Umland entstehen wie im Teilraum Schkeuditzer Kreuz.

Die räumliche Betrachtungsebene fand ihre Ergänzung in der zeitlichen. So wurde herausgearbeitet, daß konzeptionelle Überlegungen mit innovativen Lösungsvorschlägen an die Respektierung der spezifischen Historie des Raumes gebunden sind. Die Erklärung aktueller Problemkonstellationen geht oftmals auf vergangene Entscheidungen und Prozesse zurück. Insbesondere in dem kurzen Zeitraum seit dem gesellschaftlichen Umbruch in Ostdeutschland mit seinen zeitweise rechtsfreien Räumen, folgenden Sondergesetzen (z.B. Beschleunigungsgesetz), nur teilweise funktionierenden Verwaltungsstrukturen und bis in die Gegenwart ungeklärten Eigentumsverhältnissen sind Realitäten geschaffen worden (z.B. Flächenausweisung für Gewerbe und Wohnen unabhängig vom realen Bedarf), die eine abgestimmte Regionalentwicklung nun behindern. Die Vertreter staatlicher Institutionen hoben hervor, daß deren Einflußmöglichkeiten rechtlich begrenzt sind. Getroffene Entscheidungen, die sich im nachhinein als Fehler erwiesen haben, sind häufig nicht rückgängig zu machen. Somit ist die Suche nach neuen Strategien regionaler Entwicklung mit dem Faktor Schadensbegrenzung gepaart. Die zeitlichen Dimensionen für Erfolge zukunftsorientierter Handlungsstrategien waren nur schwer zu bestimmen. Ein ausgewogenes Verhältnis von Kurz-, Mittel- und Langfristentscheidungen ist erforderlich. "Pionierleistungen", die in absehbarem Zeitraum vorzeigbare punktuelle Ergebnisse aufweisen, sind genauso unerläßlich wie notwendige Entscheidungen, deren Resultate erst langfristig sichtbar werden. In diesem Zusammenhang wurde auf den Zeitfaktor als Wert und immer knapper werdendes Gut des im Arbeitsprozeß integrierten Teils der Bevölkerung hingewiesen.

Der gegenwärtig in Ausarbeitung befindliche Regionalplan, dessen erste Teile 1995 vorliegen sollen, wird als ein wichtiges Instrument für das Erreichen abgestimmter Planungsziele erwartet. Dem Freiraumschutz als Sicherungsaufgabe eines verbindlichen Regionalplans gilt dabei besondere Aufmerksamkeit. Der Entwurf des landschaftlichen Zielkonzeptes für den Verdichtungsraum Leipzig und seine Randbereiche, erarbeitet von der Regionalplanungsstelle Leipzig, orientiert auf eine Integration der einzelnen Zielvorstellungen. Die Zielkarten zu den Schutzgütern Wasser, Luft/Klima, Boden, Landschaftsbild/Erholungspotential, Arten/Biotop wurden in einer Karte "Landschaftliches Zielkonzept" zusammengeführt. Hier wurden die, seitens der Regionalplanungsstelle präferierten Entwicklungsmuster dargestellt. Es wurde damit der Versuch eines Abgleiches der verschiedenen landschaftsökologischen Komponenten mit ihrer jeweils eigenen inneren Konflikthaftigkeit unternommen. Ziel ist die landschaftsökologische Abwägung von Entscheidungen im Prozeß des Strukturwandels, die eine Kulturlandschaftsentwicklung begünstigt, welche am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet ist. Eine ökologisch orientierte Regionalplanung übt somit auch eine Schutzfunktion für landschaftsökologische Potentiale aus, die Werte für die Zukunftsentwicklung der Stadt Leipzig und der gesamten Region darstellen.

Das Fehlen eines Handbuches für landschaftsökologische Bewertungen, die Notwendigkeit weiterer landschaftsökologischer Kartierungen und die Laufendhaltung der Daten im Geographischen Informationssystem sind notwendige Voraussetzungen ökologisch orientierter Regionalentwicklung. In diesem Zusammenhang wurden Reserven in der Zusammenarbeit mit dem UFZ benannt.

### **Regionaler Strukturwandel und Arbeitsmarkt**

Von zentraler Bedeutung für die Diskussion war die Fragestellung nach den Richtungen eines regionalen Strukturwandels im Leipziger Raum. Das Primat der wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse mit seinen, eine Region determinierenden Konsequenzen, wurde in enger Verbindung mit ausgewählten sozialen und ökologischen Begleiterscheinungen herausgearbeitet.

Der Arbeitsplatzschaffung galt besondere Aufmerksamkeit. Der Vertreter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung befaßte sich mit der Frage, ob eine zu-

künftige Regionalentwicklung ohne industrielle Basis denkbar wäre und welche Auswirkungen auf die Arbeitsplätze damit verbunden sind. Er zeigte ausgehend von arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen prognostische Zielsetzungen für die Region Leipzig auf, wobei er auf die starke wirtschaftliche Dynamik in diesem Raum verwies. Aus den bisherigen Analysen seines Instituts bezüglich Ansiedlung von Fremdkapital und Neuansiedlung von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben wurde dem Raum Leipzig ein vorrangiger Platz zugeschrieben, er gehört zu den Wachstumspolen in Ostdeutschland. Dennoch sei der Arbeitsplatzabbau bis in die Gegenwart noch nicht abgeschlossen, was dazu führe, daß Arbeit als soziale Kohäsion in ihrer Wirksamkeit weiter eingeschränkt werde.

Daran knüpfte ein Beitrag an, der exemplarisch soziologische Forschungsergebnisse aus einem laufenden DFG-Projekt zum Einfluß der Braunkohleindustrie auf Struktur und Verhalten der Erwerbsbevölkerung im Landkreis Borna vorstellte. Es wurde herausgearbeitet, daß aktuelles Verhalten von strukturellen Bedingungen und subjektiven Voraussetzungen abhängig ist, wobei unter dem regionsspezifischen Hintergrund das berufliche und räumliche Mobilitätsverhalten von besonderem wissenschaftlichen Interesse ist. Als Erklärungsvariable dienten die sozialstrukturellen Wandlungen im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Raum (Zuwanderung von Industriearbeitern, Umwandlung einer Agrarregion in eine Industrieregion und deren monostrukturelle Dominanz durch die Braunkohleindustrie). Die konkreten Ergebnisse zeigten entgegen der Hypothese eine aktuell erstaunlich hohe räumliche Seßhaftigkeit. Als Begründung dafür sind die Chancenlosigkeit bergbau-spezifischer Qualifikationen auf anderen Arbeitsmärkten, das Funktionieren sozialer Netze am Wohnort mit Kompensationsfunktion für weggefallene betriebsgebundene soziale Netze, Grundstücksbesitz und damit Wohnsicherheit sowie Erwartungen hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen durch weitere staatliche Subventionierung vorrangig zu nennen.

Die berufliche Mobilitätsbereitschaft und die erbrachten Anpassungsleistungen auf dem Arbeitsmarkt konnten gruppenspezifisch skizziert werden. Auffallend hoch war der Anteil derjenigen Wiederbeschäftigten, die den Beruf gewechselt haben (40%) und nun unterhalb der bisherigen beruflichen Position eingesetzt sind (ca. 30%).

Dieser Diskussionspfad wurde mit einem Beitrag weiter verfolgt, in dem fokussiert auf die Gruppe der Jugendlichen Fragen der Wertorientierungen und des Wohlfühlens in Leipzig und im Raum Borna diskutiert wurden. Berufliche Arbeit als individueller Wert wird von Jungen wie Mädchen hervorgehoben. Demzufolge ist das Arbeitsplatzmotiv im Sinne des Verfügens über einen Arbeitsplatz primär in der Rangordnung der möglichen Wegzugsmotive. Die schlechten Umweltbedingungen und Wohnbedingungen sind die weiteren Beweggründe für eine Abwanderungsentscheidung.

Als Fazit konnte herausgearbeitet werden, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen im Leipziger Raum nach wie vor die entscheidende soziale Fragestellung ist. In diesem Kontext sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen künftig nur für sehr gezielte Aufgaben, für einen konkreten Zeitraum und mit einem begrenzten Entlastungseffekt für den Arbeitsmarkt zu erwarten. Demzufolge sind stärkere Bewegungen auf dem ersten Arbeitsmarkt unumgänglich. Abwanderungsbereitschaft insbesondere unter der jüngeren Bevölkerung ist weiterhin vorhanden, wird aber erst dann realisiert, wenn die Chancen auf dem regionalen Arbeitsmarkt aussichtslos und überregional aussichtsreich sind.

### **Erfahrungen aus anderen Problemregionen**

Obwohl konkrete Handlungsstrategien für den Leipziger Raum originär und zugeschnitten auf die spezifische Problemstellung erarbeitet werden müssen, wurden im Verlauf des Workshops Bemühungen und Erfahrungen aus anderen Problemregionen vorgestellt und ausgewertet.

Visionäre Vorstellungen einer künftigen Entwicklung alter Industriegebiete kamen im Zusammenhang mit der Konzeption für die EXPO-2000 und deren räumlicher Ausdehnung auf Teile des Landes Sachsen-Anhalt zur Sprache. Hier wurde als Ziel formuliert, anhand von Einzelprojekten die Wechselwirkungen von Mensch, Natur und Technik, wie sie zu Beginn des kommenden Jahrtausends in einer ehemals extrem umweltbelasteten Region angestrebt werden sollten, darzustellen. Nach kritischer Einschätzung der verantwortlichen Projektgruppe konnte keines der eingereichten Einzelprojekte dieses Ziel erfüllen. Es wurde hervorgehoben, daß nur mehrere Projekte, zwischen denen eine räumliche und eine inhaltliche Verbindung hergestellt werden kann, die Chance besitzen, grundlegende Veränderungen im Unter-

suchungsgebiet südliches Sachsen-Anhalt zu erreichen. Als personale Voraussetzungen sind Akteursgruppen und Initiativen unerlässlich, die eine qualifizierte Umsetzung der Projektideen gewährleisten und in einem regionalen Netzwerk interagieren.

Da die zu fördernden Projekte keine kurzlebigen Vorzeigevorhaben, sondern langfristig angelegte, paßfähige Entwicklungsvorhaben mit Signalwirkung für die jeweilige Region sein sollen, wurden die Auswahlkriterien insbesondere auf den Nutzen für die Region ausgerichtet.

Es soll modellhaft gezeigt werden, wie Sanierungs-, Gestaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen in der Summe zu neuartigen, attraktiven Landschaften sowie Wirtschafts- und Lebensräumen führen. Forschungsbedarf wurde in diesem Rahmen für die Stellung der Landwirtschaft, zum Gebietswasserhaushalt und zu den Sukzessionen in den Bergbaufolgelandschaften formuliert.

Im Vergleich zu den konzeptionellen Vorstellungen der Expo 2000 konnten konkrete Ergebnisse des Projektes IBA-Emscher-Park vorgestellt und auf deren Übertragbarkeit auf andere Regionen geprüft werden. Dieses Projekt setzt als Prämisse seiner Arbeit den Wiederaufbau der Landschaft sowie die Sicherung und qualitative Entwicklung der Freiflächen als ökologische Grundlage für die ökonomische Entwicklung. Gewerbe- und Dienstleistungsparks in ehemaligen Industriearealen mit großzügiger Durchgrünung, Siedlungsentwicklung, die traditionelle Siedlungsstrukturen erhält und aufwertet (Denkmalschutz, soziale Infrastruktur verbessern) sowie eine weitgehende Bewohnerbeteiligung, um Akzeptanz der einzelnen Vorhaben zu stabilisieren, sind wichtige Eckpunkte des gesamten Projektes. Nachweislich hatte die Mitwirkung der Nutzer zu höherer Alltagstauglichkeit und Gebrauchsqualität der Projektergebnisse geführt und letztlich die Bildung neuer sozialer Strukturen befördert, was gerade in den durch soziale Erosion gekennzeichneten alten Industriegebieten von besonderer Bedeutung ist.

Die Bauausstellung IBA vergibt ein IBA-Qualitätssiegel je nach Beurteilung der eingereichten Projektideen, welches die Einordnung hinsichtlich Förderung durch die öffentliche Hand begünstigt und das Ansehen in der Öffentlichkeit erhöht. Mit dieser Etikettierung sind Multiplikatoreffekte verbunden, die sich u.a. in einem Anreiz für qualitativ hochwertige und neuartige Vorhaben niederschlagen. Die IBA füllt somit

eine Moderatoren- und Beraterrolle aus, sie selbst ist nicht Projektträger und auch nicht Finanzierer von Projekten.

## **Zusammenfassung**

Resümierend ist festzuhalten, daß regionaler Strukturwandel als ein "Prozeß organisierten Lernens" begriffen werden muß. Vergangene Entwicklungen und regionale Besonderheiten sind dabei zu berücksichtigen. Da keine übertragbaren Rezepturen aus anderen Regionen vorliegen, sind originäre Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Dies schließt Rückschläge und Fehlentscheidungen nicht aus, die aber nicht zur Entmutigung führen dürfen. Handlungsansätze, die aus der Region selbst kommen, müssen aufgegriffen, durch Expertenwissen verstärkt, verbessert und regional vernetzt werden. Durch die Bündelung der Kräfte könnte ein Aufbrechen verfestigter Verwaltungsstrukturen erfolgreich sein, was wiederum einer interkommunalen Zusammenarbeit dienlich ist. So wurde hervorgehoben, daß erheblicher Abstimmungsbedarf zwischen Stadt und Umland im Sinne ausgewogener Regionalentwicklung besteht. Dabei sind Eingemeindungsbestrebungen eher hinderlich. Der inhaltlich abgestimmte Planungsverbund unter Respektierung der Interessen aller Beteiligten erscheint gegenwärtig als der geeignetere Weg zu Konsensfindung.

Unter dem Aspekt sozialer Konsequenzen und daraus resultierender Konflikte wurde der Betroffenenbeteiligung besondere Bedeutung beigemessen. Diesbezügliche Lernerfahrungen wie im Rahmen des IBA-Emscher-Park-Projektes sind im Leipziger Raum erst noch zu sammeln. Aber gerade aufgrund der massenhaften Ausgliederung aus dem Arbeitsprozeß wären damit neue inhaltliche Ansätze für soziale Kohäsion denkbar.

Handlungsstrategien für den Leipziger Raum, die sich an ökologischen Kriterien orientieren, sind als Gegenstand wissenschaftlicher Analyse an einen engen Bezug zur Praxis i.w.S. gebunden. Gemeinsame Beratungen unter den Experten sind eine unerläßliche Voraussetzung für eine effektive und praxisrelevante Arbeit. Die aktuellen Bedingungen im Leipziger Raum werden von einer starken Dynamik in allen Lebensbereichen, einem enormen Handlungsdruck der Entscheidungsträger und einer

Entwicklung im Zeitraffertempo bestimmt. Für die Erarbeitung ausgewogener, langfristig tragbarer Konzepte für alle Bereiche der Regionalentwicklung ist bisher kein angemessener Zeitumfang vorhanden. Deren Bedarf ist aber unumstritten. Wissenschaftliche Beiträge, die in Form von Szenarien langfristige Entwicklungspfade einerseits für die Stadt, andererseits für die gesamte Region beschreiben und daraus notwendige Handlungsstrategien ableiten, sind ein Zugang zu dieser Problematik. Dieser Aufgabe stellen sich derzeit Forschungsvorhaben am UFZ.

Das UFZ fungierte als Moderator des Workshops und als Beitragender, der von seinem spezifischen wissenschaftlichen Auftrag ausgehend Forschungsergebnisse und Forschungsfragen angeboten hat. Abstimmungsbedarf zwischen den anwesenden Repräsentanten wurde genau formuliert, was als eine Basis neuer Partnerschaften zu werten ist. Die Resonanz auf diesen Workshop und zahlreiche Anfragen einer möglichst baldigen Publikation der Beiträge bestätigt uns in der Richtigkeit der Themenwahl und läßt uns an eine Fortsetzung denken.

Der Workshop wurde durch die Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert und finanziell abgesichert.

## **Winfried Schneider-Deters**

### **Grußwort der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Seit dem Jahre 1990 unterstützt das Büro Leipzig der Friedrich-Ebert-Stiftung wissenschaftliche Projekte zum „Südraum Leipzig“, die inzwischen auf den ganzen „Leipziger Raum“ ausgedehnt wurden und auch das dynamische Potential des gesamten mitteldeutschen Verdichtungsraumes einbeziehen.

In dem diesjährigen Workshop ging es um die Praktikabilität der Visionen von einer an ökologischen Kriterien orientierten Entwicklung dieses „Leipziger Raumes“, die von Seiten der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Verwaltung von den vom Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle moderierten Diskussionsprozeß eingebracht wurden. Dabei waren die seit der „Wende“ neu - und infolge einer überzogenen Auslegung der kommunalen Autonomie unabgestimmt - geschaffenen lokalen Realitäten zu berücksichtigen.

Ich wünsche, daß die auf diesem Workshop entworfenen Szenarien die politische Unterstützung finden - sowie auch unabdingbare inter-kommunale Kooperation - welche die aus den Visionen der Teilnehmer abgeleiteten Strategien zu ihrer Unterstützung in die Wirklichkeit brauchen.

**Dietmar Röhl**

## **ANSPRUCH UND REALITÄT REGIONALER PLANUNGSSTRATEGIEN**

Die schnellen Abläufe zur Installierung eines neuen Gesellschaftssystems glichen sich in allen neuen Bundesländern. Auch für den Bereich der räumlichen Planung trifft dies natürlich zu. Nur besteht hier das spezielle Problem, daß einmal festgelegte Raumnutzungen nur in langen Zeiträumen wieder revidierbar sind. Dies zeigen beispielhaft Revitalisierungsbemühungen z.B. für die montan geprägten Industriegebiete in ganz West- und Mitteleuropa. Entsprechend ist zu untersuchen, welche Möglichkeiten für die Steuerung von Raumnutzungen in der Übergangsperiode von der DDR zum etablierten Planungssystem nach dem Muster der Altbundesländer bestanden. Dies ist die institutionelle Seite.

Verschärft wurde allerdings die Problematik durch sehr große Wachstumserwartungen, die sich, den Investoren auch nützend, in einem sich aufschaukelnden Prozeß in immensen Flächenangeboten und entsprechenden Entwicklungsvorstellungen äußerten. Dazu im folgenden ebenfalls einige Informationen, die den Druck auf die mit der Raumentwicklung befaßten Institutionen verdeutlichen.

Irritierend ist dabei, daß die Raumentwicklung im Leipziger Gebiet von 1990 bis 1994 vor dem Hintergrund weiter fallender Bevölkerungszahlen ablief, auch dazu einige Informationen und Erklärungen.

Analysiert man den Institutionenwechsel im Bereich der räumlichen Planung in der Region, so läßt sich zusammenfassend feststellen, daß bereits zur Jahreswende 1989/90 in der Bezirksplankommission Überlegungen zur Reform und Demokratisierung/Dezentralisierung der räumlichen Planung angestellt wurden. Allerdings ist für diese erste Periode charakteristisch, daß man noch die umfassenden (ökonomischen) Steuerungsansätze der DDR zugrunde legt. Bereits nach der Volkammerwahl vom März gleicht sich das System stärker an das der Altbundesländer an (Erwähnung eines Regierungspräsidiums als tragende Institution bereits Anfang März). Allerdings besteht noch die (auch für die Altbundesländer typische) Unsicherheit, ob Raumordnung und Wirtschaftsförderung oder eher Raumordnung und Umwelt bzw. Baubereich zusammengehören sollten.

Etwa ab Mitte des Jahres bis zum 31.12. wurde als Übergangslösung eine Bezirksverwaltungsbehörde gebildet, die ab 1.1.91 als neue Institution „Regierungspräsidium“ mit dem heutigen Aufgabenspektrum (im wesentlichen nach dem Vorbild Baden-Württembergs) gebildet wird. In diesem Jahr wechselten sowohl die Aufgaben im Bereich Raumentwicklung, die Mitarbeiter und die Beziehungen zu anderen Institutionen fundamental.

Inzwischen war nämlich die neugebildete und vor allem mit neuen Kompetenzen ausgestattete kommunale Ebene außerordentlich aktiv geworden. Wesentliche „planerische“ Voraussetzungen wurden 1990 geschaffen. Dies vor einem speziellen Hintergrund: Die endlich gewährte, verfassungsrechtlich abgesicherte gemeindliche Planungshoheit (Art 28 GG), wurde auch im bewußten Gegensatz den bisher bevorzugten und bestimmenden Zentren (so die Sicht des Umlandes) und der zentralen Verwaltung ausgeübt. Dies aber alles vor dem Hintergrund einer oftmals gar nicht vorhandenen eigenen professionellen Verwaltung (die zusätzlich noch das Problem hatte, das komplizierte Planungsrecht der Altbundesländer zu adaptieren). Das hatte zur Folge, daß die Ausübung der gemeindlichen Planungshoheit sehr stark von der Qualität der beratenden Planer abhing und vom guten Willen zur Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden. De facto konnten sich insbesondere in der Anfangszeit (bis etwa Ende 1990) Investorenwünsche weitgehend durchsetzen (auch dazu unten konkretere Informationen über den Ablauf der „Planungswellen“).

Dies alles vor dem Hintergrund nun zumindest in Umrissen vorhandener gesetzlicher Rahmenbedingungen: Mit der Währungsreform vom 1.7.90 wurde auch gleichzeitig das BundesROG für die neuen Bundesländer in Kraft gesetzt. Die Grundsätze der Raumordnung ( 2) bieten durchaus Ansatzpunkte z.B. für flächensparendes Bauen und Schutz der Naturgrundlagen. Allerdings hätte es in der politischen Situation damals angesichts massiver Investorenwünsche (und, nicht zu vergessen) auch deren Akzeptanz in der Bevölkerung (z.B. gab es durchaus Bürgerinitiativen zur Ansiedlung bestimmter Großmärkte !) erheblicher Konfliktbereitschaft bedurft, sofort mit einer Planungsstrategie anzufangen, wie sie das Ergebnis von 40 Jahren (schlechter) Erfahrungen der alten Bundesländer waren. Diese Forderung ist sicher unrealistisch, denn es ist auch der konkrete Handlungsrahmen von 1990 ins Gedächtnis zu rufen:

In den Jahren 1989/90 war die DDR und insbesondere der Raum Leipzig von erheblicher Abwanderung in die alten Bundesländer geprägt. Dies mögen einige Bevölkerungszahlen illustrieren:

Einwohner i.T.*	1993	1992	1991	1990	1989	1988	1985
Stadt Leipzig	493	497	504	514	530	545	554
Regierungsbezirk	1124	1132	1142	1169	1200	1225	1239

(jeweils 31.12., 1993: 30.9., 1990: 3.10.)

Quellen: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes, A I 3 u. Z III S 93 v. 1994

Insbesondere zu Zeiten der „Wende“ gab es also erhebliche Bevölkerungsverluste. Die Bevölkerung nimmt auch weiter ab, aber in geringerem Umfang (jeweils 1989-91 mit den Maximalwerten). Leipzig verlor vom 3.10.90 bis 30.9.93 nochmals 21.523 Einwohner, im übrigen Regierungsbezirk waren es zusätzlich 23.050 (in Sachsen insgesamt 192.844). Davon betrug der natürliche Bevölkerungsverlust 12.474 in Leipzig, die Abwanderung in andere Bundesländer erreichte 22.958 (im Saldo). Für den übrigen Regierungsbezirk lauten die Zahlen 28.796 bzw. 45.679.

Aber nicht nur die Abwanderung war ein Zeichen dafür, daß offenbar die Lebens- und Arbeitsbedingungen woanders besser waren, sondern dies äußerte sich auch in weiträumigem „Einkaufstourismus“ und in einer zunehmenden Zahl von Weitstrecken- bzw. Wochenendpendlern.

Vor diesem Hintergrund ist zum Beispiel die schnelle Ansiedlung von SB-Warenhäusern in der Region nachzuvollziehen: Es ging auch darum, nicht noch mehr Kaufkraft abwandern zu lassen als ohnehin schon verloren war.

Unter diesen speziellen planerischen Bedingungen mußte das Raumordnungsreferat im Regierungspräsidium mit Einzelfallentscheidungen das Ganze im Blick haben. Der zur Rahmenplanung legitimierte regionale Planungsverband (ebenfalls Baden-Württembergisches Modell, Rechtsgrundlage SächsLPIG v. 24.6.92) hielt seine erste Planungsversammlung im November 1992 ab. Der Landesentwicklungsplan als

Rahmenvorgabe für die Region wurde am Ende der Legislaturperiode vom Landtag beschlossen und wird vermutlich Ende August verbindlich (mit der Veröffentlichung). Nachfolgend kann der Regionalplan zügig beschlossen werden (es sind bereits erhebliche inhaltliche Vorarbeiten der Regionalen Planungsstelle geleistet worden, s. dazu den entspr. Beitrag in dieser Veröffentlichung).

Bevor jetzt auf das Verwaltungshandeln des Raumordnungsreferates eingegangen wird, schlaglichtartig einige Hauptprobleme, die inzwischen sichtbar geworden sind, bei den meisten Einzelfällen eine Rolle spielen und durch den Landesentwicklungs- und Regionalplan gesteuert werden sollen:

Die meisten eingereichten Planungsvorstellungen zeichnen sich durch Defizite in folgenden Bereichen aus:

- mangelnde Einbindung in überörtliche Zusammenhänge
- mangelnde Begründung und Abschätzung eines Bedarfs (im Sinne öffentlicher Interessen)
- im allgemeinen ungenügende Einordnung der gewählten Standorte in die Ortsentwicklung
- stark dominante Grundstücksbezogenheit der Planung

Vor diesem Hintergrund mußte unter dem Druck kurzer Fristen (Beschleunigungsgesetze !) versucht werden, die eingereichten Bauleitpläne durch intensive Beratung und Konkretisierung der „Vorläufigen Grundsätze und Ziele zur Siedlungsentwicklung und Landschaftsordnung im Freistaat Sachsen“ vom 12.3.91 (im „Vorschaltgesetz“ zum SächsLplG v. 20.6.91 verbindlich gemacht) so zu verbessern (mit einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange, der über die Einhaltung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung gemäß § 1 Abs. 4 BauGB wacht), daß für die Region unter Abwägung wirtschaftlicher und umweltrelevanter Aspekte eine bestandsfähige Entscheidung erreicht wurde.

Da die „Grundsätze und Ziele“ nur relativ allgemeine Festlegungen umfassen (sieht man von der Einstufung der Zentralen Orte und den Bestimmungen zur Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben ab), war und ist es nötig in jedem Einzelfall unter genauer Begründung die Ziele „auszulegen“.

Um in etwa die Größenordnungen anzudeuten: Pro Jahr werden im Raumordnungsreferat rd. 500 Bauleitpläne (Tendenz: noch steigend) begutachtet (Angaben zur Flächenentwicklung folgen unten).

Um nur ein kontroverses Beispiel herauszugreifen: Da die meisten Gemeinden, auch nach der begonnenen Gemeindereform, keine überörtlichen Funktionen haben, ist die Kategorie „Eigenbedarf“ zu konkretisieren. Wenn es dafür auch durch die einschlägige Rechtsprechung in den alten Bundesländern abgesicherte Größenordnungen gibt (ca. 10% bei Wohnen und Gewerbe), so sind schon die speziellen Bedingungen und Nachholbedürfnisse sowie gerade in Ortslagen oft schwierige Grundstückverhältnisse zu berücksichtigen. Allerdings haben viele Gemeinden Planungen vorgelegt, die z.B. eine Verdopplung der Einwohnerzahl ermöglicht hätten. Handelt es sich nicht um ganz spezielle Bedingungen (z.B. mit der Stadt Leipzig zusammen entwickelte Planungen im unmittelbaren Randbereich des Oberzentrum), so sind hier Flächen- und sogar die ungefähre Anzahl von Wohnungen in der raumordnerischen Stellungnahme festgeschrieben worden. Dies wurde naturgemäß manchmal als zu weitgehender Eingriff in die gemeindliche Planungshoheit gesehen und damit die Auseinandersetzung in eine eher grundsätzlich-politische Ebene gehoben. Man sollte aber nicht vergessen, daß der Ausgangspunkt die zum Teil groteske Überschreitung des Eigenbedarfs war. Davon abgesehen zeigen sich immer deutlicher auch die Grenzen der infrastrukturellen Möglichkeiten für derlei Projekte, weil im Gegensatz zu den Altbundesländern diese (teuren) Ver- und Entsorgungsmedien (vor allem Abwasser, Straßenanschluß) oft erst parallel entwickelt werden müssen. Dies alles illustriert, daß es den Gemeinden oft schwer fällt, von ihrer Planungshoheit im Sinne des langfristigen Nutzens ihrer Bürger Gebrauch zu machen. De facto werden im Regierungspräsidium diese Defizite (die zum Teil auch Defizite der beauftragten Planer sind) durch intensive Beratung gemildert (z.B. die Institution der „Planungsberatung“ im Vorfeld, VwVorschrift v. 15.10.92). Diese hier nur angerissenen Probleme betreffen aber sozusagen nur die innerörtliche Komponente. Unter Umständen kann die Nichtbeachtung überörtlicher Zusammenhänge noch gravierendere Folgen haben. Dies eigentliche Feld der Regionalplanung mußte möglichst schnell pragmatisch ab 1990 besetzt werden.

Zwar gab und gibt es rechtlich gesicherte Schutzgebiete, die eine Überplanung zum Zwecke der Bebauung wirksam unterbinden wie Wasserschutzgebiete, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und Bergbauschutzgebiete (auf Ausnahmen und

Einschränkungen wird hier nicht eingegangen). Aber das eigentliche Problem ist der Freiraumschutz, wenn diese Schutzgebiete nicht dort hinreichen. Dies ist eine der eigentlichen „Sicherungsaufgaben“ eines verbindlichen Regionalplans.

Um hier zu schnell handhabbaren Ergebnissen zu kommen, wurden von allen Beteiligten in der Region bereits ab Frühjahr 1991 räumliche „Strukturkonzepte“ ausgearbeitet, die ein Minimum an überörtlicher Abstimmung und Funktionszuweisung in besonders vom „Siedlungsdruck“ betroffenen Räumen bewirken sollten (im wesentlichen: Abstimmung von Siedlungsflächen und Grünzügen, Berücksichtigung der Fachplanung [soweit aussagekräftig]). Natürlich haben diese Papiere keinen rechtlich verbindlichen Charakter. Unter Federführung des Regierungspräsidiums (im Sinne einer Moderation und Bereitstellung fachlicher Ressourcen) wurden in mehreren Stufen entsprechende „Pläne“ ausgearbeitet. Hierbei war die Einbeziehung der Gemeinden der zentrale Vorgang. Im Ergebnis einer Zustimmung der Gemeinden sollten/sollen Leitlinien wirksam werden, indem die Gemeinde in Ausübung ihrer Planungshoheit eine Selbstbindung eingeht. Allein dieser Konsensfindungsprozeß, indem nämlich z.B. Nachbargemeinden ihre Vorstellungen aufeinander „prallen“ ließen, hatte eine positive Wirkung in Form der Weckung/Schärfung des Problembewußtseins (s. oben) für überörtliche Gegebenheiten.

In dieser Weise entstanden drei Strukturkonzepte: „Schkeuditzer Kreuz“ (Mitte 1991, sogar länderübergreifend !), „Nordraum“ (d.h. der Raum längs der A 14 auf sächsischem Gebiet, etwa von Radefeld bis Taucha, unter Einschluß von Leipzig-Nord bis Zschortau/Krostitz/Kospa-Pressen; Ende 1991) und „Ostraum“ (östl. Leipzig und v. Taucha über Machern, Brandis, Naunhof bis Rohrbach und Liebertwolkwitz; Erarbeitung Ende 1992, Fertigstellung Anfang 1993). Insbesondere bei den beiden letzten Konzepten wurde die Regionale Planungstelle um Mitarbeit gebeten und beteiligt. Diese Räume zeichneten sich durch einen erheblichen Druck nach neuen Siedlungsflächen aus. Hier sofort allgemein bekannte Rahmen zu setzen und bestimmte Freiräume überörtlich (Grünzüge, -zäsuren) möglichst zu sichern war das Ziel. Wenn auch nicht verbindlich, so sollte damit doch eine sachlich begründete Entscheidungshilfe u.a. im Regierungspräsidium bei der Beurteilung von Vorhaben geschaffen werden. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Diskussion um Planungsstrategien als Konsensmechanismen erscheinen diese Versuche als durchaus auch in planerisch/politischer Hinsicht auf der Höhe der Zeit. „Schwachpunkt“ (?) ist der lediglich „moralische“ Anspruch der Konzepte auf Beachtung (Einhaltung der einmal

gegebenen Zustimmung der Gemeinden, die auch schon gerne mal „modifiziert“ wird...). Allerdings zeigt sich gerade an diesen Konzepten wie schnelllebig die Entwicklungen in diesem Raum sind. Insbesondere die beiden ersten Ausarbeitungen entstanden unter gegenüber heute schon wesentlich anderen Rahmenbedingungen/„Ausgangsgrößen“.

Nun ist auf eben diese Rahmenbedingungen 1989/90 zurückzukommen: Die damals wahrscheinlich weitgehend geteilte Vorstellung einer schnellen Angleichung der Lebensverhältnisse der neuen an die alten Bundesländer und unter allgemein großer Zukunfterwartungen, spiegelten sich in den Bestrebungen, schnell große Flächenpotentiale zu aktivieren. Angesichts ungeklärter Eigentumsverhältnisse und nur teilweise funktionierender Verwaltungsstrukturen hatten Gemeinden mit entsprechenden Angeboten (bei akzeptabler Lage) große Möglichkeiten, auch raumordnerisch bedenkliche Projekte zu realisieren. Musterbeispiel ist die inzwischen auch schon vielfach diskutierte Ansiedlung des Saaleparks in Günthersdorf an der A 9 („Leipzig-West“) hart an der Landesgrenze in Sachsen-Anhalt. Der Ort hat keinerlei zentrale Funktionen, weist aber ein erhebliches Lagepotential auf. Die notwendige Infrastruktur wurde von den Investoren mit finanziert.

Diese frühe Ansiedlung illustriert auch den Ablauf der „Ansiedlungswellen“:

Sehr früh kamen angesichts der o.a. offensichtlichen Defizite und guter Marktchancen große Einzelhandelsunternehmen mit massiven Ansiedlungsabsichten. Wesentliche Entscheidungen wurden noch 1990 getroffen (der erwähnte Saalepark, aber auch Sachsenpark, Pösnapark, Marktkauf Markkleeberg). Insgesamt führte dies dazu, daß das rechnerische Defizit an Verkaufsfläche pro Einwohner in der Region gegenüber den Standards der alten Bundesländer vor allem unter der Berücksichtigung der niedrigeren Kaufkraft innerhalb weniger Jahre abgebaut wurde. Probleme ergeben sich jetzt aus der Lokalisation. Im Umland von Leipzig gelegene Einkaufszentren erfüllen die Funktion von Stadtteilzentren mit und schränken so dort den Entwicklungsspiel ein, während die eigentliche Leipziger Innenstadt weniger betroffen zu sein scheint (ohne damit zu sagen, daß dort die Entwicklung problemlos verläuft, aber Schwierigkeiten ergeben sich z.B. beim Branchenmix, der Anlieferung und den Stellplätzen).

Die nächste „Welle“ war eine Fülle von beantragten Gewerbegebieten. Von sich dort zahlreich ansiedelnden Firmen erhoffte man den schnellen Aufschwung. Wiederum

machten die Standortsschwierigkeiten und z.T. auch die Preise für Grundstücke eine (Wieder-)Ansiedlung im Stadtgebiet Leipzig schwierig. Inzwischen gibt es insbesondere unter den kommunal initiierten und öffentlich geförderten Gewerbegebieten im Leipziger Umland einige vollständig belegte Areale (z.B. Gerichshain, Frankenheim, Zwenkau, Wachau). Hierfür war unter anderem auch eine energische und kompetente Entwicklung durch die Bürgermeister und ihre Beauftragten entscheidend. Die bevorzugten Standorte waren natürlich stadtnah (z.B. werden nicht wenige ursprünglich in Leipzig beheimatete Handwerksbetriebe angesiedelt, die dort Mietpreis-, Nachbarschafts- und Ausdehnungsprobleme haben). Deutlich war auch die KFZ-bezogene Standortwahl (guter Straßenanschluß). Unter raumordnerischen Gesichtspunkten sind die Standorte (vor allem unter Berücksichtigung ihrer Initialwirkung) zwar noch tolerabel, aber z.B. eine Bindung an zentrale Orte konnte nicht überall durchgesetzt werden (Zwenkau Unterzentrum, Wachau direkt an der Leipziger Stadtgrenze). Zumindest gelang aber die Begrenzung und Einordnung.

Die dritte, noch laufende Welle wird vom Wohnungsbau getragen. Zum Teil ist das auch durch die günstigen Abschreibungsmodi bedingt (ein Blick in überregionale Zeitungen läßt erkennen, welche Zielgruppe mit manchen hiesigen Wohngebieten angesprochen werden soll). Tatsache ist, daß die Eigentumsbildung in den neuen Ländern noch vergleichsweise schwach entwickelt ist, so daß Nachholbedarf besteht. Freilich wird mittlerweile deutlicher, daß dies auch Finanzierungsfragen sind.

Insgesamt kann man zur Wirksamkeit der (einzelfallbezogenen) Stellungnahmen folgendes ausgesagt werden:

#### **RAUMORDNERISCH BEFÜRWORDETE FLÄCHEN IM REGIERUNGSBEZIRK**

Bereich	Maßzahl	Antrag	befürwortet	Stichtag
Einzelhandel	Verkaufsfl.(qm)	1.881.223	820.046*	29.12.93
Gewerbe	ha	8.701	5.271	13.04.94
Wohnen	Wohnungen (ca.)	170.253	93.468	13.04.94

- in diesem Falle: baurechtlich genehmigt

Es muß betont werden, daß diese Aussagen nur in ihrer Größenordnung zu verstehen sind. Eine raumordnerische Befürwortung ist zwar eine notwendige, aber unter Umständen nicht hinreichende Bedingung zur Genehmigung eines Bauleitplanes.

Die Zahlen zeigen die hohe absolute Größenordnung, insbesondere der Anträge und die Tätigkeit des Raumordnungsreferats, indem im Grunde jeder zweite Antrag abgelehnt wurde bzw. Flächen um die Hälfte reduziert wurden. In diesen Zahlen sind auch noch einige infrastrukturelle Großvorhaben enthalten, deren Flächenanspruch sich deutlich reduzieren wird (z.B. Güterverkehrszentrum, Reduktion um fast 400 ha).

Versucht man ein kurzes Fazit, so ist festzustellen:

- alle Entwicklungen sind im „Zeitraffertempo“ passiert, was sorgfältigen Planungen in der Regel entgegensteht,
- es kam tatsächlich darauf an, möglichst „der erste“ zu sein, weil Bedarf ohne Zweifel da war (Nur spekulierten fast alle Entwickler auf diese Position),
- heute kann man bei sehr vielen eingereichten Planungen darauf verweisen, daß die „Erforderlichkeit“ ( § 1 BauGB) im Sinne einer Entwicklung kaum noch gegeben ist,
- es scheint auch, daß viele Bauleitpläne, die zur Stellungnahme in einem frühen Stadium beim Raumordnungsreferat vorgelegen haben, nicht mehr weitergetrieben werden (hier besteht allerdings ein Erkenntnisdefizit),
- andererseits kommen jetzt zunehmend Flächen ins Verfahren, die eher raumordnerischen Vorstellungen entsprechen als die ersten eingereichten Pläne (Anbindung an Ortslage, sinnvolle Abrundung, gesicherte infrastrukturelle Erschließung etc),
- wichtig ist unter diesen Bedingungen auch, daß sehr viele aufeinanderbezogene Projekte parallel betrieben wurden und werden, so daß bei Änderung entscheidender Rahmenbedingungen ein „Dominoeffekt“ eintreten kann, der sicher geglaubte Planungen obsolet macht.

Zur tatsächlichen Raumentwicklung insgesamt kann man vielleicht als Zwischenbilanz kurz feststellen:

Die Stellung des Oberzentrums Leipzig vor allem als Dienstleistungsstandort hat sich bereits jetzt enorm verstärkt (erkennbar auch an qualitativ bekannten großen Pendlereinzugsbereichen). Dagegen besteht eine Tendenz des Verarbeitenden Gewerbes ins Umland (entweder aus der Stadt oder als Neuansiedlung). Die folgenden Zahlen zeigen für Leipzig-Land bereits eine Trendumkehr, dagegen für die Stadt Leipzig und den altindustriell geprägten Kreis Borna einen weiteren scharfen Rückgang:

### BESCHÄFTIGTE IN BERGBAU UND VERARBEITENDEM GEWERBE

Kreis	1990 (2. Hj.)	1992	+-%	1993	+-%
Stadt Leipzig	82.135	27.904	-66	17.953	-36
Lkrs Leipzig	22.295	7.975	-64	8.545	+7
Delitzsch	4.052	3.224	-20	2.921	-9
Wurzen	7.722	2.438	-68	2.141	-12
Borna	14.803	12.599	-15	8.114	-36

Quellen: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes, E I-j 1992/1993 - Statistisches Jahrbuch Sachsen 1991

Inzwischen läuft auch die Nachnutzung von Altstandorten an, die ja meistens eine hohe Standortqualität haben, wobei in der Regel ein Wechsel vom industriellen/gewerblichen Bereich zum Dienstleistungssektor stattfindet.

Dies war die Beschreibung des Ist-Zustandes, die sicherlich nicht planerischen Idealvorstellungen entspricht. Hoffentlich ist aber deutlich geworden, daß man das angesichts der ungünstigen Ausgangsbedingungen auch nicht erwarten durfte.

Mit der Verabschiedung des Landesentwicklungsplanes sind dem Regierungspräsidium nun vergleichsweise detaillierte Entscheidungsgrundlagen an die Hand gegeben (zum Vergleich: die Grundsätze und Ziele umfassen anderthalb Seiten, der Entwurf des LEP etwa 70, zusätzlich mit kartographischen Darstellungen). Weitere

Konkretisierungsschritte werden mit dem Regionalplan erreicht, der wahrscheinlich in ersten Teilen 1995 vorliegen wird.

Bei den bisher eingereichten Planungen (insbesondere Flächennutzungsplanungen) haben viele nicht die erforderliche Qualität, um tatsächlich die Entwicklungslinien einer Gemeinde plausibel räumlich umzusetzen. Hierbei mangelt es oft an den Erläuterungsberichten. Ausgangspunkt einer Flächenüberplanung sollte ja eine Prognostizierung des Bedarfs in möglichst genauer Form sein. Beispiel: Bevölkerungsprognose mit Angaben zu Wanderungen, Haushaltsteilungen etc und daraus Ableitung des Wohnflächenbedarfs; Gewerbe: realistische Einschätzung der Ansiedlungschancen... Auffällig ist oft weiterhin, daß die Sicherung der Gemeinbedarfsleistungen (z.B. Kindergartenplätze bei den großen Wohngebieten) wenig diskutiert wird.

Es käme jetzt darauf an, im Sinne einer stabilen Entwicklung, das Vorhandene zu konsolidieren. Der Regionalplan wird dafür hoffentlich eine gute Leitlinie abgeben.

Wichtig erscheint auch die Formulierung eines konkreten Leitbildes, um die gewünschte Richtung der Entwicklung zu verdeutlichen. Dies weist über regionalplanerische Aspekte im engeren Sinne hinaus und sollte solche Faktoren wie wirtschaftspolitische Rahmensetzungen und regionale Identitätsfindung der Region berücksichtigen. Hier ist auch wieder auf den so wichtigen regionalen Konsens als Planungsleitlinie zurückzukommen: Aus den Erfahrungen der alten Bundesländer wäre beizutragen, daß nur langfristige, plausible und öffentlichkeitswirksame Pläne die Chance haben, sozusagen in die selbstverständlichen Handlungsrahmen anderer Entscheidungsträger einzugehen.

Die weitere Entwicklung wird wesentlich von der Verbesserung der infrastrukturellen Voraussetzungen abhängen: Im Gegensatz zu manchen Gebieten in den alten Bundesländern, wo man wirklich von einer „Überversorgung“ sprechen kann, erweist sich die staatlich finanzierte Infrastruktur im Leipziger Raum als (jeden Tag wahrgenommener) Engpaß. Neben der Regelung der Abwasserfrage (die zu Unrecht meist weniger im Vordergrund steht) sind vor allem die großen Verkehrsprojekte im Blickpunkt, die die Standortvoraussetzungen des Raumes Leipzig-Halle im europäischen Rahmen verbessern sollen (z.B. zeigen die bisherigen Erreichbarkeitsanalysen der BfLR, daß dieser Raum trotz seiner Lagequalität vergleichsweise deutlich schlechter

abschneidet als selbst periphere Gebiete in den Altbundesländern [vgl. ECKEY/HORN: Veränderungen der Lagegunst und Erreichbarkeit der Kreise im vereinigten Deutschland durch geplante Aus- und Neubaumaßnahmen von Verkehrswegen, in: Informationen zur Raumentwicklung (1992), S. 225 sowie LUTTER/PÜTZ: Erreichbarkeit und Raumentwicklung der Regionen in Europa. Welche Rolle spielen die Fernverkehrssysteme ?, in: Informationen zur Raumentwicklung (1993), S. 619]]:

- Bau der A 140 als Südumgehung Leipzig (vor Linienbestimmung durch den Bundesverkehrsminister)
- Ausbau der B 6 zwischen Halle und Leipzig und östlich im Raum Leipzig (Trassenfindung z.T. noch nicht beendet)
- Ausbau der A 14 (Messeanschluß)
- Ausbau von B 181 und B 87 ( z.T. Funktion als Zubringer zur A 140 bei Bauabschnitten; Raumordnungsverfahren abgeschlossen, Linienbestimmung wird vorbereitet)
- Ausbau von B 95 oder einer A 83 zwischen Leipzig und Chemnitz (Alternativen werden noch diskutiert, die A 83 ist in jedem Falle erst nach 2010 möglich)
- anlegen einer Eisenbahn-Neubaustrecke für den ICE parallel zur A 14 (Raumordnungsverfahren abgeschlossen, Planfeststellung wird vorbereitet)
- Ausbau des Eisenbahn-Nahverkehrs (Verkehrsverbund wird vorbereitet)
- Ausbau/Sicherung des Leipziger Flughafens mit einer neuen Start- und Landebahn (Raumordnungsverfahren wird etwa Ende August abgeschlossen)

Sind diese Verkehrsprojekte auch eine wichtige Entwicklungsgrundlage, so zeigt sich doch vor allem auch die enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaftsentwicklung. Räumlich gesehen gibt es dabei relativ wenige Probleme, inzwischen sind bereits einige vorhandene Standorte nachgenutzt (z.B. Umweltforschungszentrum auf altem Gelände mit ähnlicher Struktur).

Dies führt weiter zu den immer wieder angemahnten „weichen Standortfaktoren“, die im Interesse der ganzen Region hier entwickelt werden müssen. Freilich läßt sich

gerade an diesem Beispiel die unterschiedliche Interessenlage eines Einzelinvestors und der Raumordnung zeigen: Zwar möchte jener davon profitieren, aber wenn sein Baugebiet z.B. in einer vorgesehenen regionalen Grünverbindung liegt, ist der Konflikt unausweichlich. Dies im Einzelfall, mit dem Regionalplan „im Rücken“, zu lösen, ist die Aufgabe des Raumordnungsreferates.

Insgesamt bietet allerdings die Bergbaufolgelandschaft in der Region (im Südraum von Leipzig sind z.T. nur wenige „Landpfeiler“ stehengeblieben !) auch die Chance, über die ohnehin notwendige Gestaltung von Kippenflächen und Restlöchern vergleichsweise großräumig Landschaftsverbesserung zu betreiben. Zwar müssen auch hier Konflikte entschieden werden zwischen verschiedenen naturnahen Nutzungen wie Landwirtschaft, Aufforstung, Naturschutz und Erholung, aber der entsprechende Teil-Regionalplan soll diese Konflikte möglichst weitgehend in ihrer räumlichen Dimension lösen.

In der Bundesraumordnung wird die Region Leipzig-Halle-Dessau („Raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen“ v. 1993) als Städtenez im mitteldeutschen Raum gesehen. Der weitere Einzugsbereich (z.B. des neuen Flughafens) könnte bei guter Entwicklung fast den ganzen Süden der neuen Bundesländer umfassen (ca. 6 Mio Einwohner).

Die Realität z.B. beim Einzugsgebiet des City-Einzelhandels ist zur Zeit allerdings noch so, daß es kaum über die Stadtgrenze hinausreicht (erste qualitative Erkenntnisse von Befragungen im Rahmen eines Praktikums der Universität Bonn).

Für die Wirtschaftsentwicklung sind zwei Faktorengruppen zu unterscheiden: Die Basis bilden die im wesentlichen bevölkerungsabhängigen Grundausstattungen/ -kennwerte der Metropolregion (wie Struktur der Erwerbsspersonen, Wohnungsbestand, Infrastruktur, Freiraumqualitäten, Umweltbelastungen). Bei genügendem Potential bauen darauf die im nationalen oder mitteleuropäischen Maßstab bedeutenden Spezialfunktionen auf (die bekannteste ist die Leipziger Messe, aber darunter sind auch Hauptverwaltungen von Wirtschaftsunternehmen oder Regierungsfunktionen zu verstehen).

Kommt man zusammenfassend auf das Ausgangsthema zurück, so läßt sich vielleicht feststellen:

1. Das Finden von Standorten im Außenbereich war aufgrund der Entwicklungsdynamik und der Eigentumsproblematik sowie wegen des Altlastenrisikos fast zwangsläufig. Zusätzlich stellten sich die einfacheren organisatorischen Zusammenhänge von Umlandgemeinden als planungsbeschleunigend heraus.
2. Der „Flächenverbrauch“ sollte nun konsolidiert werden, damit ist (über den Regionalplan) eine neue Qualität regionaler Planungsstrategien zu erwarten.
3. Überörtliche Zusammenhänge von Planungen sind schwer durchsetzbar, auch hierbei ist der Regionalplan das kommende Instrument.
4. Erfolgten gemeindliche Planungen meist unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsentwicklung, so ist nun der Schutz des verbliebenen Freiraumes mit einem höheren Stellenwert anzustreben.
5. In der Planung, besonders der Flächennutzungsplanung, müssen zunehmend die langfristigen Gesichtspunkte einer über alle Funktionen abgestimmten Entwicklung beachtet werden.
6. Räumliche Entwicklung sollte auch zunehmend in einem wechselseitigen Prozeß des Lernens und Verstehens zwischen planenden Institutionen und der Bevölkerung gesehen werden.

**Wolf Dieter Grossmann (1)**

## **Zukunftsorientierung und nachhaltige Lebensfähigkeit der Region Leipzig/Halle - grundlegende Rahmenbedingungen für ein ökologisch-ökonomisches Programm**

### **Ausgangssituation**

In den neuen Bundesländern genießt derzeit der wirtschaftliche Neuaufbau eine derartige Priorität, daß demgegenüber Anliegen des Umweltschutzes und der Landschaftsgestaltung bewußt zurückgestellt werden. Gleichwohl wird eine ökologische Revitalisierung in Teilbereichen sehr wohl verfolgt, wie etwa in der Sanierung der Braunkohlengebiete. Die vier Bereiche Wirtschaft, Wissensbasis, Bewußtsein und Umwelt- und Landschaftsgestaltung hängen engstens zusammen, so daß Veränderungen in dem einen, wie etwa durch den wirtschaftlichen Neuaufbau, alle anderen Bereiche mit beeinflussen. Zudem befinden sich diese vier Bereiche derzeit alle in grundsätzlichen Umbrüchen, und dies weltweit und nicht nur in den neuen Bundesländern. Für die Gestaltung der Region sind also folgende Fragen zu stellen:

- Wie sind diese Zusammenhänge
- Welcher Art sind diese Umbrüche
- Wie kann auf eine langfristig günstige Entwicklung unter Berücksichtigung und Kenntnis dieser Zusammenhänge hingewirkt werden.

### **Zentrale Zusammenhänge der vier Bereiche**

Das Wissen und das Fertigungsvermögen bedingen, was in der Wirtschaft gefertigt werden kann. Auf einer Makroebene bestimmen die Gegenwartsmärkte, die Zukunftsmärkte und die Basismärkte das, was abgesetzt werden kann. Beispielsweise sind Fernseher, Telefone oder Faxgeräte wichtige Produkte der Gegenwartsmärkte.

---

<sup>1</sup>Im Text wurden Teile eines unter Mitarbeit von S. Fränkle erstellten Projektantrages verwendet.

Durch die digitale Revolution werden jedoch die durch Telefon, Fernsehen oder Fax vermittelten Dienste in Computern integriert. Negromonte, Leiter des Multimedia-Laboratoriums des MIT, stellt dazu fest, daß allein durch diese Integration ganze Wirtschaftsbranchen verschwinden, und andersartige Zukunftsmärkte zustande kommen werden. Diese Produkte werden durch die Veränderung der Wissensbasis ermöglicht. Die Basismärkte bieten Produkte für Kleidung, Essen, Wohnen oder andere Dinge des täglichen Lebens, die es noch lange in nur langsam evolvierender Form geben wird.

Die Nachfrage auf allen Märkten wird außer durch menschliche Bedürfnisse und Wünsche auch durch die Einstellung und daß Bewußtsein bestimmt. Es werden zunehmend umweltfreundlichere Produkte auf jeder Ebene nachgefragt, sowohl im Individualkonsum, als auch bei Investitionsgütern. Dadurch verlieren Güter der Gegenwartsmärkte an Absatz, wohingegen sich die Zukunftsmärkte ausweiten. Spätestens seit der Rio-Konferenz ist ein zunehmendes globales ökologisches Bewußtsein zu konstatieren, das wiederum Rückwirkungen auf die Wirtschaft hat. Im Bereich Umwelttechnik werden heutzutage in Deutschland größere Umsätze erzielt, als der deutsche Stahlexport beträgt. Die moderne Umweltschutzbewegung ist daher zu einem maßgeblichen Faktor der Wirtschaftsentwicklung geworden.

Das jeweilig verfügbare Wissen verändert, besonders seit der Aufklärung, das Bewußtsein und überformt so das Weltbild. Bewußtsein und Weltbild bestimmen ihrerseits die Wissens- und Wirtschaftsentwicklung. Bewußtsein, Wirtschaft und Wissen bestimmen ihrerseits die Gestaltung der Umwelt und Landschaft im weitesten Sinn. Im Südraum Leipzig wurde offenbar, wie umgekehrt die Landschaft das Denken und Wollen bedingen kann, Absichten und Handlungsmotivationen in bestimmte Richtungen lenkt bzw. beschneidet. Eine Reihe von Autoren führen den Aufstieg der Region München oder die anfängliche Entwicklung im Silicon-Valley auf vielfältige Komponenten der regionalen Attraktivität dieser Regionen zurück.

In diesem eng vernetzten Feld von Wirtschaft, Wissensbasis, Bewußtsein und Umwelt- und Landschaftsgestaltung wirkt also der eine Bereich auf den anderen zurück. Deshalb kann der derzeitige einseitige Vorrang für die Wirtschaftsentwicklung sich schon mittelfristig durch Rückwirkungen über die genannten drei anderen Bereiche verhängnisvoll für die wirtschaftliche Entwicklung selbst auswirken. Umgekehrt sind offensichtlich Optionen der Politik, Verwaltung und Wirtschaft denkbar, wo durch

Einflußnahme auf den einen Bereich erwünschte Wirkungen in einem anderen Bereich bewirkt werden.

Insbesondere sind zusammen mit den Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus und der ökologischen Sanierung und Gesundung <sup>(2)</sup> zugleich die Aufgaben der Gestaltung einer nachhaltigen Lebensweise <sup>(3)</sup> in Angriff zu nehmen. Denn es wäre nicht nur sinnlos, sondern sogar gefährlich und wirtschaftlich womöglich schon mittelfristig zu kostspielig, in den neuen Bundesländern einen langwierigen Aufbau zu leisten, der dann abgeändert oder dessen Ergebnisse in 10 oder 15 Jahren weitgehend umzugestalten sind, weil Nachhaltigkeit nicht angestrebt, sondern womöglich unerreichbarer gemacht wurde.

## **Umbrüche der vier Bereiche**

### Wirtschaft

Die Zukunftswirtschaft entsteht aus mehreren Quellen neuen Wachstums:

- Weiter zunehmenden Umweltnotwendigkeiten zur Reparatur, zur Vermeidung und mittel- bis langfristig zum Aufbau einer nachhaltigen Lebensweise.
- Einer durch veränderte Einstellung und verändertes Bewußtsein geänderten Nachfrage nach neuen Gütern und Dienstleistungen.
- Grundlegend veränderte Möglichkeiten des Fertigungsvermögens durch Umbrüche im Bereich des Wissens.

Die Frage für die Region Leipzig-Halle lautet: was waren die vergangenen Stärken und Traditionen, woran kann die Region also anknüpfen, sowie: was waren die vergangenen und welches sind die gegenwärtigen Schwächen?

Folgende Veränderungen beeinflussen die weitere Entwicklung der Wirtschaft:

---

<sup>2</sup> "Health of ecosystems" scheint sich als tragfähiges Konzept herauszustellen, das den neuen ökologischen Revitalisierungs- und Betrachtungsansatz vom Wesen her angemessener wiedergibt als bisherige Konzepte (Symposium über "Ecosystem Health & Medicine: Integrating Science, Policy and Management" in Ottawa, June 19-23, 1994, organisiert von der International Society für Ecosystem Health & Medicine).

<sup>3</sup> Nachhaltigkeit wird in jener Definition verwendet, daß durch das gegenwärtige Verhalten die Chancen zukünftiger Generationen nicht beschnitten werden sollen. Alternativ wird hier auch das Konzept der Lebens- und Entwicklungsfähigkeit verwendet, das im Gegensatz zum Vermeidungsgebot in der Brundlandt-Formulierung den positiven Entwicklungsaspekt der Nachhaltigkeit hervorhebt.

- eine sich quantitativ und qualitativ- auch in die Bereiche Unterhaltung, Kunst, Medien, Ästhetik und Ethik- außerordentlich ausweitende Informationswelt. Ein Indikator hierzu ist die Multimedia-Entwicklung
- einer durch wesentlich ausgeweitete Informationsnutzung effektiveren Ressourcenwirtschaft, die sich z.B. in Form der sogenannten „Dematerialisierung“ der Produktion äußert.

Informationswelt und Umwelterfordernisse treffen sich mehrfach: in der Substitution und Effektivierung von Material- und Energieressourcen durch Information; im Management von Ökolandschaften, so daß eine größere Vielfalt ökologischer Funktionen mit größerer Verlässlichkeit entsteht und in der Lebensführung.

Die Wirtschaftsentwicklung kann andererseits letztlich den Umweltnotwendigkeiten nur gerecht werden, wenn entsprechende Veränderungen im Bewußtseinsbereich erfolgen. Dies scheint jedoch der Fall zu sein, s.u.

Die vergangene Zunahme der Informationsverarbeitungsfähigkeiten um einen Faktor von ca. 5000 in den letzten 10 Jahren ließ diese Wirtschaft weltweit zur zweit umsatzstärksten Wirtschaftsbranche werden. Deshalb wurde die Informationsbranche seit Ende der 1980-er Jahre als der wahrscheinlichste Träger eines neuen Aufschwungs angesehen, der jedoch nicht eintrat. Statt dessen konnte D. BIRCH zeigen, daß sich in allen Branchen alle jene Unternehmen in der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Lage besonders gut entwickeln, die Wissen in besonderer Breite und besonderem Umfang nutzen und die Beweglichkeit haben, die neuen Möglichkeiten auszunutzen („Gazellen“). Wissen und Wissensbearbeitung stellen mithin in erster Linie ein Produktions- und Handlungsingredienz für andere Branchen dar und haben von daher die Funktion einer „Metabranche“ des neuen Aufschwungs, der Branche, die hinter dem Gedeihen der Anderen steht (Grossmann 1994b).

Diese rasche Entwicklung der Informationsverarbeitungsfähigkeit wird absehbar für die nächsten 10 Jahre unverändert anhalten. Dadurch wird die Bedeutung des Wissenssektors für sich und im Bereich der Gesamtwirtschaft wiederum und noch einmal erheblich zunehmen. Wissensverwendung hat neue Werkstoffe, neue Produktionsverfahren, sparsamere Maschinen und weniger materialintensive Produkte ermöglicht. Dieser Aspekt der Wissensverwendung wird noch bedeutender. Die weit-

reichendsten Auswirkungen liegen jedoch in der qualitativen Ausweitung des Informationsbegriffes. Wie Multimedia demonstriert, werden außer den derzeit überwiegenden Formen der Computeranwendung, d.h. Umgang mit Zahlen, Texten und betrieblichen und Wissensinformationen jetzt auch Dias, Bilder, Klänge, Malereien, Video-Sequenzen, Filme und anderes als Information behandelt, was bisher dem Bereich der Kunst und Unterhaltung zugerechnet wurde.

Eine bedeutende Ausdehnung, quantitativ und qualitativ, der durch das Telefon schon gebotenen globalen Vernetzung erfolgt durch die Daten-Superhighways (Mondo 2000), in denen zahlreiche, umfangreiche Bibliotheken, Filmotheken, Audiotheken und Datenbanken weltweit integral digital verfügbar werden. Die sehr unterschiedlichen Kategorien Klänge, Töne, Bilder, Daten, Texte und viele andere Formen des Wissens, der Künste und der Erfahrung werden dadurch in einheitlicher Weise als „Information“ verfü- und bearbeitbar und integrierbar.

Dadurch erweitert sich der Informationsbegriff erheblich. Deshalb werden hier die beiden Begriffe Wissen und Information als inhaltlich ähnlich behandelt. Durch diese neuen Werkzeuge kann der Wissensbestand physisch weit auseinanderliegender Informationsbestände, noch dazu in dieser qualitativ erweiterten Form, zu neuen Antworten kombiniert werden. Derzeit sind noch nicht einmal die Fragen oder Frage-techniken bekannt, um diese neuen Möglichkeiten ernsthaft ausnutzen zu können.

Der massivste Umschwung erfolgt in der Wirtschaft wohl in der Form der virtuellen Produktion, d.h. der Verknüpfung von CAD/CAM-Verfahren (computer-aided design, computer-aided manufacturing), Produktionsleitung, Logistik, Vermarktung und Vertrieb über die gigantischen globalen Computer- und Daten-Verbundnetze. Anschaulicher: eine irgendwo in der Welt angesiedelte Gruppe mit einer neuen Produktidee kann diese durch ein geeignetes Computernetz mittels CAD/CAM in Produktionsanleitungen umsetzen, über das Computernetz im Wettbewerb geeignete Hersteller für die Komponenten auswählen, über das Computernetz das Zusammenlaufen der Komponenten bei einem Assemblierbetrieb steuern und mittels Werbe- und Vermarktungsorganisationen, ebenfalls über Computernetz, den Vertrieb steuern. Dadurch kann Produktion eines Gutes geistig an einem beliebigen Ort aber physisch über die Welt verteilt erfolgen. Herstellung oder Produktion wird damit zur Dienstleistung. Die Anbieter derartiger „Herstellungs-Dienstleistung“ geraten unter weltweiten

Konkurrenzdruck. Dagegen werden die Anbieter von Ideen zunehmend weltweit gesucht werden, da sie die Maschinerie in Gang bringen können.

Virtuelle Produktion ist die logische Fortentwicklung der „just on time“-Produktion im Verein mit „lean“ Produktion.

Für die neuen Bundesländer ist wichtig, daß sich damit eine Kernfrage der Wirtschaftspolitik anders stellt: Eine Region kann sehr wohl ausschließlich von „Dienstleistung“ leben, sofern diese teilweise dem auslösenden, primären Sektor der Schaffung neuer Produkte zuzurechnen ist. Anders gesagt: ein Teilbereich der Informationsgewinnung und -Bearbeitung übersiedelt derzeit in den Bereich der Primär- bzw. Sekundärwirtschaft und drückt zugleich einen Teilbereich der Sekundärwirtschaft in den Dienstleistungssektor.

Ein ähnlicher weitreichender, jedoch gänzlich andersgearteter Umbruch in der Wirtschaft erfolgt durch die Einsichten in mathematisch-chaotisches Verhalten, das prinzipiell, wenngleich relativ selten, in fast allen Systemen der menschlichen Welt und Umwelt erfolgt, s.u. Diese Einsichten bilden eine Grundlage für die Entwicklung neuer Ökosystem-Managementansätze genauso, wie für Systemsteuerungen, oder für neue Ansätze im strategischen Management, z.B. für Computerprogramme zum Portfolio-Management. Im technischen Bereich haben sie außerordentlich viel effektivere Verfahren zur Datenkompression von Bildern realer Situationen (derzeit schon um den Faktor 20 besser als der bisherige Spitzenreiter) ermöglicht.

Das neue Wissen über chaotische Prozesse hat auch das Verständnis für Neuentstehen (Emergenz) und Verschwinden von Systemen und Eigenschaften vertieft. Die jüngere Management-Literatur erbrachte dementsprechend viele Ansätze, um die Entwicklung von Unternehmen durch Eigenschaften chaotischer Dynamiken, Kreativität von Mitarbeitern und Profitieren von der partiellen Unvorhersagbarkeit externer Entwicklung zu fördern. Entsprechendes Wissen und entsprechende Management-Ansätze sind in weit größerem Maß erst recht für Regionen erforderlich. Regionalwirtschaftlich interessante Beispiele von Vergehen sind der Niedergang ausgedehnter, einst wohlhabender Regionen wie Ruhrgebiet, Ostgürtel der USA oder die nördlichen Industrieregionen in Großbritannien („from smoke-belt to rust-belt“; vom Rauchgürtel zum Rostgürtel). Beispiele von regionalen Emergenzprozessen sind der Aufstieg des Raumes München oder des Silicon-Valley (des jetzigen Soft-

ware- und Computerzentrums in den USA) oder der Wiederaufstieg der Region Manchester in England.

### **Wissen, Können und Fertigungsvermögen**

Wissen wird hier so definiert, daß es Können, Erfahrung, Denken, Wissen, Wissenschaft, Daten, Kompetenz und Fertigungsvermögen inklusive der gesamtverfügbaren Technologie und Technik einer Kultur einschließt.

**Komplexität:** Seit einiger Zeit werden in den Wissenschaften nicht länger nur einfache Systeme mit wenigen Komponenten, sondern auch Systeme mit vielen Komponenten sowie Komplexe von Systemen bearbeitet.

**Abkehr vom Newton- Laplaceschen Weltbild der unbeschränkten Vorhersagbarkeit:** Von besonderer Bedeutung sind die oben schon angedeuteten prinzipiellen Beschränkungen der kausalen Analyse von Ursache und Wirkung und der Vorhersagbarkeit. Seit Anfang der 1960er Jahre ergibt die Theorie nichtlinearer Systeme im Verbund mit experimentellen Bestätigungen, daß die Mehrzahl realer Systeme fallweise **prinzipiell unvorhersagbares** Verhalten aufweist. Die Vorstellung vorhersehbarer Beziehungen zwischen Ursache und Wirkung versagt damit zwar nur partiell, doch auf keine Weise überwindbar. Dies gilt beispielsweise für Systeme in der Himmelsmechanik (Trajektorien der Planeten und Sonnen), das Wetter, Ströme von Flüssigkeiten, den menschlichen Herzschlag, chemische Reaktionen, elektronische Schaltungen, das Verhalten des Lasers in manchen Parameterbereichen, Erdbeben, Infektionen, Bevölkerungszahlen in der Biologie, Erdbeben oder manches Geschehen in der Wirtschaft. Kreativität wird z.B. mit chaotischem Verhalten der Hirnfunktionen in Verbindung gebracht.

Dieses Ergebnis betrifft fast alle nichtlinearen Systeme, d.h. praktisch die gesamte Welt und Umwelt und zeigt damit die prinzipielle Begrenztheit der menschlichen Steuerungs- und Planungsmöglichkeiten in praktisch allen Bereichen. Keine Anstrengung und kein noch so großer Datenaufwand können die Entwicklung eines Systems hinreichend vorwegnehmen, wenn sich im System Strukturen mit der Fähigkeit zu unvorhersagbarem Verhalten befinden. Damit können menschliche Handlungen fallweise auch außerordentliche, gefährliche und letztlich unvorhersag-

bare Auswirkungen haben. Das kausale Folgerungsvermögen versichert in solchen Fällen womöglich noch, daß die falschen Schlußfolgerungen korrekt sein müssen.

Diese Einsichten werden das menschliche Selbstverständnis verändern. Die Begrenztheit des Vorhersagevermögens wird jedoch erst relevant, seit die Menschheit Handlungen mit globalen Auswirkungen vornimmt. Weitergehende Erkenntnisse besagen sogar, daß Planbarkeit und Vorhersagbarkeit eines Systems mit dessen Verlässlichkeit und Lebensfähigkeit zum Teil unvereinbar sind. In derartigen Situationen besteht also die Wahl zwischen scheinbarer Vorhersagbarkeit und echter, langfristiger Überlebensfähigkeit.

Heutzutage ist offenbar geworden, daß andererseits ***genau dieses Wissen über Entwicklung, Strukturwandel, Indeterminiertheit und Kreativität*** gebraucht wird, um neue Produkte zu entwickeln, neue Ansätze in der Regionalplanung verfügbar zu machen und das Zukunftswachstum einer Stadtregion zu ermöglichen. Dieses Wissen wird auch gebraucht, um zu vermeiden, daß der Raum München zum Ruhrgebiet des Jahres 2010 wird.

### **Qualitative Entwicklung des Informationsbegriffes**

Das Wissen verdichtet sich derzeit mit extremer Geschwindigkeit sowohl qualitativ als auch quantitativ. Zunächst ergeben sich innerhalb des Informationsbereiches vielfältige Synergieeffekte z.B. durch Verbundsoftware, Multimedia, Verbindung von Fernerkundungsdaten mit terrestrischen Erhebungsdaten, Audiofizierung und Visualisierung von komplexen Systemmerkmalen usw. Weit darüber hinausgehend werden derzeit neue therapeutische Behandlungsmöglichkeiten und neue architektonische und stadtgestalterische Ansätze durch „virtual reality“ verfügbar. Die Breite dessen, was hier erforscht und ausgelotet wird, ist in Publikationen wie „Cyberpunk“ (Mondo 2000) ersichtlich, wo auf jeweils ca. drei Seiten je eine weitreichende Innovation dargestellt ist, und dies über ca. 250 Seiten.

### **Bewußtsein und Einstellung**

Die Veränderungen von Bewußtsein und Einstellung werden vor allem durch folgende Stichworte gekennzeichnet:

- . Weltweit rasch zunehmendes Umwelt- und Ökologiebewußtsein
- . Entstehen globaler Ansätze und Gefühle, wie in Lovelocks u. Margulis Gaia - Ansatz ausgedrückt (Gesamtbetrachtung der Erde als eines insgesamt rückgekoppelten Systems von belebter und unbelebter Natur, wo die Biosphäre auch global ihre Umwelt überlebensgünstig gestaltet), oder wie durch die Weltraumbilder der Erde vermittelt („Spaceship Earth“)
- . Globale Nachhaltigkeit: Die Agenda 21 des Rio-Gipfels wird von Entscheidungsträgern aus Entwicklungsländern genau so verfolgt wie in entwickelten Ländern. Internationale Organisationen beachten zunehmend Umweltnotwendigkeiten. Zum Beispiel hat die World-Bank für alle größeren, von ihr geförderten Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung verbindlich gemacht.
- . Ethik, Verantwortung, Sinnfragen: In den letzten 10 Jahren wird ein zunehmendes Interesse an ethischen Entscheidungsmaximen und Nachweltverantwortung in allen Bereichen offenbar. Auch das Problem der Verantwortung wurde wieder aufgegriffen (etwa Hans Jonas Buch: Prinzip Verantwortung). Höhle („Philosophie der ökologischen Krise“) und Lerner („Politics of meaning“ in der Zeitschrift Tikun 1992) sind viel beachtete Autoren in dem Unterfangen, Sinnfragen und Transzendenz in den Mittelpunkt der modernen Lebensführung zu bringen.
- . Werden und Vergehen waren lange Zeit zunehmend verdrängte Themen, wie z.B. Geburt und Tod von Menschen, Institutionen und Zivilisationen. Die Bücher, die sich mit Hausgeburten oder dem Sterben auseinandersetzen, nehmen jetzt einen breiten Raum in den Buchhandlungen ein. Weitergehende Analysen unterbreitete Norbert MÜLLER in „Civilisation Dynamics“, Systemmodelle zum Entstehen und Verschwinden von Zivilisationen.
- . Komplexität: In den letzten ca. 15 Jahren erfolgt eine beständig zunehmende Wertschätzung für Komplexität statt der Monotonie von Kubismus oder der Würfelform moderner Architektur. Im Tourismussektor prägte Ulrich die Formel: „Weg vom Monourlaub, hin zum Komplexurlaub“. Entwicklungen von vielfachen, z.B. „virtuellen“ Realitäten, die durch Computer erlebbar werden, setzen die Komplexitätsentwicklung weiter fort.
- . Erkennen der Tendenz zu massiven Fehlurteilen beim Umgang mit der Komplexität, etwa durch Dörners Arbeiten („Logik des Mißlingens“), oder

durch Vesters „vernetztes Denken“ und Forresters „counterintuitive behavior of complex systems“.

Viele der Veränderungen im Bereich Bewußtsein und Einstellung sind noch relativ folgenlos; einige sind Modewellen, die auch wieder verschwinden werden. Viele beruhen auf neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, oder werden durch bleibende Tatsachen, wie die erreichte weitgehende Besiedelung der Erde, bedingt. Diese Veränderungen des Bewußtseins werden also bestehen bleiben. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wird von Notwendigkeiten, aber auch Einstellung und Bewußtsein bestimmt. Entsprechend den oben beschriebenen Änderungen von Einstellung und Bewußtsein und den Umbrüchen und Durchbrüchen in der Wissensbasis mit resultierenden neuen Produktionsmöglichkeiten ist auf einer Makroebene ableitbar, welche Produkte auf den Zukunftsmärkten gehandelt werden.

### **Menschliche Umwelt und Kulturlandschaften**

Es gibt derzeit eine Verzweigung im menschlichen Verhalten: einerseits wird die über Jahrtausende verlaufende Abkoppelung von der Natur auch im Bewußtsein und Freizeitverhalten fortgesetzt. So ist eine immer noch zunehmende Naturferne in den durchmechanisierten und zumeist künstlich belichteten Fitneß-Zentren oder in den „Cyberspace“-Freizeitangeboten virtueller Realitäten beobachtbar. Andererseits erfolgt jedoch in einer säkularen Trendwende eine Hinwendung zu Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr in einer weit intensiveren Naturnähe, als es sie historisch jemals gab. Natur wird zum Teil wissenschaftlich-spirituell gesehen (weitgefaßte Gaia-Vorstellung, wie in Lovelocks erstem Buch (Lovelock 1978) oder in seinen letzten Büchern). Diese Sichtweise hat eine breite Anhängerschaft erzielt. Wie Kasperidus bemerkt hat, könnte die naturferne Konzentration vieler Menschen in den Techno-Landschaften der Freizeitzentren, wenn sie vom Ressourcenaufwand her nachhaltig zu gestalten ist, für die Erhaltung der Umwelt vorteilhaft sein.

Die Kulturlandschaftsentwicklung erfolgte seit Wirksamwerden der Eisenbahnen ab Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr unter dem Primat der Wirtschaft. In den letzten ca. 3 Jahrzehnten schließlich wurde vor allem die „grüne Wiese“, wenn sie nur hinreichend in der Nachbarschaft von Autobahnanschlüssen lag und ein Flughafen ausreichend gut erreichbar war, als Standort neuer Industrie herangezogen.

Wirtschaftsansiedlungen auf der grünen Wiese sind konflikt- und altlastenfrei und können rascher erfolgen als die „Rezyklierung“ vorher industriell genutzter Fläche. Der andere bedeutende Einflußfaktor der Kulturlandschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte wurde durch die EG-Agrarpolitik begründet, die in ausgedehnten Flächen eine immer extremer werdende landwirtschaftliche Intensivnutzung bewirkte, sowie als deren Folge die Stilllegung ausgedehnter landwirtschaftlich weniger profitabler Agrarflächen verlangte. Diese in Westeuropa weitgehend erfolgte Entwicklung wird jetzt in Ostdeutschland im Schnellverfahren nachgeholt. Dies geschieht ungeachtet der zunehmenden Kritik in Westeuropa an dieser Entwicklung.

Landschaft wird also noch zunehmend funktionell in einem engen Sinn gestaltet. Gleichzeitig gewinnen die Gegenbewegungen an Kraft. Naveh und Lieberman 1993 zeichnen eine in erstaunlichem Maß holistische Sicht der Landschaftsökologie. Ökologische Landwirtschaft hat bedeutende Zuwächse erlebt. Naturschutzbestrebungen sind sehr viel wirksamer geworden. Die chemische Industrie beginnt, die bei nachwachsenden Rohstoffen mögliche hohe Diversität zu nutzen, also nicht erst die Biomasse möglichst weit chemisch zu zerlegen (wie es mit Holz bei der Zellstoffproduktion erfolgt), sondern möglichst komplexe Grundstoffe als Pharmazeutika- oder Parfümingredienzien für Hochwertproduktion zu extrahieren, so daß etliche Syntheseschritte im Vergleich zur Produktion auf petrochemischer Basis eingespart werden. Wiederum sind hier Einstellung und Bewußtsein entscheidende Faktoren.

Neue Erkenntnisse der Ökologie und die Gegebenheiten vieler geschädigter ostdeutscher Regionen lassen das Entstehen von Kulturlandschaften zu, die ökologisch leistungsfähiger sind, als die gerühmten Kulturlandschaften des 19. Jahrhunderts, die immerhin den größten Artenreichtum beherbergten, der in Mitteleuropa seit dem Ende der Eiszeit feststellbar war (Holling 1978, Haber 1979, 1980, Bradshaw 1994). In derartigen Landschaften ist nicht nur eine hohe Diversität, sondern auch eine hohe, und zum Teil im naturwissenschaftlichen Sinn chaotische Variabilität günstig für die Lebensfähigkeit. Daß derartige Landschaften entstehen, ist auch eine aus wirtschaftlichen Gründen zu erhebende Forderung. Denn aus dem Prozeß der Revitalisierung der ökologisch massiv geschädigten Flächen in Ostdeutschland dürfen keine Ökosysteme hervorgehen, die fortwährende erhebliche, kostspielige Inputs des sozioökonomischen Systems benötigen. Vielmehr müssen diese Ökosysteme so strukturiert sein, daß sie mittelfristig selbsterhaltend werden. Damit leisten sie zu-

gleich einen eigenständigen Beitrag zur Überlebensfähigkeit des sozioökonomischen Systems.

Da Überraschungen, Störungen, Spannungen und Quellen von Unvorhersehbarkeit zum Überleben von Natur und Mensch gehören, müssen die Kulturlandschaften des 21. Jahrhunderts auch ausgeprägte fraktale („selbstähnliche“) Formen und Strukturen (Mandelbrot 1982) aufweisen. Da die hierdurch mögliche hohe Lebensfähigkeit eine Daseinsvorsorge, eine Art von Versicherung gegenüber dem Unvorhergesehenen darstellt, könnte man sich vorstellen, daß die öffentliche Hand oder Versicherungsunternehmen, auf der Basis einer entsprechenden Rahmengesetzgebung, die aus Komplexität resultierenden Mehrkosten tragen.

Die abwechslungsreichen Formen dürfen nicht beliebig sein. Denn neue Ergebnisse in der Ökosystemforschung und der Theorie fraktaler Systeme weisen in die Richtung, daß Leistungsfähigkeit, Schönheit und langfristige eigenständige Lebensfähigkeit der Umwelt engstens zusammenhängen, u.a. Grossmann 1983, 1994a, Marchetti 1983 und Wehner, persönliche Mitteilung. Die Landschaft muß daher in Abschnitten „schön“ gestaltet sein. Damit werden wiederum, wie nach 1800 bei dem Aufbauwerk der Wiederbewaldung, wenngleich auf einem wissenschaftlich höheren Niveau, Arbeitsgemeinschaften von Künstlern und Ökologen erforderlich. In anderen Landschaftspartien geht es einfach um die Bewahrung oder Wiederherstellung der Kulturlandschaften, eines in über 1000 Jahren in Koevolution von Mensch und Natur entstandenen hohen Wertes und ihrer Weiterentwicklung in Habers „diversifizierte Landnutzung“.

Derartige Landschaften genügen jedoch nicht nur ökologischen Notwendigkeiten, sondern entsprechen auch dem sich wandelnden Geschmack, wonach zunehmend Urlaub und Erholung in naturnahen Landschaften nachgefragt wird. Gleiches gilt für die Entwicklung der Städte. Historisch gewachsene Städte weisen nach Frankhauser 1991 ebenfalls eine mittelhohe fraktale Dimension auf. Die neuen Entwicklungen in der Architektur gelten wieder der Schaffung von Formen, derzeit nur in den Bauten, noch nicht in der Gestaltung von Stadtteilen oder ganzen Städten, die wiederum komplexer und vielfältiger, auch zweckfreier und, im Spiel von Raum, Licht und Farben (wie etwa im neuen Eingangsbereich des Louvre) vieldimensionaler sind. Derartige Kulturlandschaften würden zugleich auch die Vielfalt widerspiegeln, die sich im geistigen und im Wissensbereich entwickelt.

Die Frage an die Landschafts- und Umweltgestaltung lautet: Wie kann man eine Umgebung schaffen, und wie die Menschen unterstützen und motivieren, so daß sie die Möglichkeiten schaffen, eine erfolgreiche Wirtschaft aufzubauen, die die neu entstehende Nachfrage nutzt und für das Leben und die Wirtschaft von morgen die Möglichkeiten von morgen einsetzt? Denn wenn diese Umbrüche geleugnet, die neuen Möglichkeiten nicht gesehen werden, wenn also in Ostdeutschland auf höchstem Niveau ein westdeutsches Auslaufmodell implementiert wird, besteht die Gefahr, daß die westdeutsche Kapitalbasis in Ostdeutschland verfällt.

Die erwähnte partielle, prinzipielle Unvorhersehbarkeit und das hiernach ohnehin zu erwartende Scheitern detaillierter strategischer Planung machen beide ergänzend einen neuen Typ von Gestaltungsansätzen erforderlich: den der *Ermütigung* erwünschter Entwicklungen statt der detaillierten Planung der Zukunft. Ermütigung kann in allen vier Bereichen durch Unterstützung der Intuition, der Variabilität, der strukturellen Diversität und der Förderung der, wie Binnig 1989es bezeichnet hat, Kreativität von Mensch und Natur erfolgen.

Für das Ermöglichen einer Zukunftswirtschaft kann also der indirekte Weg der Korrespondenz von ökologisch bedeutsamen Zukunftslandschaften - die dem neuen Paradigma entsprechen - und den von ihr angezogenen Menschen genutzt werden. Diese Menschen korrespondieren wiederum zur Zukunftsindustrie, da hier immer die gleiche Weltsicht, das gleiche neue, überlebensfördernde Paradigma operiert.

Um diese Ermütigung zu erreichen, können entsprechende umwelt- und landschaftsgestalterische Voraussetzungen geschaffen werden, wie z.B. Unterstützung einer zeitlichen und räumlichen Variabilität, der strukturellen Diversität, fraktale Brechung starker Gradienten in devastierten Landschaften, oder Zulassung von "Taschen der Unordnung" in der Landschaft, die sich im Zuge der Inventarisierung der Rote Listen Arten in den neuen Bundesländern als Inseln der Biodiversität erwiesen haben.

#### **Zusammenfassung zu Arten des Zusammenwirkens der vier Landschaften:**

Es ist nach allen diesen Zusammenhängen zwischen Einstellung, Bewußtsein, Wissen, Wirtschaft und Formung der Landschaft und Umwelt zu vermuten, daß das neue Wissen und die neue Wirtschaft eher in einer Umgebung aufzubauen und zu schaffen sind, die kongenial zu den zu schaffenden Welten ist. Im Wettbewerb der Regionen kann man darauf setzen, durch derartige Resonanzen - Schaffung von

Umwelten, die dem wirtschaftlich und geistig zu Schaffenden kongenial sind - die Lebensfähigkeit der eigenen Region zu erhöhen. Ein erwünschter Nebeneffekt besteht darin, daß hierdurch pflegeleichtere, ökologisch stabilere, schönere und für die Naherholung ansprechendere Umwelten entstehen.

Die Schaffung derartiger „Kulturlandschaften des 21. Jahrhunderts“ kann insbesondere in den weiträumig umzugestaltenden, grundlegend revitalisierungsbedürftigen Bergbaufolge- und Altindustriellandschaften des mitteldeutschen Raumes erfolgen.

### **Nachhaltigkeit**

Nachhaltigkeit bedingt das Bewahren, die Entwicklung und das *Wachstum* des komplexen Bestandes von Ressourcen und Funktionen, die die Menschheit stützen und tragen. Es gibt eine weitere Komponente der Nachhaltigkeit, die diesem qualitativ statischen, erhaltenden Charakter der Nachhaltigkeit zutiefst widerspricht. Denn aus jedem Ressourcenbestand, seien es Arten, Ökosysteme, Kenntnisse, Sprachen, Gebräuche oder Wirtschaftsbranchen, bricht unabwendbar beständig Einiges weg, oder wird unwirksam, oder verschwindet oder stirbt. Die entstehenden Lücken müssen gefüllt werden, da sonst eine allmähliche Verarmung erfolgt. Da nicht das Alte wieder aufgepeppelt werden oder nachkommen kann, muß dies etwas qualitativ Neuartiges sein. Nachhaltigkeit erfordert außer quantitativem, ersetzenden Wachstum auch qualitatives Wachstum, eben das Entstehen von Neuem, also Entwicklung, Evolution und Kreativität von Mensch und Natur. Voraussetzung für dieses qualitative Wachstum sind Lücken und damit Verschwinden und Tod, oder „kreative Zerstörung“. Nachhaltigkeit ist ohne Verschwinden, Wachstum und das Entstehen von Neuem unmöglich, ist daher nie bequem, wie C. Busch-Lüty immer wieder betont („Nachhaltigkeit als konsensstiftende Leerformel“).

### **Regionale Attraktivität als Ansatzpunkt zur Schaffung regionaler Synergien**

Von welcher Art von landschaftlicher und Freizeitumgebung fühlen sich Personen besonders angesprochen, die herausragend befähigt sind, in dem gesteckten Rahmen neue Wirtschaft aufzubauen? Da Wissen in besonderem Umfang und in einer gegenüber dem alten Wortsinn neuen Breite als Metabranche, also Katalysator und Betriebsstoff der neuen Wirtschaft fungiert, und da dieser Wissensbereich sehr fei-

nes, hochwertiges, geradezu ästhetisches Wissen umfaßt, ist anzunehmen, daß die weitere Wissensentwicklung in diesem Bereich und die zugehörige, hierauf aufsetzende Wirtschaftsentwicklung beide besonders gut in Landschaften und Umwelten erfolgen können, die selber diese Charakteristika aufweisen, die also vielfältig, variabel und fraktal gestaltet und damit nach allem, was wir derzeit wissen, auch ästhetisch schön sind.

Regionale Attraktivität für Menschen und Wirtschaft ist als letztlich zukunftsentscheidender Faktor in das erwähnte Geflecht der vier Bereiche vielfältig eingebunden und von diesen beeinflussbar. Hier besteht ein entscheidender Ansatzpunkt, um Synergien zwischen Wirtschaft, Umwelt und Bevölkerung zu erreichen bzw. zu einträchtigen.

### **Anknüpfen an Traditionen und Stärken der Region Leipzig- Halle**

Es gibt also viele Hinweise darauf, daß das Schaffen von ökologisch hochwertigen Landschaften die dort wohnenden Menschen darin beflügeln könnte, vermehrt „neues Wissen“ zu schaffen und „neue Wirtschaft“ aufzubauen. Der Regierungspräsident von Leipzig Steinbach favorisiert eine „regionale Selbstorganisation“. Diese benötigt Ermutigung von regionaler Kreativität und ökologischer Revitalisierung im beschriebenen Sinne. Wie oben ausgeführt, bietet sich hier eine entsprechende Gestaltung von Bergbaufolge- und Altindustriellandschaften an.

Mehrere Analysen der Situation der Region Leipzig/Halle haben übereinstimmend gezeigt, daß die Entwicklung der Stadt Leipzig in erheblichem Maß von einer positiven Gestaltung gerade des durch Braunkohlenabbau und Carbochemie zu 50 % devastierten Südraumes abhängt. Die Erwartungen gehen dahin, daß von einer positiven Entwicklung der Stadt Leipzig auch die Entwicklung der Stadt Halle günstig beeinflusst werden wird und die günstige Entwicklung beider Städte wiederum die Entwicklung der gesamten Region mit etwa 1,5 Millionen Menschen, davon ca. zweidrittel in den beiden Großstädten, zu sichern vermag.

Von allen Regionen in den fünf jungen Bundesländern hat ohnehin die Region Leipzig die besten Entwicklungschancen, abgesehen von dem Sonderfall Ostberlin. Wenn die Entwicklung Leipzigs fehlschlägt (oder einen langfristig destruktiven Ver-

lauf nimmt), dürfte dies negative Signalwirkungen für Ostdeutschland, extrem ungünstige Folgen für ganz Deutschland und damit wohl auch für Europa haben. Wenn die Entwicklung hier jedoch gelingt, sollten hiervon ermutigende Beispielwirkungen für Ostdeutschland und Osteuropa ausstrahlen, auch wenn Kontrollgrößen für andere kohle- und schwerindustriegeprägte Regionen etwa Polens oder der Ukraine anders ausfallen. Der Südraum der Region Leipzig kann also cum grano salis als ein Drehpunkt einer günstigen oder ungünstigen Entwicklung und damit als ein Raum gesamteuropäischer Bedeutung angesehen werden.

Die Entwicklungen im kombinierten Wirtschafts- und Wissensbereich sind für die Region Leipzig als traditionell gemeinsamen Zentrum von Wissenschaft, Kunst und Verlagswesen von besonderer Relevanz. Der Multimedia-Bereich setzt diese Traditionen ins 21. Jahrhundert fort.

Der rasch expandierende Umweltmarkt ist inzwischen zu hoher wirtschaftlicher Bedeutung gelangt. Daher ist Steinbachs Ansatz zielführend, den beschädigten Teil des Raumes Leipzig-Halle als Lern- und Experimentierumgebung für den Know-How Erwerb im Bereich Revitalisierung als Grundlage für den Aufbau einer Exportwirtschaft zu nutzen.

Leipzig hat sich zu einem wichtigen Bankplatz entwickelt. Zugleich war Leipzig in der Vergangenheit Zentrum des Geistes und der Wissenschaften. Der Fortschreibung der neuen Bankmöglichkeiten und der Tradition als Informationszentrum würde es entsprechen, in Leipzig besonders die Verknüpfung von Wissensbereich und Bankwesen zu entwickeln, d.h. insbesondere neue informationsintensive Instrumente wie etwa die Derivatives im Bereich des Finanzsektors zu fördern.

Die virtuelle Produktion ist die logische Fortentwicklung der alten Messe als eines Knotenpunktes des Handels und des Informationsaustausches. Die alte Messestadt Leipzig, wenn sie sich konsequent, statt gebrochen, weiterentwickelt, sollte zu einem wichtigen Zentrum der virtuellen Produktion werden. Die „neue Messe“, die das Konventionelle im Größtmaßstab repliziert, sollte kleiner gehalten, aber parallel eine „virtuelle Messe“ eingerichtet werden.

In den fraktal zu gestaltenden Strukturen der Bergbau- und Industriefolgelandschaften im Südraum der Region Leipzig sollten von vornherein Ortschaften zur Besiedelung durch jene Menschen vorgesehen sein, die eine besondere geistige Affinität zu den neuen Möglichkeiten und Chancen haben. Durch weltweites Propagieren

des solcherart in die Wege geleiteten kann das Konzept sofort derartige Menschen in diese Region ziehen. Da die Region Leipzig immer ein Zentrum für Künstler war, müssen hier Menschen zu Hause sein, die beginnen können, die neuen Gebiete in Wirtschaft und Wissenschaft auszufüllen und die, verstärkt um kongeniale Zuwanderer, damit für andere Arbeit schaffen. Dafür jedoch sind die wichtigsten infrastrukturellen Standortfaktoren für die angestrebte Entwicklung der Zukunftswirtschaft, z.B. Wissenschaftszentren und Hochleistungs-Kommunikationsnetze, im Leipziger Raum rasch bereitzustellen. Eine kritische Masse von Gleichgesinnten, die entscheidendste aller kritischen Massen, ist schnellsten anzustreben. Denn eine Systemanalyse des hier dargestellten Wachstumsprozesses hat gezeigt, daß es sich um einen evolutiv offenen, kooperativen, also zu hyperbolischem Ausschließungswachstum tendierenden Prozeß handelt. Mit anderen Worten: Der Markt wird weltweit unter wenigen Regionen aufgeteilt, deren Vorsprung uneinholbar wird.

Es erfolgen derzeit also viele Entwicklungen in den genannten vier Bereichen Bewußtsein, Wirtschaft, Wissensbasis und Umwelt und Landschaft, die zu den historischen Stärken der Region Leipzig- und eingeschränkt auch Halle, passen. Die ohnehin notwendige ökologische Revitalisierung des Südraumes der Region Leipzig, wenn sie im Einklang mit den neuen Erkenntnissen in der Ökologie erfolgt, kann jene Landschaften schaffen, die kongenial zu den Veränderungen im Bewußtsein und der Wissensbasis sind, und die damit insgesamt eine Anstoßfunktion für eine günstige und zukunftsorientierte wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region ausüben sollte.

## **Literatur**

Binnig, G. 1989. Aus dem Nichts. Über die Kreativität von Mensch und Natur. München: Piper. 298 pp.

Bradshaw, 1994. Vortrag auf der Intecol-Konferenz Manchester 1994. Im gleichen Sinn, mit viel Belegmaterial auch Hadley, Intecol 1994.

Busch-Lüty, C., H.P. Dürr und H. Langer, Hrsg. 1992. Ökologisch nachhaltige Entwicklung von Regionen. Politische Ökologie, Sept. 1992.

Dörner, D. 1989. Die Logik des Mißlingens.

- Forrester, J.W. 1969. Urban Dynamics. MIT-Press.
- Frankhauser, P. 1991. Fractal Analysis of Urban Structures. Conference Proceedings, 7<sup>th</sup> Colloquium on Theoretical and Quantitative Geography. Stockholm 1991.
- Grossmann, W.D. 1983. Systems approaches towards complex systems. In Messerli, P. and E. Stucki (eds.) Fachbeiträge der schweizerischen MAB-Information. Vol. 19. Bern: Bundesamt für Umweltschutz, 25-57.
- Grossmann, W.D. 1994a. Zukunftswachstum der Stadtregion Leipzig. Zur Veröffentlichung bei Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) IAB-Mitteilungen. 20 Seiten.
- Grossmann, W.D. 1994b Challenges from Ecology and Economy to Application and Design of Geographical Information Systems. In: Fischer, M.M., D. Unwin and H. Scholten (eds.). 1994. Spatial Analytical Perspectives on GIS in the Environmental and Socio-Economic Sciences. New York: Springer
- Haber, W. 1979. Raumordnungskonzepte aus der Sicht der Oekosystemforschung. Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover 131, 12-24.
- Haber, W. 1980. Natürliche und agrarische Ökosysteme- Forderungen für ihre Gestaltung. In Kick, H., N. Kirchgartner, H.-J. Oslage, H. Ruge,, E. Schlichtinger, O. Siegel Hrsg. VDLUFA Kongressband 1980 Braunschweig. Frankfurt: Sauerländer Verlag.
- Haken, H. ed. 1982. Evolution of Order and Chaos. Berlin: Springer.
- Hösle, V. 1991. Die Philosophie der ökologischen Krise.
- Holling, C.S. ed. 1978. Adaptive Environmental Assessment and Management. New York: Wiley.
- Jonas, H. (1984) Das Prinzip Verantwortung - Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. - Frankfurt a. M.: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.
- Lerner. 1992. Politics of Meaning. Tikkun, New York.
- Lovelock, J. 1978. Gaia- a new look on life on Earth. Oxford University Press.
- Mandelbrot, B.B. 1982. The Fractal Geometry of Nature. New York: Freeman

Marchetti, C. 1983. On the Beauty of Sex and the Correctness of Mathematics. PP 83-O2, Laxenburg: International Institute for Applied Systems Analysis.

Mondo 2000. Cyberpunk.

Müller, Norbert. 1989 bzw. 1991. Civilization dynamics 1 und 2. Avebury.

Naveh, Z., A.S. Lieberman. 1993. Landscape Ecology. (Sec. Edition). New York: Springer. 472 pp.

Vester, F. 1978. Neuland des Denkens.

**Hartmut Usbeck**

**Räumlicher Strukturwandel und Standortentwicklung  
in der Stadtregion Leipzig**

**1. Einführung**

Die Großstadt Leipzig ist mit ihrem Umland integraler Bestandteil des mitteldeutschen Wirtschafts- und Agglomerationsraumes Leipzig-Halle und mit ca. 490 000 Einwohnern das bedeutendste Zentrum der Region. Neben Berlin werden in verschiedensten Städteumfragen und relevanten Studien dem Standort Leipzig die günstigsten Entwicklungschancen unter den ostdeutschen Großstadtregionen eingeräumt (vgl. u. a. Henckel u. a. 1993, Gornig u. a. 1993). Grundlage dafür sind insbesondere solche Standortvorteile wie verkehrsgeographische Lage, Humankapital, Branchenvielfalt, stärkere Ausprägung unternehmensbezogener Dienstleistungsbereiche und das durch die Bevölkerungs- und Wirtschaftskonzentration gegebene Marktpotential. Obwohl nur in wenigen Fällen explizit darauf eingegangen wird (Usbeck u. a. 1993), treffen die wichtigsten dieser Standortvorteile nicht nur auf Leipzig, sondern zumindest auf den Kernraum der Agglomeration mit den beiden Oberzentren Leipzig und Halle und ihr engeres Umland zu. Aus ihnen resultieren die wichtigsten Investitionsentscheidungen der letzten Jahre zur Ansiedlung bzw. dem Ausbau überregionaler Funktionen, die auf den Großraum Leipzig-Halle bzw. sogar die Südhälfte der neuen Bundesländer ausgerichtet sind. Beispielhaft zu nennen sind hierfür die Ansiedlung von ca. 100 Finanzinstituten mit teilweise überregionalen Filialbereichen in Leipzig, der inzwischen begonnene Messeneubau am nördlichen Leipziger Stadtrand, der Neubau des Großversandhauses Quelle in unmittelbarer Nachbarschaft, der konzipierte Ausbau des Flughafens Leipzig-Halle auf eine Kapazität von ca. 4 Millionen Passagieren, der Bau eines Güterverkehrszentrums, die Errichtung des Mitteldeutschen Dienstleistungszentrums in Schkeuditz sowie der Bau der Raffinerie Leuna.

Wie die Aufzählung zeigt, sind hierbei keine größeren Investitionen im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes in der Stadt Leipzig vertreten. Die Beschäftigtenzahl die-

ses Sektors ist von ca. 100 000 auf etwa 17 000 geschrumpft. Der Beschäftigtenbesatz der Industrie ist inzwischen auf 30-40 % von dem westdeutscher Großstädte mit hohem Tertiäranteil gesunken. Die führenden Leipziger Industriebetriebe haben den Charakter von kleinen und mittelständischen Unternehmen, vielfach als Filialbetriebe und in der Regel ohne (nennenswerte) eigene F/E-Basis. Im Standortwettbewerb mit Büro- und Dienstleistungseinrichtungen werden aus bestimmten Lagen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in das Umland gedrängt. Im Umland selbst deutet sich jedoch inzwischen eine Konsolidierung dieses Bereiches an.

Unter diesen Bedingungen fällt es zunehmend schwerer, an die Vision der „integrierten Wirtschaftsmetropole“ zu glauben, die sich auf die Kombination von „intelligenter Produktionstechnologie-Herstellung“ und „unternehmensberatenden Dienstleistungen“ als den Kern/Motor einer künftigen Entwicklung stützt und von ca. 50 000 Industrie-beschäftigten mit hohem F/E-Anteil und qualifizierten Fertigungsberufen ausgeht (Brake und Usbeck, 1993). Dennoch ist die Entwicklung zur Dienstleistungsmetropole ohne nennenswerte industrielle Basis kaum denkbar, zumal die Mehrzahl der neu gegründeten unternehmensorientierten Dienstleistungsfirmen ihre Aufträge aus der Industrie und dem Handwerk rekrutiert.

Bei den Standortentscheidungen der o. g. Großvorhaben fiel der Standortfaktor „Lagegunst der Region“ besonders ins Gewicht. Untersuchungen in der Stadtregion Leipzig haben gezeigt, daß nicht nur bei diesen, sondern auch bei Standortentscheidungen kleiner Unternehmen nach wie vor die harten Standortfaktoren, insbesondere die Verkehrsanbindung, den entscheidenden Stellenwert besitzen (Neumann und Usbeck 1993, Neumann 1994).

Mit der deutschen Einheit und den Veränderungen in Osteuropa erhält der Raum Leipzig-Halle seine Knotenfunktion im überregionalen und internationalen Verkehr zurück. Die besondere Lagegunst ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Autobahn-/Strassenkreuz, Eisenbahnknoten und Flughafen sowie den Vorhaben der Telekom, die Region bis Ende der 90er Jahre zum Standort modernster Telekommunikation zu machen und den sich daraus ergebenden potentiellen Synergieeffekten.

Diese „neue Lage“ kann Leipzig und dem Kernraum der Region in Kombination mit den genannten übrigen Faktoren spezifische Standortvorteile im wirtschaftlichen Wettbewerb mit den benachbarten großstädtischen Zentren Berlin, Dresden, Mag-

deburg und Erfurt verschaffen, die durch die Bundes- bzw. Landeshauptstadtfunktion eine deutliche Funktionsaufwertung erfahren haben.

Die sich aus der hervorragenden Verkehrszentralität ergebenden Entwicklungschancen bergen jedoch gleichzeitig Risiken der Überlastung und damit der Entwertung von Standortpotentialen. Hier ergibt sich insbesondere für die Raumplanung die Aufgabe, eine Balance zwischen Wirtschaftsentwicklung und Tragfähigkeit des Raumes bzw. nachhaltiger Raumentwicklung zu finden.

Im folgenden sollen exemplarisch von der regionalen über die gesamtstädtische bis zur Stadtteilebene der räumliche Strukturwandel im Raum Leipzig(-Halle) beleuchtet und spezifische Standortentwicklungen skizziert werden.

## **2. Räumlicher Strukturwandel in der Region**

Der räumliche Strukturwandel in der Region drückt sich auch visuell einerseits im Auflösen, teilweisen Abriß und in ersten Ansätzen erkennbarer Umnutzung alter Produktions- und Arbeitsstättenstandorte, aber vor allem im Ausweis, der Erschließung und dem Betrieb neuer Einzelhandels-, Gewerbe- und Wohnstandorte aus. Damit sind einschneidende räumliche Verschiebungen im bisherigen Standortgefüge und in den Verflechtungsbeziehungen verbunden. Bisherige industrielle Großstandorte im Umland der beiden Oberzentren Leipzig und Halle haben ihre einstmals überragende Stellung als Arbeitsplatzstandorte mit eigenständigem, ausgedehntem Pendlereinzugsbereich weitgehend verloren (Bitterfeld/Wolfen, Leuna/Buna, Böhlen/Espenhain). Demgegenüber konnten die beiden großstädtischen Ballungskerne mit ihrer breit gefächerten Branchenstruktur ihr Gewicht als Einpendlerzentren deutlich erhöhen und Umfang sowie Reichweite ihrer überregionalen Pendlerverflechtungen vergrößern (Usbeck und Bärwald 1993). Dies trifft, wenn auch etwas abgeschwächt, auch auf den Landkreis Leipzig zu. Kernstadt und engeres Umland wirken hier zunehmend gemeinsam als intra- wie auch überregionaler Entwicklungspol. Auch zwischen den beiden Kernstädten haben sich die wechselseitigen Pendlerverflechtungen erhöht. Ansätze einer einheitlichen Arbeitsmarktregion, die zumindest den Kernraum des Ballungsgebietes (Kernstädte und engeres Umland) umfaßt, deuten sich an und dürften sich bei zunehmender Belegung der gerade hier entstehenden neuen Gewerbegebiete weiter ausprägen. Für die verstärkte Außenwirkung

in den Großraum ist charakteristisch, daß jeder 2. Einpendler von außerhalb der Region kommt. Die dabei zu beobachtende zunehmende Dispersion der Einpendlerströme erschwert deren Orientierung auf den ÖPNV. Dies wird durch die Standortwahl für neue Gewerbe-, Einkaufs- und Wohnstandorte teilweise noch begünstigt.

In der Region Leipzig-Halle (Gebiet des Staatsvertrages) werden insgesamt ca. 11700 ha genehmigte bzw. raumordnerisch befürwortete Baugebietsflächen - vorwiegend für GE-Gebiete - ausgewiesen. Sowohl absolut als auch bezogen auf die jeweilige Regionsfläche und -bevölkerung dominieren dabei die sächsischen Kreise. Dies kann als Ausdruck der unterschiedlichen Anziehungskraft der beiden Oberzentren Leipzig und Halle und ihres engeren Umlandes gewertet werden.

Etwa drei Viertel der neuen Baugebietsflächen konzentrieren sich auf den Kernraum. Innerhalb dessen treten zwischen den Kernstädten und den Umlandkreisen erhebliche Differenzierungen zutage. Mit 200 m<sup>2</sup>/EW erreicht das Umland den 11-fachen Wert der Oberzentren (Tabelle 1 - Die Zahlen wurden nach Unterlagen der Regierungspräsidien Dessau, Halle und Leipzig zusammengestellt und mit eigenen Berechnungen ergänzt.).

Vor allem bei den Flächen für Sondergebiete und Gewerbegebiete sind die Relationen extrem zugunsten des Umlandes verschoben.

Den Mittelpunkt des Kernraumes der Region bildet das Gebiet um das Autobahnkreuz Schkeuditz, das durch seine Lage zwischen den beiden Oberzentren und durch seine logistische Standortgunst zu einem herausgehobenen Zielpunkt der Investitionstätigkeit mit überregionaler Bedeutung und damit zu einem Motor für die Gesamtregion wird. Im Gebiet mit einem 10 km-Radius um das Schkeuditzer Kreuz, das die beiden Oberzentren nicht einschließt, entfallen auf etwa 8 % der Gemeinden der Region, mit 3,3 % der Regionsbevölkerung, ca. 27 % der neuen Baugebietsflächen (Tabelle 2). Jede Gemeinde wird sich im Durchschnitt um 100 ha Baufläche erweitern (Regionsdurchschnitt: 29 ha, wobei auf einen Einwohner 605 m<sup>2</sup> entfallen (8-fache des Regionsdurchschnittes).

Tabelle 2

## Bauflächenentwicklung im Teilraum Schkeuditzer Kreuz

	Teilraum Schkeuditzer Kreuz	Region Halle-Leipzig
Anzahl der Gemeinden	32	403
Einwohner	52 400	1 606 000
EW/Gemeinde	1 674	3 985
Neue Bauflächen (ha)	3 170	11 765
" (m <sup>2</sup> /EW)	605	73
" (ha/Gemeinde)	99	29
<b>Anteil an der Region Halle-Leipzig (%)</b>		
Gemeinden	7,9	
Einwohner	3,3	
neue Baufl. insgesamt	26,9	
W/M-Flächen	11,1	
GE/GI-Flächen	27,2	
Sonderflächen	53,0	

Quelle: Usbeck u. a. 1993, S. 41.

Der Teilraum Schkeuditzer Kreuz wird vor allem durch Sondergebietsfunktionen (Verkehr, Einzelhandel) und gewerbliche Funktionen geprägt sein. Demgegenüber treten (nach jetzigem Planungsstand) Wohnfunktionen deutlich zurück. Mit der Ansiedlung dieser Funktionen wird die zentralörtliche Hierarchie, die als Planungsinstrument in Verdichtungsräumen von vielen ohnehin in Frage gestellt wird, grundlegend überformt. Als Beispiel möge die Kleinstadt Schkeuditz dienen (größte Gemeinde des Teilraumes), die als Unterzentrum eingestuft ist, durch die vorgesehene Entwicklung jedoch teilweise überregionale Spezialfunktionen im Tertiärbereich (MDZ, Flughafen) auf sich vereinigt und damit nicht mehr in die formale Zentrenhierarchie paßt. Gerade für den Kernraum der Agglomeration sollte in planerischen Überlegungen der Gedanke des „Städtenetzes“ in dem vielfältige Formen der Ko-

operation sowie Arbeits- und Funktionsteilung/ -ergänzung enthalten sind, als Steuerungs- und Gestaltungsinstrument stärker zum Tragen kommen.

Die sich für den Teilraum Schkeuditzer Kreuz abzeichnende Entwicklung überformt die bisher weitgehend ländliche Siedlungsstruktur (1674 EW/ Gemeinde) in beispielloser Weise. Der Flächenverbrauch ist extrem hoch. Für eine größere Zahl von Gemeinden wird die Siedlungsfläche mehr als verdoppelt. Damit kommt der Sicherung von Freiraumfunktionen auch in diesem Entwicklungsraum besondere Bedeutung zu. Ein möglicherweise weiterhin vorgesehener Flächenausweis sollte, vor allem im länderübergreifenden Konsens, verhindert werden. Mit der außerordentlichen Konzentration von logistischen, anderen gewerblichen und großflächigen Einzelhandelsstandorten werden in diesen eng begrenzten Teilraum überdurchschnittlich starke Ströme des (vorwiegend KfZ-orientierten) Pendler-, Einkaufs- und Wirtschaftsverkehrs gezogen.

Auf die in den Landesentwicklungsplänen ausgewiesenen Zentralen Orte der Region (Oberzentrum bis Grund-/Unterzentrum) entfallen bei einem Anteil von 78 % an der Regionsbevölkerung nur ca. ein Drittel der neuen Baugebietsflächen, obwohl ihnen in den Landesplanungsdokumenten explizit eine besondere Entwicklungs- und Bündelungsfunktion zugemessen wird. Die Zentren kommen noch am ehesten bei der Entwicklung der Wohnfunktion ihrer zentralörtlichen Stellung nahe (ca. 48 % der neuen Wohnbauflächen), müssen jedoch bei gewerblichen und (Einzelhandelsfunktionen) gegenüber ländlichen Gemeinden erhebliche Zentralitätseinbußen hinnehmen. Damit könnten zunehmend diffusere arbeits- und versorgungsräumliche Stadt-Umland-Verflechtungen entstehen, die Verkehrsbelastung weiter steigen und die Chancen für ein ökonomisch tragfähiges ÖPNV-Netz wegen der dispersen Entwicklung sinken.

In der Genehmigungsphase sollten deshalb befürwortete Planungen unter diesem Aspekt kritisch geprüft und ggf. auch in zeitlich versetzte Entwicklungsabschnitte gegliedert werden. Damit könnten auch strategische Flächenreserven benannt werden.

Neben den skizzierten Teilräumen bilden die Bundesautobahnen und B-Straßen die Vorzugsstandorte der Baugebietserweiterungen. Außer den traditionellen, an das Eisenbahnnetz angelegten Achsen, kann man von der Herausbildung von „Neuachsen“ sprechen. Charakteristisch dafür sind Abschnitte der BAB 9

(Merseburg bis Bitterfeld) und BAB 14 (Leipzig-Ost bis Halle) sowie der B 6 und B 181 zwischen Leipzig und Halle sowie Leipzig und Merseburg. Sich hier abzeichnende Entwicklungen sind mit dem traditionellen Ordnungsinstrument des Zentralortsystems nur unvollkommen zu steuern.

Insgesamt signalisiert die Baulandentwicklung in der Region einen hohen Flächenverbrauch bei vergleichsweise geringer Nutzungsintensität (AK/ha GE/GI; WE/ha W). Der gewerbliche Neuflächenausweis ist selbst bei optimistischer Wirtschafts- und demographischer Entwicklung überdimensioniert.

Der Neuausweis von Gebieten des großflächigen Einzelhandels hat im Kernraum eine Proportion von Umland : Ober-/Mittelzentren von 2,2 : 1 erreicht. Der für das Jahr 2010 angenommene Bedarfswert von 1,1-1,2 m<sup>2</sup>/EW (bei voller Angleichung der Kaufkraft an das Niveau der ABL) wird in großen Teilen der Region bereits in den nächsten 2 Jahren überschritten.

Auf den genehmigten und befürworteten neuen Wohnbauflächen könnten ca. 230000 Personen angesiedelt werden. Über drei Viertel davon würden auf das Umland der beiden Oberzentren entfallen, wobei insbesondere auf die Ansiedlung einkommensstärkerer Gruppen (aus den Städten und von außerhalb) gesetzt wird. Angesichts der prognostizierten demographischen Entwicklung, der bisherigen Vermögensbildung, der Altersstruktur der Bevölkerung und der gesamtwirtschaftlichen Situation werden viele dieser Gebiete nicht realisierbar sein.

Zusammengefaßt läßt sich konstatieren, daß sich der räumliche Strukturwandel in der Region Leipzig-Halle am deutlichsten in der Entwicklung neuer Gewerbe-, Einkaufs- und Wohngebiete ausdrückt. Demgegenüber schlägt sich die Revitalisierung alter Industrie- und Gewerbestandorte räumlich noch kaum nieder. Gerade hier liegen jedoch erhebliche Entwicklungspotentiale (Stadt Leipzig ca. 900 ha GE-Flächen im Bestand), deren schnellere Mobilisierung einem „ungezügelter“ Flächenverbrauch entgegenwirken kann.

**Innerhalb des Gesamtwirtschaftsraumes verstärkt sich durch die Baulandausweisung die Position des Kernraumes erheblich. Die Stellung des Umlandes erhöht sich gegenüber den Kernstädten in seiner Funktion als Arbeits-, Versorgungs- und zunehmend auch als Wohnstandort in einem bisher**

nicht gekanntem Maße. Dies beeinträchtigt die Zentralität der Kernstädte und entzieht diesen Kauf- und Steuerkraft. Die bisher weitgehend zentripetal ausgerichteten, an die Stadt-Umland-Beziehungen gebundenen Verkehrsströme werden durch zunehmende zentrifugale Ströme überlagert, die eine ausgesprochen starke Kfz-Orientierung aufweisen.

Die gegenüber altbundesdeutschen Agglomerationen bisher fehlende Suburbanisierung wird vor allem im Kernraum der Region Halle-Leipzig zeitlich stark verkürzt und in genau umgekehrten Phasen (Einzelhandel - Gewerbe - Bevölkerung) nachgeholt. Dieser Prozeß trifft hier auf eine dafür nicht eingerichtete Verkehrs- und technische Infrastruktur, deren Auf- bzw. Ausbau unter erheblichem Einsatz öffentlicher Mittel kurz und mittelfristig nachgeholt werden müßte. Angesichts der Finanzsituation bei den öffentlichen Haushalten dürften bei Realisierung aller Planungen über einen längeren Zeitraum erhebliche Probleme vor allem im Verkehrs- und Infrastrukturbereich auftreten, die sich nachteilig auf die Lebens- und Standortqualität der Region auswirken.

### **3. Strukturwandel im städtischen Raumgefüge Leipzig**

Das Stadtgebiet von Leipzig wird durch den in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Grünzug der Elster-Luppe-Aue in einen östlich/nördlichen und einen westlichen Stadtbereich geteilt.

Im östlichen Teil waren in der City und in den zentrumsnahen Zonen die wesentlichen zentralen Funktionen der Stadt konzentriert (Verwaltung, Messe, Universität, Hauptbahnhof u. a.). Der Westraum erhielt sein Gepräge insbesondere als eines der wichtigsten Arbeitsstättengebiete der Industrie (ca. 48 000 Arbeitsplätze) und als Wohnstandort, wo allein in der Großsiedlung Grünau fast ein Fünftel der Stadtbevölkerung lebte.

Die bisher konzipierte räumliche und funktionelle Standortentwicklung der Stadt Leipzig und ihres Umlandes hinsichtlich der Ansiedlung und des Ausbaus überregional wirksamer Funktionen und damit von Arbeitsplatzstandorten favorisiert eindeutig den zentralen, östlichen und nördlichen Stadtraum sowie den nördlichen und

nordwestlichen Umlandbereich. Gegenwärtige logistische Standortvorteile dieser Teilräume schlagen sich hier deutlich nieder.

Die Schwerpunkträume der Arbeitsstätten werden in den zentralen und nördlich/nordöstlichen Bereich der Kernstadt und der Stadtrandzone in die Nähe der BAB 14 verschoben. Eine deutliche Funktionsaufwertung als Arbeitsplatzstandort erfährt ebenfalls die nach Südosten gerichtete Achse City-Alte Messe/Connewitz-Stötteritz/Probstheida.

In Leipzig deutet sich darüber hinaus östlich der Aue ein „Nord-Süd-Korridor“ als bevorzugter Standortraum unternehmensbezogener Dienstleistungen an. Untersuchungen über den gewerblichen Strukturwandel in der Leipziger Südstadt zeigen, daß in diesem Stadtteil, der durch kleinteilige Funktionsmischungen von Handwerk/Kleingewerbe, bevölkerungsbezogenen Dienstleistungen und Wohnen geprägt war, der Tertiärisierungsprozeß in Richtung unternehmensbezogener Dienstleistungen in vollem Gange ist, sich im lagegünstigen citynahen Bereich voll durchgesetzt hat und, verbunden mit einem erheblichen Anstieg der Bodenpreise, Wohn- und gewerbliche Funktionen zunehmend verdrängt (Usbeck und Nürnberger 1993). Ausdruck dessen ist ein sichtbarer Nutzungswandel der Gebäudesubstanz in vorwiegend kleinteilige Büronutzungen. Analoge Entwicklungen gibt es im nordwestlichen Stadtteil Gohlis, indem sich, aufgrund seiner attraktiven Lage, höherwertige Büro- und Wohnnutzungen durchsetzen (Niemann 1994).

Der Westraum verliert demgegenüber quantitativ und qualitativ an Bedeutung als Arbeitsplatzstandort, obwohl hier ca. ein Drittel der Stadtbevölkerung mit einem hohen Anteil an jüngeren Erwerbspersonen lebt und damit bei Erhalt (und auch Aufwertung) von Arbeitsplatzpotentialen stadtstrukturell günstige Relationen von Wohnen und Arbeiten möglich sind (Usbeck 1993).

Bei den sich abzeichnenden Standortentwicklungen dominieren eindeutig Tertiär- und Logistikfunktionen mit einem hohen Anteil an Büroarbeitsplätzen. Längerfristig rechnet man mit ca. 140 000 Büroarbeitsplätzen in Leipzig (Entwurf des FNP der Stadt Leipzig, 1993). Außer den potentiellen Bürostandorten auf dem Gelände der Alten Messe, im Umfeld der Neuen Messe und auf den Gewerbestandorten im Nordosten der Stadt sind über 80 % der ca. 1,6 Mio BGF Neubaufläche für Büros außerhalb des Westraumes lokalisiert. Dabei ragen neben der City noch der citynahe Bereich und die sog. „Messeachse“ zwischen City und dem im Norden gelegenen neu-

en Messegelände heraus (vgl. Usbeck 1994). Unabhängig davon, daß inzwischen selbst renommierte Immobilienfirmen von einem absehbaren Büroflächenüberhang in Leipzig ausgehen (Müller 1994), sind viele Standortentscheidungen soweit gediehen, daß ein erheblicher Teil der Vorhaben in den nächsten 5 Jahren realisiert werden wird. In deren Vorbereitung und Folge kommt es nicht nur an diesen Standorten selbst, sondern auch in deren Umfeld zu einem weiteren Anstieg der Bodenpreise und es erhöht sich der Druck auf noch bestehende Industrie- und Gewerbestandorte. Eine Befragung von Leipziger Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (Neumann 1994) hat gezeigt, daß nicht nur zahlreiche Betriebe bereits abgewandert sind, sondern sich etwa jedes vierte Unternehmen mit Verlagerungsabsichten (mit Schwerpunkt in das engere Umland) trägt, und der Verlagerungsdruck mit zunehmender Innenstadtnähe wächst. Unter den Gründen rangieren Miethöhe, Kündigung des Mietverhältnisses in Erwartung „rentierlicherer“ Nutzungen und zu hohe Preisforderungen bei angestrebtem Grundstückserwerb an der Spitze.

Durch die bisher absehbaren funktionsräumlichen Verschiebungen in der Stadt verschärfen sich die in den 70er Jahren mit dem Aufbau der Großsiedlung Grünau forcierten stadträumlichen Disproportionen in der Lokalisation von Konzentrationsräumen des Wohnens und des Arbeitens weiter, mit allen sich daraus ergebenden Wirkungen auf den Stadtverkehr, die Stadtökonomie und auch die Stadtökologie. Dieser Entwicklung haben auch die im westlichen Stadtumland bisher raumordnerisch befürworteten neuen Gewerbe- und Sondergebiete als Arbeitsstättenstandorte nur bedingt etwas entgegenzusetzen. Sie sind zwar flächen- aber wenig arbeitsplatzintensiv. Bei einem durchschnittlichen AK-Besatz von 37 AK/ha im Umland würden ca. 10 000 Arbeitsplätze geschaffen, von denen zumindest im gewerblichen Bereich ca. 50 % verlagerte Arbeitsplätze sein dürften.

Die genannten Disproportionen werden zusätzlich durch die im westlichen Umland konzipierten Wohnungsbaustandorte verstärkt (vgl. Usbeck u. Niemann 1993), in denen ca. 15 000 bis 20 000 Einwohner angesiedelt werden können. Die Gemeinden Lausen, Göhrenz, Frankenheim, Rückmarsdorf und Burghausen planen dabei ein Mehrfaches ihrer jetzigen Einwohnerzahl. Ein großer Teil der potentiell Zuziehenden wird den Arbeitsplatz in der Stadt (wahrscheinlich außerhalb des Westraumes) haben und den Westraum Leipzig als Pendlerdurchgangsraum betrachten.

Im Entwurf des Flächennutzungsplanes der Stadt sind unter den GE-Flächen die gesondert herausgehoben, die dem produzierenden Gewerbe ausdrücklich vorbehalten sein sollen. Dazu gehört auch ein erheblicher Teil der Bestandsflächen im Leipziger Westraum und Teile des am westlichen Stadtrand konzipierten neuen Gewerbegebietes „Weidenweg“. Dies dient zwar der Flächensicherung für einen sich wieder entwickelnden Sekundärsektor, muß jedoch durch veränderte Förderbedingungen („Von der grünen Wiese zur Revitalisierung im Bestand!“) und gezielte Akquisition für Investitionen im sekundären Sektor untersetzt werden.

#### 4. Resümee

- \* Die Region Leipzig verfügt, als Teil des Agglomerations- und Wirtschaftsraumes Leipzig-Halle über spezifische Standortvorteile und Entwicklungspotentiale gegenüber anderen ostdeutschen Großstadregionen, die sie befähigen, im Wettbewerb der Städte und Regionen zu bestehen. Dies betrifft insbesondere die Verkehrslagegunst, das relativ breite Branchenspektrum, das (noch) vorhandene Humankapital und die günstigen Entwicklungsvoraussetzungen für unternehmensorientierte Dienstleistungen.
- \* Bei Verlust der Mehrzahl der Arbeitsplätze in den ehemaligen Großbetrieben der Grundstoffindustrie und des Bergbaus im Umland der Großstädte Leipzig und Halle, aber auch im Verarbeitenden Gewerbe der Städte selbst, konnten die großstädtischen Ballungkerne ihr relatives Gewicht als dominierende Arbeitsplatzstandorte der Region erhöhen sowie Umfang und Reichweite ihrer Pendlerverflechtungen ausweiten. Es bildet sich zunehmend eine einheitliche Arbeitsmarktregion für den Kernraum der Agglomeration Leipzig-Halle heraus. Insbesondere Leipzig und sein engeres Umland wirken zunehmend gemeinsam als intra- wie auch überregionaler Entwicklungspol.
- \* Gegenwärtig vollziehen sich die entscheidenden raumwirksamen Entwicklungen vor allem in der Stadtrandzone und dem engeren Umland sowie an den Kreuzungsbereichen und Zugangsstellen der überregionalen (Straßen)-Verkehrsverbindungen. Sie spiegeln sich wider im umfangreichen Ausweis neuer Baugebietsflächen mit dem Schwerpunkt in einem 10 km-Radius um den

Verkehrsknoten Schkeuditz. Demgegenüber ist die Erschließung von erheblichen Flächenpotentialen im Bestand untergeordnet. Die (Straßen-)Verkehrslage ist gegenwärtig der dominierende Standortfaktor.

- \* Durch die ausgelösten raumstrukturellen Veränderungen erhöht sich die Stellung des Umlandes gegenüber den Kernstädten in seiner Funktion als Arbeits-, Versorgungs- und Wohnstandort in bisher nicht gekanntem Maße. Dies beeinträchtigt in erheblicher Weise die Zentralität der Kernstädte, was sich gegenwärtig am deutlichsten im Einzelhandel zeigt. Der absehbare forcierte Suburbanisierungsprozeß, in dem die Nebenzentren gegenüber ländlichen Gemeinden noch eine untergeordnete Rolle spielen, führt zu zunehmend diffuseren Stadt-Umland-Verflechtungen, zu einem weiteren Anwachsen Kfz-orientierter Verkehrsströme, zur Landschaftszersiedelung und letztendlich zur Minderung von Lebens- und Standortqualitäten der Region. Er bedingt hohe Infrastrukturaufwendungen der öffentlichen Hand und erschwert in seiner räumlichen Ausprägung einen effizienten ÖPNV.
- \* Der weitgehende Zusammenbruch der industriellen Basis Leipzigs und der Ausbau bzw. die Neuansiedlung überregionaler Tertiärfunktionen verändert in erheblichem Maße das innerstädtische Standortgefüge. Bei einer Funktionsaufwertung von City und citynahen Bereichen sowie im engeren Standortumfeld von Großinvestitionen (Bsp. Neue Messe) hat der Westraum seine Funktion als bedeutender Arbeitsplatzstandort weitgehend verloren. Es verstärken sich Tendenzen zu weiteren Disproportionen im stadträumlichen Gefüge (insbesondere Wohnen-Arbeiten) und zur Verdrängung sog. weniger „rentierlicher“ Nutzungen.
- \* Zunehmende innerregionale Verflechtungen und sich vollziehende raumstrukturelle Entwicklungen erfordern vielfältige Formen der intraregionalen Kooperation (USBECK GmbH 1994). Sie reichen von der länderübergreifenden Ebene über die Stadt-Umland-Kooperation bis zur interkommunalen Zusammenarbeit bei der Bauleitplanung und der Vorbereitung gemeinsamer Investitionen. Diese Kooperationsformen sind, angesichts des Problemdruckes, noch unzureichend ausgeprägt. Eine besondere Bedeutung dürfte künftig die Kooperation

im regionalen Städte- und Zentrennetz erlangen, da sich bei der polyzentrischen Struktur und der guten Erreichbarkeit der Zentren günstige Ansatzpunkte für eine „dezentrale Konzentration“ und damit auch eine Bündelung von Investitionen ergeben. Die Herausbildung eines auf freiwilliger Kooperation beruhenden mitteldeutschen Städteneetzes“ könnte der Entwicklung des Großraumes äußerst förderlich sein und seine Wettbewerbsposition im „Konzert der Regionen“ nur verbessern.

## **Literatur**

Flächennutzungsplan Stadt Leipzig - Entwurf.

Leipzig, November 1993.

Gornig M., Schulz E., v. Einem E., Häußermann H., Becher G., Weibert W.:

Mittel- und langfristige Entwicklungsperspektiven für deutsche Stadtregionen.

Materialien zur Raumentwicklung, H. 58, 1993.

Henckel D., Grabow B., Hollbach B., Usbeck H., Niemann H.:

Entwicklungschancen deutscher Städte - Die Folgen der Vereinigung.

Verlag Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag Stuttgart/Berlin/Köln, 1993.

Müller International Immobilien GmbH:

Büromarktbericht 1994.

Neumann H., Usbeck H.:

Standortfaktoren und Regionalentwicklung. Das Beispiel der Stadtregion Leipzig.

Studie der USBECK GmbH Leipzig im Auftrag des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle GmbH, 1993.

Neumann H.:

Betriebsbefragung zur Standortbewertung und zum Standortverhalten in der Region Leipzig. Studie der USBECK GmbH, Leipzig, 1994.

Niemann H.:

Regionale, gesamtstädtische und lokale gewerbliche und infrastrukturelle Entwicklungen als Rahmenbedingungen für die künftige gewerbliche Struktur im Sanierungsgebiet Leipzig-Gohlis. Studie der USBECK GmbH im Auftrag des Amtes für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung Leipzig, 1994.

Usbeck H.:

Entwicklungen und Probleme der Agglomerationsräume in Deutschland: Fallstudie Leipzig. Unveröff. Manuskript für den ARL-Arbeitskreis „Agglomerationsräume in Deutschland“, 1993.

Usbeck H., Nürnberger A.:

Analyse und Bewertung des gewerblichen Strukturwandels in Leipzig - Beispielsgebiet Südstadt. Studie der USBECK GmbH im Auftrag des Stadtplanungsamtes Leipzig, 1993.

Usbeck H.:

Zur Stellung von Plagwitz im Raumgefüge der Stadt und des Westraumes Leipzig. Studie der USBECK GmbH im Auftrag des Amtes für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung Leipzig, 1993.

Usbeck H., Bärwald H.:

Innerregionale, durch Branchen-Allokation und Siedlungsstruktur bedingte Arbeitsmarktverzahnungen im Wirtschaftsraum Halle-Leipzig-Dessau. Studie des isw Halle im Auftrag des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt, 1993.

Usbeck H., Leistner F., Neumann H., Niemann H., Schönfelder G.:  
Raumstruktur und Raumentwicklung in der Region Halle-Leipzig.  
Studie der USBECK GmbH im Auftrag des Institutes für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung e. V. (isw), Halle , 1993.

Usbeck H.:

Büroflächenentwicklung der Stadt Leipzig. Studie der USBECK GmbH im Auftrag des Stadtplanungsamtes Leipzig, 1994.

USBECK GmbH:

Raumentwicklung und Kooperationserfordernisse in der Region Leipzig-Halle.  
Positionspapier, 1994.

Tabelle 1

**Neue Baugebietsflächen im Kernraum der Region Halle-Leipzig**

**A**

	Oberzentren ha	%	Landkreise ha	%	Kernraum insg. ha	%	Region Halle-Leipzig ha	%
Wohn-/Mischgebiete	713	51,0	1607	22,8	2338	27,5	3211	100,0
Gewerbe-/Ind.gelände	608	42,4	3841	54,4	4449	52,4	6665	100,0
Sondergebiete	95	6,6	1610	22,8	1705	20,1	1888	100,0
neue Bauflächen insg.	1434	100,0	7058	100,0	8492	100,0	11764	100,0

**B Anteile an der Region Halle-Leipzig (%)**

	Fläche	Bevölkerung	Neue Baugebietsflächen insg. W/M-Fl. GE/IG-Fl. S-Fl.
Oberzentren	6,0	50,1	12,2 22,8 9,1 5,0
Landkreise	40,5	22,2	60,0 50,0 57,7 85,3
Kernraum insg.	46,5	72,3	72,2 72,8 66,8 90,3

**C**

Neue Baugebietsflächen			
ha/km <sup>2</sup>	W/M-Fl.	GE/IG-Fl.	S-Fl.
5,1	9	8	1
3,7	45	109	46
3,9	20	39	15

Quelle: Zusammengefasst nach Unterlagen der RP Dessau, Halle, Leipzig und eigene Berechnungen

## Entwicklungsszenarien für die Stadtregion Leipzig<sup>4</sup>

### 1. Systemtransformation und regionale Entwicklungsszenarien

Die Entwicklung, die sich in den ostdeutschen Ballungsregionen in den wenigen Jahren nach der Vereinigung 1990 vollzogen hat, ist hinsichtlich der Geschwindigkeit, Tiefe und Breite der wirtschaftlichen Umstrukturierung beispiellos. Infolge des Zusammenwirkens einer plötzlichen und ungeschützten Öffnung der ostdeutschen Wirtschaft zum internationalen Markt, der gleichzeitigen Abschneidung vom osteuropäischen Markt und der enormen Aufwertung des veralteten Kapitalstocks der Betriebe kam es zu einer massiven Deindustrialisierung im Prinzip aller Regionen<sup>5</sup>. Die Folgen dessen sind allgemein bekannt: der Zusammenbruch regionaler Ökonomien bzw. ganzer Branchen, hohe Massenarbeitslosigkeit, anhaltende Abwanderung, die Zunahme sozialer und regionaler Ungleichheiten usw.

Der Strukturbruch nach 1989 und die seitdem anhaltenden Niedergangstendenzen in Ostdeutschland haben eine allgemeine Unsicherheit hinsichtlich der Perspektiven Ostdeutschlands mit sich gebracht. Die Einschätzungen der künftigen Entwicklung Ostdeutschlands bzw. einzelner ostdeutscher Regionen schwanken zwischen zwei Polen: dem Mezzogiorno einerseits und dem Wirtschaftswunder andererseits. Als Orientierungspunkte für Einschätzungen werden zum einen die Entwicklung der Bundesrepublik nach 1945 (Stichwort „Wirtschaftswunder“), zum anderen Erfahrungen altindustrieller Regionen Europas herangezogen (siehe z. B.: Gornig 1992; Häußermann 1992; Zeuchner 1992).

In Gutachten sind in den letzten Jahren für die ostdeutschen Regionen insgesamt bzw. für ausgewählte von ihnen verschiedene Prognosen aufgestellt bzw. Szenarien

---

<sup>4</sup> Der folgende Text entstand auf der Grundlage eines Arbeitspapiers im Rahmen des Projekts "Chancen einer umwelt- und sozialverträglichen Entwicklung der Stadtregion Leipzig" am Umweltforschungszentrum Leipzig. Viele der hier gemachten Aussagen tragen vorläufigen und hypothetischen Charakter und sind als Diskussionsangebot gedacht.

<sup>5</sup> Wegen der schlagartigen und massiven Deindustrialisierung der ostdeutschen Ballungsregionen schlage ich vor, in Abhebung vom Begriff "altindustrialisierte Region" von deindustrialisierter Region zu sprechen.

skizziert worden. Insbesondere in den Prognosen und Szenarien, in denen eine komplexere Zusammenschau verschiedener Faktoren und Entwicklungen versucht wurde (Gornig u. a. 1992; Henckel u. a. 1993; DIW/IIT 1991 zu Leipzig), offenbarte sich die generelle Schwierigkeit angesichts der dynamischen Entwicklung in Ostdeutschland und der damit verbundenen Unwägbarkeiten längerfristige Aussagen zu machen. Daher bewegen sich die Szenarien meist in kurz- allenfalls mittelfristiger Perspektive. Da infolge der weitgehenden Veränderungen im Prinzip aller Rahmenbedingungen kaum ältere Zeitreihen fortgeschrieben werden können, ist man in starkem Maße auf Plausibilitätsüberlegungen sowie die Betrachtung des Zusammenwirkens komplexer Zusammenhänge angewiesen. Dabei werden freilich die aus der Entwicklung der Bundesrepublik bekannten Muster mit der besonderen Situation in Ostdeutschland in Beziehung gesetzt, was den Mangel an Konzepten und Vorstellungen über die Systemtransformation offenbart. In den oben genannten Studien wird überwiegend von einer nachholenden Modernisierung nach westdeutschem Muster ausgegangen, d. h. daß nach einer Umstrukturierungsphase eine weitgehende Angleichung der ostdeutschen Entwicklung an westdeutsche Muster regionaler Entwicklung stattfinden wird. Das ist mit der Annahme von stabilen und weitgehend konstant bleibenden Rahmenbedingungen (z. B. in Gornig u. a. 1992) und mit kurzen Zeithorizonten für das Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland verbunden. Gemäß dieser Logik wird auch eine rasche Umstrukturierung in Osteuropa erwartet (ebd.).

Im folgenden wird der Versuch unternommen, Szenarien für die Region Leipzig zu erarbeiten, eine Region, die in den letzten Jahren häufig als chancenreiche bzw. Wachstumsregion betrachtet wurde<sup>6</sup>. In den Szenarien sollen unterschiedliche Optionen geprüft werden, ein Nachholen der westdeutschen Entwicklung ebenso wie die dauerhafte Durchsetzung anderer Entwicklungsmuster. Die Vorgehensweise bei den folgenden Szenarien war daher weniger schematisch (wie z. B. die DIW-Studie, siehe: Gornig u. a. 1992), sondern:

---

<sup>6</sup> Hinsichtlich spezieller Szenarien zur Region Leipzig bzw. Halle-Leipzig ist im Prinzip generell zu konstatieren, daß die "besonderen Vorzüge" dieser Region, ihre besseren Standortfaktoren etc. (wie etwa Infrastruktur, diversifizierte Branchenstruktur, qualifiziertes Arbeitskräftepotential, breites F/E-Potential etc.) viel zu stark bemessen bzw. zu positiv bewertet werden (Bärwald u. a. 1993, S. 22 ff.; Gornig u. a. 1992, S. 221 ff.; TÜV Rheinland 1991, S. 48 ff.; etwas verhaltener: Henckel u. a. 1993, S. 479 ff. sowie Usbeck u. a. 1993, S. 32 ff., S. 78 ff.; dagegen detailliert und kritisch: Price Waterhouse 1993, S. 34 ff.).

- eine Analyse des (offiziellen) Leitbilds der Stadtverwaltung („Boomtown“)<sup>7</sup> und des ökologischen/alternativen Wunschszenarios („Schonraum“);

- eine Verlängerung bestehender Trends in die Zukunft in zwei Varianten („Mall-City“ und „Slum“);
- der Versuch, Prämissen aus dem Konzept nachhaltige Entwicklung auf die Entwicklung der Stadtregion Leipzig zu übertragen (Szenario „Zukunftswachstum“).

Bei allen Szenarien wurde versucht, Überlegungen aus den schon genannten Studien bzw. auch aus spezielleren Prognosen und Szenarien (wie etwa der KARSTADT-Studie 1992 zur Kaufkraftentwicklung der Leipziger Bevölkerung; Bevölkerungsszenarien wie Thürmer u. a. 1991; Bärwald u. a. 1993; der Einzelhandelsentwicklung: Jürgens 1994 u. a.) aufzugreifen. Nicht zuletzt wurde auf Erfahrungen eigener Studien zurückgegriffen (siehe: Rink, Grahl 1993).

Die Funktion der folgenden Szenarien ist, zunächst eine vorläufige und grobe Orientierung über Optionen einerseits und reale Entwicklungstrends andererseits zu geben. Dabei wurden Bereiche betrachtet, die für die Entwicklung als grundlegend erachtet werden.

## **2. Entwicklungsszenarien der Region Leipzig**

### **A. „Boomtown des Ostens“**

Das Leitbild ist, Anschluß zu finden an nationale und internationale Entwicklungen und Märkte und Einbindung in diese. Grundlegende Stadtentwicklungskonzepte dabei sind „das Konzept der neuen Leipziger Messe, Erhalt und Ausbau des Industriestandortes Leipzig, Leipzig als Dienstleistungs- und Finanzplatz mit Blick auf Osteuropa, das Konzept der Medienstadt Leipzig, Leipzig als Stadt der Wissenschaft und Forschungsstandort“ (Stadt Leipzig 1993, S. 15)<sup>8</sup>.

---

<sup>7</sup> Es existieren allerdings keine ausgearbeiteten Planungen oder Leitbilder der Stadt oder des Regierungspräsidiums Leipzig, sodaß versucht wurde, aus Verlautbarungen, Vorhaben und Planungsentscheidungen die Konturen eines sich darin abzeichnenden Leitbildes zu rekonstruieren.

<sup>8</sup> Dieses Szenario weist viele Parallelen und Übereinstimmungen zu dem vom DIW für die Region Leipzig konzipierten "Integrations-szenario" auf; siehe: Gornig u. a. 1992, S. 187 ff., 221 ff.

### Regionale Ökonomie:

Die Stadtpolitik ist voll auf Wachstum programmiert, auf die Verwirklichung der Vision von einem Dienstleistungszentrum mit europäischer bzw. internationaler Bedeutung. Wirtschaftlicher Aufschwung soll durch Ansiedlung von Großinvestitionen (des verarbeitenden Gewerbes, möglichst in high-tech-Branchen, aber auch von (großen) Dienstleistungsunternehmen) bewirkt werden.

### Stadtentwicklung:

Die City soll zur Dienstleistungscity ausgebaut werden, welche ihre bauliche Verwirklichung in der Bebauung der City und des Rings (Bau von Versicherungs-, Bank- und Verwaltungshochhäusern am Ring) erhalten soll. Begleitend erfolgen die Sanierung und Aufwertung der gründerzeitlichen Altstadtbereiche zum Zwecke der Erhöhung der Attraktivität der Region. Weitere Maßnahmen sind: der Ausbau der Infrastruktur, die (drastische) Senkung der Umweltbelastungen, die Verbesserung des Images der Stadt („Leipzig kommt“) und die Sanierung der durch Braunkohle zerstörten Natur im Umland.

Intendiert ist auch ein Zusammenwachsen mit Halle, zunächst hinsichtlich Verkehr, Handel und Dienstleistungen auf der Achse A 14/B6 über Schkeuditz (administrativ bleiben die Regionen vorerst allerdings getrennt).

### Ökologie:

Ökologisch beinhaltet dieses Szenario sowohl Chancen einer Verbesserung der Umweltsituation (Senkung des Energieverbrauchs und der industriellen Emissionen) als auch neue Belastungen (hoher Flächenverbrauch, steigende Schadstoffemissionen infolge zunehmenden Individualverkehrs).

### Beschäftigung:

Versuch der Wiederherstellung einer hohen Erwerbsquote unter Beibehaltung des Normalarbeitsverhältnisses. Dabei wird von einer künftigen Beschäftigtenzahl von etwa 250.000 (für 2010) (davon über 50.000 in der Industrie und etwa 190.000 im Dienstleistungssektor; siehe z. B.: Neumann, Usbeck 1993, Anlage 2; DIW/IIT 1991, S.25 ff.) ausgegangen.

Bevölkerung:

Ein wesentliches Ziel der Wirtschaftspolitik ist die Stabilisierung der Bevölkerungszahlen bzw. deren mittel- und langfristige Erhöhung. Zum einen sollen potentielle Abwanderer gehalten, zum anderen Zuwanderer vor allem aus dem Westen angelockt werden. Diesem Szenario kann die vom IGG erarbeitete optimistische Variante der Bevölkerungsentwicklung zugeordnet werden, wonach die Bevölkerungszahl Mitte der 90er Jahre auf 460.000 Einwohner sinkt, anschließend aber wieder ansteigt und zwischen 2000 und 2005 wieder die 500.000-Marke überschreitet (siehe: Thürmer u. a. 1991, S. 26).

## **B. „Schonraum“**

Dieses Szenario beinhaltet ein (Leit)Bild, das nicht von quantitativen Wachstumsvorstellungen geleitet wird und die Perspektive von Schrumpfung sowie von Bedeutungs- und Funktionsverlust anzunehmen versucht. Hier gehen normative Vorstellungen und Kriterien einer ökologisch und sozial verträglichen Stadtentwicklung ein.

Regionale Ökonomie:

Hinsichtlich der Wirtschaft bedeutet das, weniger auf die Ansiedlung neuer Großinvestitionen zu setzen als die Bestandspflege. Das bedeutet Unterstützung für die verbliebenen „industriellen Kerne“ wie für den handwerklichen Mittelstand. Von Bedeutung ist aber auch die Förderung kleiner innovativer Unternehmen, insbesondere in Zukunftsbereichen wie Umwelt, Kommunikation und Biotechnologie. Dies soll verbunden werden mit Versuchen des Wiederaufbaus bzw. der Stärkung des regionalen Marktes.

Leipzig und Halle versuchen, für die Gesamtregion als Impulsgeber und innovative Kraft wirksam zu werden (Bereitstellung von Daten, Informationen, Erarbeitung von Programmen, Beratung und gemeinsame Arbeit mit den Akteuren vor Ort).

Stadtentwicklung:

Ökologisch verträgliche Stadtentwicklung beinhaltet z. B. den schonenden Umgang mit Flächenpotentialen durch die Sanierung und Umnutzung der Industriebrachen, einen ökologisch wie sozial verträglichen Stadtumbau, der vor allem auf genossenschaftliches Wohneigentum, Mietermodernisierung setzt u. ä. Damit wird auch der sozialen Segregation von vornherein entgegengewirkt.

### Beschäftigung:

Diesem Szenario ist der Versuch inhärent, langfristig eine Stabilisierung des Arbeitsmarktes zu erreichen. Das Mittel dazu ist vor allem die Förderung vieler kleiner Beschäftigungsinitiativen in innovativen bzw. umwelt- und sozialpolitischen Bereichen. Intendiert ist eine Stärkung von Eigenarbeit, ehrenamtlicher Arbeit in Vereinen, Initiativen etc. insgesamt. Dafür werden auch Versuche einer sinnvollen Ausnutzung flexibler Arbeitsmodelle unternommen. Das Volläquivalent der Arbeitsplätze ist zwar viel niedriger als die reale Beschäftigung ist, dafür werden aber die überkommenen arbeitgesellschaftlichen Strukturen überwunden und Massenarbeitslosigkeit abgebaut.

### Bevölkerung:

Die Schrumpfung der Bevölkerungszahlen wird nicht mehr nur negativ definiert. Die grundlegende Orientierung erfolgt daher auf die langfristige Stabilisierung der Bevölkerung statt auf Wachstum. Die Abwanderung klingt allmählich aus, wobei der Bevölkerungsrückgang infolge des Sterbefallüberschusses noch anhalten wird. Dem scheint am ehesten die mittlere Variante der Bevölkerungsprognose des IGG zu entsprechen. Demnach geht die Bevölkerung bis 2000 auf etwa 430.000 zurück und stabilisiert sich anschließend bei etwa 450.000 Einwohnern (Thürmer u. a. 1991, S. 28 f.), wobei der Suburbanisierungstrend nur schwach ausgeprägt ist.

## C. „Mall-City“

Dieses Szenario beinhaltet kein Leitbild, sondern ist eine mehr oder weniger spontane Entwicklung, es weist viele Parallelen zum Stagnationsszenario der DIW-Studie auf (siehe: Gornig u. a. 1992).

### Regionale Ökonomie:

Es kommt zu einer weitgehenden Deindustrialisierung der Region, wogegen Prozesse einer Re- oder Neindustrialisierung ausbleiben.

Auf der anderen Seite findet zwar eine Tertiarisierung in Leipzig statt, aber nicht wie in Westdeutschland (hoher Anteil produktionsorientierter Dienstleistungen, viele gutbezahlte, hochqualifizierte Jobs, ausgebauter öffentlicher Dienst). Statt einer in dieser Hinsicht nachholenden Modernisierung deutet einiges auf eine andere Terti-

arisierung: die Entstehung eines großen Bereichs konsumorientierter Dienstleistungen. Synonym dafür sind die großen Einkaufszentren (in Amerika als „malls“ bezeichnet, daher auch der Name des Szenarios) im Leipziger Umland bzw. zwischen Halle und Leipzig sowie in der Stadt selbst.

Für die regionale Ökonomie bedeutet dies eine Reduktion auf die Funktion als Verteiler für Anbieter von außerhalb (Absatzmarkt für Konsumgüter). Die Folge dessen ist die weitestgehende Dominierung des regionalen Marktes, der nur noch in Rudimenten weiterexistiert. Neben diesem Bereich dürfte auch ein nicht unbeträchtlicher informeller Sektor mit tertiärem Profil entstehen.

Stadtentwicklung:

Es kommt zu einer starken Suburbanisierung und einer dauerhaften Störung der Stadt-Umland-Beziehungen. Die Malls bedrohen von ihren Ausmaßen her den (innerstädtischen) Handel. So wird Leipzig bis 1995 ca. 840.000 qm Einkaufsfläche ausweisen, von denen 80% auf das Umland entfallen (Jürgens 1994, S. 8). Die Dimensionierung der beiden großen Parks „Saalepark“ und „Sachsenpark“ ist jetzt schon städtegleich und saugt die Kaufkraft aus den Innenstädten von Halle und Leipzig (ebd.). Ein Überangebot und die Schrumpfung sind absehbar. Betroffener dieser Entwicklung sind weniger die City selbst, sondern die citynahen Bereiche, insbesondere die Magistralen und Stadtteilzentren, die veröden bzw. stagnieren werden.

Ähnliches vollzieht sich auf dem Wohnungssektor: die Suburbanisierung nimmt zu, wodurch zunächst die Nachfrage in den innerstädtischen Gebieten sinkt. Damit verlangsamt sich bzw. kommt die Sanierung/Modernisierung der Altbauten in der Stadt nicht in Gang und geht der Verfall weiter. Dadurch kommt es wahrscheinlich zu einer raschen Differenzierung zwischen Vierteln, die aufgewertet werden und solchen, die weiter verfallen bzw. auch in den Vierteln selbst zwischen neugebauten bzw. modernisierten Bereichen auf der einen und weiter verfallenden Bereichen auf der anderen Seite. Die Folge wird eine rasante Segregation der Bevölkerung sein, möglicherweise eine „Abwärtsspirale“ (Myrdal).

Denkbar sind dauerhafte Funktionsverluste der Stadt, die Etablierung mittelzentraler Funktionen in bislang unbedeutenden Umlandgemeinden und die Ausbildung eines polyzentralen Entwicklungsmusters (siehe dazu auch: Gornig u. a. 1992, S. 282 f.)

### Ökologie:

Die Umweltbelastung in der Region nimmt aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens zu, um die Stadt herum geht die Umweltzerstörung infolge des weiterbetriebenen Bergbaus weiter, die ausgekohnten Tagebaue werden nicht bzw. nur langsam „renaturiert“. Andererseits entstehen aber eine Reihe zusätzlicher Belastungen die erhebliche Gefahren in sich bergen, insbesondere durch die Müll- und Abfallwirtschaft im Südraum.

### Beschäftigung:

Was die Beschäftigung betrifft, so werden die industriellen Arbeitsplätze weitgehend abgebaut, dafür expandieren die einfachen Dienstleistungen noch ein Stück weit und entwickeln sich dann auf einem relativ stabilen Niveau. Die entstehenden Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor zeichnen sich durch niedrige Qualifikationsanforderungen, niedrige Einkommen und große Unsicherheit aus (durch die starke Abhängigkeit von überregionalen Märkten und staatlichen Transferleistungen), d. h. daß viele prekäre und Teilzeitjobs entstehen<sup>9</sup>. Auch in diesem Falle ist der Arbeitsplatzrückgang nicht so stark wie der Rückgang im Vollzeitäquivalent der Arbeitsplätze. Die Zahl der derzeitigen industriellen Arbeitsplätze bleibt in etwa konstant (15.000 bis 18.000), die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor dürfte infolge des in den letzten Jahren geschaffenen Überangebots in einzelnen Bereichen in den nächsten Jahren sinken, wodurch gegen 2000 eine Zahl von 180.000 Beschäftigten im tertiären Sektor erreicht wird. Die damit erreichte Gesamtzahl von knapp 200.000 Beschäftigten wird das trotz der Abwanderung vorhandene Arbeitskräftepotential nicht binden können und zu einer hohen Dauerarbeitslosigkeit führen.

### Bevölkerung:

Hinsichtlich der Bevölkerung werden die Abwanderungstendenzen anhalten, die zusammen mit der rückläufigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung zu stärkeren Einwohnerverlusten insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre führen werden. Nach 2000 ist eine Stabilisierung der Bevölkerung auf dem dann erreichten Niveau absehbar. Auch dieses Szenario kommt damit

---

<sup>9</sup> Nach einem IAB-Kurzbericht war der Anteil der befristeten Verträge in Ostdeutschland 1991 mit 10,3% doppelt so hoch wie in Westdeutschland (5,1%) und konzentrierte sich in einigen Bereichen des tertiären Sektors (Rudolph 1994).

der vom IGG prognostizierten mittleren Variante nahe (siehe: Thürmer u. a. 1991, S. 28 f.).

#### D. „Slum“

Auch dieses Szenario beinhaltet kein Leitbild, sondern eine spontane, weitgehend ungewollte Entwicklung. Es ist eine verschärfte Variante des „Stagnationsszenarios“ der DIW-Studie (siehe: Gornig u. a. 1992)

Regionale Ökonomie:

Im Zuge der Struktur- und Anpassungskrise kommt es zum vollständigen Zusammenbruch des regionalen Marktes.

In der Industrie findet ein weiterer Rückgang statt, sie verschwindet im Prinzip bis auf wenige unbedeutende Standorte.

Auch der tertiäre Sektor wird voll von der Krise erfaßt, es kommt zu einem drastischen Beschäftigungsabbau. Betroffen sind davon im Prinzip alle Dienstleistungsbereiche.

Im Gefolge davon nimmt die Erwerbsquote drastisch ab und die Massenarbeitslosigkeit neue Ausmaße an, was eine Reduzierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen erzwingt. Reziprok dazu steigt die Bedeutung und der Anteil von Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit, des „informellen Sektors“. Nicht ausgeschlossen ist dann eine Mafiotisierung ähnlich wie in Osteuropa.

Stadtentwicklung:

Die Sanierung der Innenstadtviertel stockt infolge des Auslaufens der steuerlichen Abschreibemöglichkeiten, Kapitalmangels bzw. kaufkräftiger Nachfrage. Das Potential einkommensstarker Schichten ist zu schwach, um in den Innenstadtbereichen eine Gentrifizierung auszulösen, aber auch der Suburbanisierungsdruck wird schwächer. Der Stadtverfall beschleunigt sich wieder und verschärft die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Infolge der Kürzung arbeitsmarktpolitischer und sozialer Maßnahmen kommt es zu Erscheinungen offener Armut und Elends. In den Verfallsgebieten der Stadt, möglicherweise in den citynahen Altbaugebieten und den alten Arbeitervierteln, bilden sich slumähnliche Viertel, möglicherweise auch Ghettos.

Die Kommune ist überschuldet, sie versucht sich mit dem Verkauf von Häusern, Wohnungen und Grundstücken zu retten. Das indessen läßt die Preise sinken und durchkreuzt diese Pläne, wobei die Stadt dabei trotzdem ein Großteil ihres Eigentums verschleudert und weiter an Steuerungs- und Eingriffsmöglichkeiten verliert.

#### Ökologie:

Möglichkeiten der Einflußnahme auf die ökologische Situation gehen weitgehend verloren, die Entwicklung wird zunehmend unkontrollierbar. Möglicherweise sinken dann die ökologischen Belastungen infolge des Zusammenbruchs, es kann aber auch umgekehrt zu deren drastischer Zunahme kommen (durch defekte Abwassersysteme, wilde Müllhalden, ausbleibende Altlastensanierung etc.).

#### Beschäftigung:

Das bedeutet faktisch einen Zusammenbruch des regulären Arbeitsmarktes. In der Industrie verbleiben nach einem weiteren Abbau noch unter 10.000 Arbeitsplätzen, im tertiären Sektor etwa 140.000. Mit insgesamt knapp 150.000 Beschäftigten verbleibt ein großes Erwerbslosenpotential, das aber teilweise in der dann blühenden Schattenwirtschaft (illegale) Beschäftigung findet. Andere Einkommensquellen dürften Transfers, Kleinkriminalität und Eigenarbeit sein.

#### Bevölkerung:

Die Bevölkerungsentwicklung ist unter diesen Umständen nur sehr schwer vorhersehbar. Einerseits ist ein weiterer Rückgang der Bevölkerung infolge Abwanderung hoch wahrscheinlich. Die Geburtenrate dürfte in diesem Fall noch weiter sinken. Bis zur Jahrtausendwende kommt es dadurch sowie durch das weitere Absinken der Geburtenrate zu einem starken Bevölkerungsrückgang auf ca. 410 - 420.000 Einwohner, der sich in der Folge mittelfristig auf diesem Niveau stabilisiert (in Anlehnung an die pessimistische Variante der IGG-Prognose; siehe: Thürmer u. a. 1991, S. 30 f.).

Andererseits ist in diesem Szenario auch eine (illegale) Zuwanderung insbesondere aus Osteuropa denkbar. Mittelfristig könnte es durchaus zu einer Armutswanderung aus dem Umland kommen, wie dies in den Ländern der dritten Welt der Fall ist. Das könnte eine Einwohnerentwicklung ähnlich der mittleren Variante ergeben, wobei die Bevölkerung in diesem Fall anders zusammengesetzt wäre (wesentlich höherer Ausländeranteil als jetzt).

## E. „Zukunftswachstum“

Das Leitbild ist eine zukunftswirtschaftliche nachhaltige Entwicklung in einem langfristigen Zeithorizont.

Regionale Ökonomie:

Die Wirtschaft der Region wird von völlig neuen Industrien geprägt, die auf Bio-, Informations- und Kommunikationstechnologien beruhen. Die schon jetzt in Ansätzen entwickelten Umweltschutzindustrien haben sich durch Innovationen und Investitionen, aber auch durch staatliche Förderung in Form der großen ABS-Gesellschaften zu einer wichtigen Branche entwickelt. Daneben gelang es, den Forschungs- und Entwicklungsstandort Leipzig neu zu profilieren und damit die neue Rolle von Information, Kommunikation und wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Tragen zu bringen. Im Umland setzen sich Formen diversifizierter Landnutzung durch, wobei ökologische und biologische Landwirtschaft dabei eine wichtige Rolle einnehmen.

Stadtentwicklung:

Das ungeordnete Wachstum ins Umland wird durch die Erschließung innerstädtischer Flächen gestoppt. Es werden vielfältige Formen von Stadtbegrünung entwickelt, die Flüsse werden wieder ans Licht (und damit ein Lebelement des Stadtraums) geholt, die Auen erhalten. In Industriebrachen können Flächen gewonnen und der Versiegelungsgrad vermindert werden. Die soziale Segregation nimmt nicht die zunächst befürchteten Ausmaße an, soziale Ungleichheiten können ein Stück weit abgebaut werden.

Ökologie:

Hier wird es zu positiven Rückkopplungseffekten aus der verbesserten Umweltsituation (Sanierung der Landschaften im Südraum, Renaturierung der Flüsse, saubere Luft) auf die Stadtentwicklung kommen. Das Negativ-Image „Dreckstadt“ wird überwunden, im Umland (z. B. im Südraum mit seinen Tagebauseen) entstehen eine Reihe von Naherholungsmöglichkeiten.

Beschäftigung:

Es wird deutlich andere soziale Strukturen geben als heute, allerdings wird die Relation von Erwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit völlig anders sein (kürzere und flexiblere Arbeitszeiten, häufigere Unterbrechungen zum Lernen, für soziale und

kulturelle Aufgaben). Somit wird zwar das Vollzeitäquivalent der Arbeitsplätze wesentlich geringer sein als heute, aber nicht zu solchen Begleiterscheinungen wie Massenarbeitslosigkeit führen.

Bevölkerung:

Die Bevölkerungsentwicklung knüpft bei „Schonraum“ und „Mall-City“ an die mittlere Variante, bei „Boomtown“ an die optimistische Variante an. Zukunftswachstum ist mit einer Stabilisierung der Bevölkerungszahlen verbunden.

### **3. Fazit: Boomtown oder Slum?**

Das Grunddilemma des Boomtown-Szenarios ist, daß hier der unreflektierte Versuch von Wachstumspolitik entgegen den Trends von Deindustrialisierung, Schrumpfung und Funktionsverlust unternommen wird. Der Ballungsraum Leipzig-Halle wird als gegeben bzw. sogar als expandierend betrachtet, nicht aber als zusammengebrochen. Hinsichtlich der Tertiarisierung geht dieses Szenario von einem Nachholen der westdeutschen Entwicklung aus. Abstrahiert wird dabei freilich von den Bedingungen unter denen sich die westdeutsche Entwicklung vollzog (langanhaltende Wachstumsphase, günstige Weltmarktpositionen etc.) und vom Zusammenhang zwischen industrieller und tertiärer Entwicklung. Weitgehend außer Acht bleibt auch, daß mit dem Ausbau zur Dienstleistungsstadt auch neue Umweltbelastungen zu erwarten sind.

Vorstellungen, die dem Schonraum-Szenario entsprechen, abstrahieren von den verfügbaren finanziellen Ressourcen ebenso wie von den politischen Konstellationen (es wird eine gesamtstaatliche wie kommunale ökologische Reform vorausgesetzt). Fraglich ist auch, ob es einen regionalen Markt unter den Bedingungen des Welthandels überhaupt geben kann.

Das Szenario „Mall-City“ scheint bei einer relativ stabilen Entwicklung realistisch, es abstrahiert aber von der mittlerweile auch Westdeutschland betreffenden Strukturkrise und den mit der Transformation Ostdeutschlands und Osteuropas verbundenen Unwägbarkeiten (Auslagerung von Produktion). Weitere Unsicherheitsfaktoren sind die Perspektiven von Transfers im Rahmen der deutschen Vereinigung sowie die zeitliche Befristung der Investitionsanreize.

Hinsichtlich der konsumorientierten Dienstleistungen birgt eine Ausbreitung und Verlängerung der Massenarbeitslosigkeit erhebliche Gefahren in sich<sup>10</sup>.

Dieses Szenario birgt erhebliche ökologische Belastungen in sich (insbesondere einen hohen Flächenverbrauch im Umland - bei gleichzeitigen Flächenstillegungen in der Innenstadt und der Herausbildung bzw. Weiterexistenz großer innerstädtischer Brachen - und eine erhebliche Erhöhung des Nah- und Fernverkehrs und damit eine Erhöhung der Luft- und Lärmbelastungen.

Das Slum-Szenario ist das Horrorszenario und mit einer wirtschaftlichen und politischen Destabilisierung verbunden. Die wirtschaftliche Prosperität und politische Stabilität Westdeutschlands hat derartiges in Ostdeutschland abgewendet und unwahrscheinlich gemacht. Tendenzen dieses Szenarios lassen sich allerdings in den osteuropäischen Ländern, insbesondere der ehemaligen Sowjetunion erkennen.

Auch dieses Szenario bringt neuerliche ökologische Belastungen mit sich, wobei im Unterschied zum Boomtown- und zum Mall-City-Szenario Möglichkeiten der Steuerung der Umweltsituation abnehmen:

zum einen infolge Ressourcenmangels, zum anderen durch die außerordentliche Zunahme spontaner Elemente in der Stadtentwicklung. Hinzu kommen zunehmende soziale Ungleichheiten, die zu sozialen und politischen Spannungen führen können.

Das Szenario „Zukunftswachstum“ setzt erst jenseits von 2000 ein und wirkt z. T. wie die Fortschreibung von „Schonraum“. Aktuelle Entwicklungen werden aber entscheidenden Einfluß auf „Zukunftswachstum“ ausüben. Setzt sich z. B. „Slum“ durch, so würde dies „Zukunftswachstum“ verneinen. „Boomtown“ und „Mall-City“ wären zwar auch ungünstig, aber nicht verneinend. Insofern findet die langfristige Weichenstellung jetzt statt.

Die wesentlichen Fragen für „Zukunftswachstum“ sind, die, woher die neuen High-tech-Industrien kommen sollen.

Im Gegensatz zu anders lautenden Prognosen und Selbstdarstellungen (siehe z. B.: Stadt Leipzig 1993) ergibt sich aus einer Abschätzung der Szenarien kurz- und mittelfristig zunächst ein weniger optimistisches Bild. Selbst beim optimistischsten

---

<sup>10</sup> Eine prognostizierte Zunahme der Kaufkraft (KARSTADT AG Unternehmensplanung 1992, S.27) ist angesichts des anhaltenden und für alle Szenarien vorausgesetzten Bevölkerungsrückgangs sowie der geringen Einkommenszuwächse fraglich.

Szenario „Boomtown“ wird von vielen Unwägbarkeiten, enormen wirtschaftlichen und sozialen Belastungen und einem längeren Zeitraum der Umsetzung ausgegangen.

Eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation mit Elementen von Wachstum ist selbst beim Boomtown-Szenario nur mittelfristig zu erwarten. Beim Schonraum- wie beim Mall-City-Szenario erfolgt jeweils eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau, beim Slum-Szenario sind dagegen noch viele der existierenden Wirtschaftsbereiche gefährdet und werden unabsehbare soziale und politische Konflikte heraufbeschworen.

Hinsichtlich der Stadtentwicklung scheint ein Nachholen der westdeutschen Entwicklung eher unwahrscheinlich, selbst beim Boomtown-Szenario ist dies nur in Ansätzen erreichbar. In den anderen Szenarien deuten sich andere Varianten an. Beim Schonraum-Szenario wird eine gesteuerte, ökologisch wie sozial verträgliche Entwicklung in Gang gesetzt, die an die überlieferten räumlichen und sozialen Strukturen anknüpft (und die im Zukunftswachstum ihre Fortsetzung finden könnte). Im Mall-City- wie im Slum-Szenario setzen sich in unterschiedlichem Maße Zersiedelungs- und Segregationstendenzen durch und kommt es zu einem Anwachsen ökologischer Belastungen, die ebenfalls zu einer Erhöhung der Konfliktpotentiale beitragen werden.

Hinsichtlich von Beschäftigung ist mit Ausnahme von „Boomtown“ in allen Szenarien von der Auflösung bekannter arbeitgesellschaftlicher Strukturen (Vollbeschäftigung, Normalarbeitsverhältnis, ein formeller Arbeitsmarkt) auszugehen. Hier spannt sich freilich ein weiter Bogen, der von der Auflösung bzw. dem Zusammenbruch des Arbeitsmarktes (erster, zweiter, dritter Arbeitsmarkt, Schattenwirtschaft, Eigenarbeit, Kriminalität) bis zu neuen Arbeits- und Beschäftigungsformen (hochqualifizierte, flexible Beschäftigungsverhältnisse in Kombination mit Formen von Eigenarbeit) reicht.

Analoges gilt im Prinzip für die Bevölkerungsentwicklung. Nachhaltige Entwicklung impliziert hier für einen längeren Zeitraum Schrumpfung. Die weitere Bevölkerungsentwicklung hängt dann von der Überwindung bisheriger gesellschaftlicher Strukturen ab.

Momentan ist die Frage, welches Szenario sich durchsetzen wird, kaum entscheidbar. Die zahlreichen Ansiedlungen von Dienstleistungsunternehmen und -einrichtungen lassen sich sowohl als Tendenzen des Boomtown- wie auch des Mall-City-Szenarios deuten. Die Entwicklung einer Reihe ökologischer Projekte und In-

itiativen lassen durchaus auch Ansätze einer Entwicklung im Sinne des Schonraum-Szenarios erkennen.

Die in den Gutachten erstellten Prognosen und die Vorstellungen über die künftige Entwicklung der Stadt muten dennoch überzogen an. Ein Umdenken scheint erforderlich, ein erster Schritt dabei könnte ein Nachdenken über die „Chancen der Schrumpfung“ sein. Zwar fällt es schwer, eine solche Perspektive als Leitbild der Stadtentwicklung anzunehmen, da andere Szenarien kaum denkbar sind, dennoch gilt es, diese Option stärker in die Diskussion zu bringen.

## **Literatur**

Bärwald, Horst; Bratzke, Gunthard; Schädlich, Michael: Struktur und voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials in der Region Halle-Leipzig-Dessau bis zum Jahre 2010, Halle 1993

DIW/IIT: Struktur und Entwicklungschancen in der Region Westsachsen. Gutachten, Berlin und Leipzig 1991

Gornig, Martin: Ökonomische Perspektiven Ostdeutschlands und mögliche regionale Konsequenzen, in: Häußermann, Hartmut (Hg.): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas, Basel, Boston, Berlin 1992

Gornig, Martin; Schulz, Erika; Einem, Eberhard von; Häußermann, Hartmut; Becher, Gerhard; Weibert, Wolfgang: Mittel- und langfristige Entwicklungsperspektiven für Stadtregionen angesichts veränderter Rahmenbedingungen. Gutachten, Berlin 1992

Häußermann, Hartmut: Perspektiven der ökonomischen Erneuerung in den Regionen der ehemaligen DDR, in: ders. (Hg.): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas, Basel, Boston, Berlin 1992

Henckel, Dietrich; Grabow, Busso; Hollbach, Beate; Usbeck, Hartmut; Niemann, Heinz: Entwicklungschancen deutscher Städte. Die Folgen der Vereinigung, Stuttgart, Berlin, Köln 1993

Jürgens, Ulrich: Saalepark und Sachsenpark: Auswirkungen großflächiger Einkaufszentren auf den Einzelhandel im Raum Leipzig-Halle, Ms., Kiel 1994

KARSTADT AG Unternehmensplanung: Die Einzelhandelsentwicklung im Marktgebiet Leipzig, o.O. 1992

Neumann, Hans; Usbeck, Hartmut: Standortfaktoren und Regional-entwicklung. Das Beispiel der Sadtregion Leipzig, Leipzig 1993

Price Waterhouse: Leitlinien für die Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig, Berlin, Leipzig 1993

Rink, Dieter; Grahl, Robert: Die Entwicklung der Stadtregion Leipzig zwischen 1945 und 1992, Leipzig 1993

Rudolph, Helmut: Befristete Beschäftigung weitgehend stabil, in: IAB Kurzbericht Nr. 3/22. 2. 1994

Stadt Leipzig (Hg.): Wirtschaftsstandort Leipzig, Leipzig 1993

Thürmer, Robert; Gaudigs, Gerd; Linke, Sabine; Müller, Evelin (IGG Leipzig): Sachsen 2000. Bevölkerungsprognosen, Leipzig 1991

TÜV Rheinland: Ökologisches Sanierungs- und Entwicklungskonzept Leipzig/Bitterfeld/Halle/Merseburg, Köln 1991

Usbeck, Hartmut; Kabisch, Sigrun; Leistner, Frieder; Niemann, Heinz: Ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungsbedingungen und -perspektiven in der Stadtregion Leipzig, Leipzig 1993

Zeuchner, Simone: Sanierung der alten Industrieregion Halle/Leipzig/Bitterfeld. Erfahrungen aus der Ruhrgebietspolitik, Bochum 1992

**Jürgen Breuste**

## **Charakteristik des stadtökologischen Strukturwandels der Stadtregion Leipzig**

### **1. Sozioökonomischer Strukturwandel**

Ostdeutsche Städte und Stadtregionen befinden sich gegenwärtig in einem tiefgreifenden Umstrukturierungsprozeß, der von Umfang, Art und Auswirkung nur als Strukturkrise bezeichnet werden kann. Es ist notwendig, daß sich die ostdeutschen Städte in ihrer Wirtschafts- und Raumstruktur den völlig veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so rasch als möglich anpassen und ihren Platz im Städtesystem Deutschlands bestimmen. Leipzig hatte vor dem 2. Weltkrieg und auch in der DDR eine Reihe von wichtigen überregionalen Funktionen, die heute - zumindest zum Teil - in Frage gestellt sind, bzw. unter neuen Bedingungen erst wieder herausgebildet werden müssen.

Der Niedergang ostdeutscher Städte ist so tiefgreifend und markant, daß er durch neue Entwicklungen gegenwärtig noch nicht kompensiert werden kann. In Leipzig ist diese Entwicklungskrise gekennzeichnet durch:

#### Große Verluste an Arbeitsplätzen

Die Zahl der Beschäftigten ist seit 1989 um 21,2 % zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen hat im Dezember 1992 50.000 überschritten (1992: Arbeitslosenquote 9,7 %). Zwei Drittel der Arbeitslosen sind Frauen

#### *Stillegung von ca 80 % des verarbeitenden Gewerbes (insbes. Industrie)*

Noch 1989 waren hier 35 % der Beschäftigten tätig (101.000 Arbeitsplätze), 1992 nur noch 12 % (27.900 Arbeitsplätze). Gegenwärtig wird von etwa 20.000 Arbeitsplätzen ausgegangen (Stadt Leipzig 1993c).

Die angestrebte Perspektive, diesen Niedergang aufzuhalten und letztlich sogar wieder 50.000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe zu schaffen ist viel zu ambitioniert und unrealistisch. Realistischer sind in Kürze 10.000 - 15.000 Arbeitsplätze, was ungefähr einem Zehntel der Zahl von 1989 entspricht.

### Bevölkerungsrückgang

Der Bevölkerungsrückgang Leipzig ist seit 1950 (618.000 Einwohner) festzustellen. 1992 wurde mit 497.000 Einwohnern das Niveau der Jahrhundertwende erreicht. Zukunftsszenarien erwarten für Leipzig bis zum Jahre 2010 einen weiteren Rückgang der Bevölkerung auf 401.000 Einwohner. Dies bedeutet, daß die Stadt in den nächsten ca. 20 Jahren nochmals einen Bevölkerungsverlust von 100.000 Einwohnern zu verkraften hat. Auch das Umland wird bis dahin einen weiteren, jedoch wesentlich geringeren Rückgang der Bevölkerung hinnehmen müssen. Damit werden 2010 Kernstadt und Umland zu etwa gleichen Teilen zur Bevölkerung der Stadtregion (dann 800.000) beitragen. Gegenwärtig hat die Kernstadt Leipzig fast 100.000 Einwohner mehr als das Umland. Die gesamte Stadtregion mit heute ca. 949.000 Einwohnern kann 2010 nur noch mit 817.000 Einwohnern rechnen (*Bundesmin. 1993*). Gründe dafür sind:

#### Abwanderung jüngerer, qualifizierter Bevölkerung

Zwischen 1989 und 1992 sind 85.596 Leipziger weggezogen, was, die Zuzüge abgerechnet, im gleichen Zeitraum zu einem realen Bevölkerungsverlust durch Abwanderung (Wanderungssaldo) von 42.717 Personen geführt hat.

Die Abwanderung erfolgt zu etwa der Hälfte in die alten Bundesländer. Sie erreichte 1990 (fast 30.000 Wegzüge) ihren Höhepunkt und ist jetzt bereits wieder auf das Niveau der „Vor-Wendezeit“ zurückgegangen. Dies ist nicht zuletzt auch der nicht mehr vorhandenen Aufnahmefähigkeit des westdeutschen Arbeitsmarktes angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zuzurechnen, nicht vordergründig der erhöhten Attraktivität der Stadt Leipzig.

#### Natürlicher Rückgang der Bevölkerung

Der hohe Anteil älterer Bevölkerung (1992 18,6 % Rentner) ist für Leipzig seit langem typisch. Von 1988 bis 1992 ist die Wohnbevölkerung im Durchschnitt um fast 2 Jahre (von 38 auf 40 Jahre) „gealtert“. Seit 1989 wird diese Zunahme der Überalterung in ihrer Wirkung auf die Bevölkerungsentwicklung verstärkt durch den Rückgang der Geborenenrate (Anz. Geburten auf 1.000 Einwohner) von 1989 11,0 % auf 1992 5,6 %. Sie ist damit nur etwa halb so hoch wie in vergleichbaren Städten Westdeutschlands. Dieser in der Leipziger Geschichte dieses Jahrhunderts einmalige Rückgang der Geburten von fast 6.000 (1989) auf 2.800 (1992) im Jahr drückt eklatante Zukunftsängste der Bevölkerung aus.

## 2. Stadtstrukturwandel

Für eine Überwindung der Strukturkrise der Stadt Leipzig ist die entscheidende Voraussetzung der Aufbau einer auch zukünftig Entwicklung ermöglichenden Wirtschaftsstruktur. Dies muß mit der deutlichen Verbesserung der stadtstrukturellen Voraussetzungen für Wirtschaftsansiedlungen (geeignete Standorte, Altlasten, Standortsicherheit, Verkehrssituation, Kosten-Nutzen-Verhältnis usw.) und für die Lebensqualität der Einwohner (Wohnsituation, Abbau von Existenzängsten, „Ordnung und Sauberkeit“, Erholungsmöglichkeiten usw.) verbunden sein.

Wirtschaftliche Auslagerungstendenzen aus Überlastungsregionen wie München, Frankfurt oder Stuttgart wirken sich gegenwärtig nicht zugunsten Leipzigs, sondern eher zugunsten von Standorten in Böhmen oder Ungarn aus (*Bundesmin. 1993, S. 51*).

Die Stadtregion Leipzig unterscheidet sich deutlich - wie auch andere ostdeutsche Stadtregionen- von Stadtregionen etwa gleicher Kernstadtbevölkerung in den alten Bundesländern. Wenn man als Stadtregion Leipzig hier Stadt- und Landkreis versteht, so konzentriert sich die Bevölkerung der Stadtregion in der Kernstadt Leipzig auf engem Raum. 79,8 % der Bevölkerung der Stadtregion leben hier. In vergleichbaren Stadträumen wie Stuttgart oder Hannover sind das wesentlich weniger (23,4 % bzw. 47,9 %). Dort ist die räumliche Ausdehnung der Stadtregionen auch wesentlich größer (7 bzw. 4 mal größer als Leipziger Stadtregion) (*Stadt Leipzig 1993c*).

In einer Stadtregion vom „Typus Leipzig“ (*Bundesmin., 1993, S. 51*) zeigen sich bereits jetzt eine Reihe von raumstrukturverändernden Entwicklungen, die der Beginn eines in den alten Bundesländern so nicht bekannten Trends zu sein scheinen:

*Ausweitung und Dominanz von Gewerbeflächen und Einzelhandelsdienstleistungen im Stadtumland.*

Stadtstrukturbestimmende Entwicklungen finden gegenwärtig insbesondere im Stadtumland statt. Diese Entwicklung verläuft ohne wesentliche planerische Einschränkungen nur nach der betriebsbezogenen Effizienzrechnung, nicht jedoch unter dem Aspekt gesamtwirtschaftlich günstiger, zukunftssträchtiger und natur-/landschaftsschonenden Gesichtspunkten. Eine ökologisch orientierte Stadtentwicklung kann so nicht realisiert werden.

### Hohe Abhängigkeit des Stadtsystems vom Individualverkehr

Die Ansiedlung von Gewerbe und Einzelhandel orientiert sich gegenwärtig vorrangig an der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur. Dies wird begünstigt durch das Fehlen eines hochleistungsfähigen, auf die Innenstadt orientierten Verkehrssystems (einschl. ÖPNV). Die sich herausbildende Siedlungsstruktur erzeugt ein hohes Verkehrsaufkommen bei noch unzureichendem Straßennetz und fördert den Ausbau eines die Kernstadt benachteiligenden Verkehrsnetzes. Damit reduzieren sich die Entwicklungschancen der City.

Die Stadt der kurzen Wege ist eine verschenkte Chance, angesichts der vorhandenen kompakten Leipziger Stadtstruktur. Umfangreiche verkehrsproduzierende Gewerbe-, Einzelhandels- und Wohnstandorte überfordern das vorhandene Verkehrsnetz, rufen zentripedale Tendenzen in der Verkehrsentwicklung und bei den Berufspendlerströmen hervor und lassen den *Verkehr über lange Zeit zum zentralen Problem der Stadt und des engeren Umlandes* werden (*Stadt Leipzig 1993c, S. 13, Stadt Leipzig 1992c*).

Die *administrative Verwaltungsgliederung*, die auf längere Sicht die bestehende räumliche Beschränkung der Stadt und ihrer Planungshoheit festschreibt, begünstigt die Außenentwicklung und fördert die Dezentralisierung. Randstädtische Gemeinden verschaffen sich mit einfachen Mitteln der Investitionsförderung Entwicklungsvorteile vor der Kernstadt und wirken damit dauerhaft ohne Beteiligung der Kernstadt auch für diese stadtstrukturbildend. Die berechnete Forderung der Stadt ist, daß die Entwicklung der Stadtregion ganzheitlich geplant und als „funktionsteiliger Suburbanisierungsprozeß“ gesteuert werden muß (*Stadt Leipzig 1993c, S. 14*).

Von „Amerikanisierung durch *Suburbanisierung*“ (*Bundesmin., 1993, S. 51*) kann so nicht gesprochen werden, da eine vergleichbare Wohnsuburbanisierung bisher völlig fehlt und auch so nicht zu erwarten ist. Entwicklungsprognosen stellen für das Umland lediglich 50 % der Bevölkerung der Stadtregion in Aussicht (im Jahre 2010, *Bundesmin., 1993*). Damit werden Verhältnisse wie etwa gegenwärtig in Hannover denkbar. Amerikanische Dimensionen können nicht erreicht werden. 1992 hatte das Umland Leipzigs (Landkreis) durch die Kernstadt lediglich einen positiven Wanderungssaldo von 605 Personen (*Landkreis Leipzig 1993*).

Die *Verbesserung der Wohnungsversorgung und der Wohnverhältnisse* dauert länger als erhofft und wird wahrscheinlich Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Die Anglei-

chung der Lebensbedingungen zwischen Ost- und Westdeutschland wird damit für die meisten Stadtbewohner nicht in den nächsten Jahren erfolgen. Neubau für gewachsene Ansprüche kann nur mit gewachsenem Einkommen einhergehen. Bestandsverbesserung der bestehenden Strukturräume in der Kernstadt muß Wohnraum und Lebensqualität sichern und auf den sozialen Standard der Bevölkerung Bezug nehmen. Eine massenhafte, strukturprägende Wohnsuburbanisierung bleibt aus Mangel an wirtschaftlichem und sozialen Hintergrund in den nächsten 2 Jahrzehnten aus.

**Dem Planungsziel, Leipzig zu einer Dienstleistungsmetropole von internationalem Rang aufzubauen (Stadt Leipzig 1993c, S. 23), kommt die Stadt gegenwärtig kaum näher. Basis dafür müßte eine innovationsfähige, leistungsstarke und exportorientierte Industrieproduktion sein, von der zur Zeit nicht die Rede sein kann. Für diese erwartete „Reindustrialisierungsphase“ will die Stadt günstige Rahmenbedingungen fördern. Die Wiederherstellung der Industrieforschung ist nur ein dafür notwendiges Element. Um allein die Kapitalücke bei Investitionen zu schließen wären jährlich 6 Mrd. DM allein in Leipzig notwendig. Davon kann jetzt und in naher Zukunft keine Rede sein (Stadt Leipzig 1993c, S. 24).**

### **3. Wandel der Umweltsituation**

Die Lebensumwelt des Menschen, die natürlichen Ressourcen und die Stadtlandschaft als Ganzes werden durch den gegenwärtigen Strukturwandel nachhaltig beeinflusst. Einerseits sind sie selbst - in unterschiedlich starkem Grade - Entwicklungsziele, andererseits sind sie lediglich durch „Nebenwirkungen“ der Wirtschafts- und Stadtentwicklung betroffen.

Folgende Entwicklungen haben bisher nicht gekannte umweltrelevante Wirkungen in Leipzig

*Zunahme des Privat-PKW-Bestandes und der KFZ-bedingten Luft- und Lärmbelastung*

Von 1989 an vergrößerte sich die Zahl der in Leipzig zugelassenen Privat-PKW erheblich. Allein von 1991 bis 1992 nahm der Privat-PKW-Bestand um 64.257 zu. Damit wurde der Versorgungsgrad von 141 PKW/1000 Einwohner auf 272

PKW/1000 Einwohner in nur einem Jahr angehoben. Das „Westniveau“ in der PKW-Versorgung wird ohne ausreichende Verkehrsinfrastruktur demnächst erreicht. Damit wurde nicht nur einem individuellen, lange nur schwer zu befriedigenden Bedürfnis entsprochen, sondern auch den Anforderungen an persönlicher Flexibilität, die die mobile Gesellschaft der Gegenwart stellt.

#### Exzessive Zunahme des Hausmüllaufkommens

Die Einführung der Marktwirtschaft brachte sehr schnell auch eine Flut von Verpackungsmüll mit sich, der das normale Haushaltemüllaufkommen rasch auf des vier- bis fünffache anwachsen ließ. Allein 1990 betrug gegenüber 1989 der Zuwachs des Siedlungsabfallaufkommens ca. 25 %, 1990 nochmals 20 %..Das Gesamtabfallaufkommen je Einwohner stieg von 1989 ca 350 kg/EW im Jahr auf 1992 über 500 kg/Ew. im Jahr (*Stadt Leipzig 1992c*).

Jahr	Hausmüll (in m <sup>3</sup> )	Wertstoffe (in t)
1990	1.657.000	2.022
1991	1.686.000	12.887*
1992	1.627.000	20.400

Tab. 1 Entwicklung des Müllaufkommens der Stadt Leipzigs

\*21.363,7 t nach *Stadt Leipzig 1992c*, Quelle: *Stadt Leipzig 1993a*

#### **Stilllegung der luft- und wasserverschützenden Industrie führt zu**

##### Rückgang der Luftverschmutzung

Leipzig gehörte zu den am stärksten durch Luftverschmutzung belasteten Städten der DDR. Die zu ertragenden Belastungen überstiegen häufig, insbesondere im Winter die amtlichen Grenzwerte. Diese Situation hat sich bisher wesentlich verbessert. Bis 1995 ist eine weitere Entlastung zu erwarten.

Bei der Beurteilung der Situation der Luftverschmutzung ist die spezifische Emissionssituation Leipzigs zu berücksichtigen. Die bedeutendsten Luftverschmutzer sind zentrale Heizwerke, Heizkraftwerke und Heißwassererzeuger, die nicht nur für die Industrie, sondern auch einen Großteil der Wohnungen (samtliche Großsiedlungen) und Verwaltungsgebäude die Fernwärmeversorgung übernehmen. 1992 wurde durch die Wärmeversorger der Stadtwerke allein Fernwärme im Umfang von 1.091 GWh erzeugt (*Stadt Leipzig 1993c*). In Leipzig bestanden 1990 insgesamt 11 dieser

Großemittenten. Sie verfeuerten ausschließlich Rohbraunkohle in veralteten Feuerungsanlagen ohne Abgasreinigung. Nur einzelne Anlagen verfügen über eine weitflächige Verteilung ermöglichende ausreichend hohe Schornsteine, so daß sich die Emissionen überwiegend vor Ort in Leipzig auswirken. Bis 1995 erfolgt eine umfangreiche Brennstoffumstellung von Rohbraunkohle auf Erdgas, so daß eine weitere essentielle Luftbelastungsminderung zu erwarten ist.

Tab. 2 zeigt, daß bei den meisten Schadstoffemissionen die Großemittenten mit über 50 % beteiligt sind. Die Situation des Hausbrandes ändert sich hingegen nur langsam, da eine Umstellung der Wohnungsheizung von Braunkohlenbriketts auf Gas oder Strom noch Jahre in Anspruch nehmen wird und nicht losgelöst der Gesamtsituation der Wohnungssanierung gesehen werden kann.

Schadstoffe	Heizkraftwerke und Heißwassererzeuger	übrige Industr.	Kleingewerbe	Hausbrand	Verkehr	Summe
SO <sub>2</sub>	34.819 (715)	8.535	3.544,8	9.470,6	78	56.447,4
CO	20.687* (587)	---	2.559,6	12.386,9	10.902	46.535,5
Staub	9.341 (45)	1.607	1.367,8	3.788,3	---	16.104,1
NO <sub>x</sub>	1.999 (1.927)	542	237,5	274,3	2.162	5.214,8

Tab.2 Schadstoffemissionen stationärer

Quellen in Leipzig 1990 (in t/a)

\* einschl. Industrie

(45) Perspektivische Reduzierung bis Ende 1994 durch Stilllegung und Umstellung von Röhrenbrennern auf Erdgas

Quelle Stadt Leipzig\_1992d

:

Stadt Leipzig 1993a

Die bedeutende Zunahme des Verkehrs führt hingegen zu verstärkten Belastungen durch Kraftfahrzeugabgase. Etwa die Hälfte des Leipziger Stadtgebietes ist stark durch Verkehrsabgase (insbesondere CO) belastet. Eine Entspannung der Situation ist nicht abzusehen (*Stadt Leipzig 1992 c*).

#### Längerfristiges Brachfallen von innerstädtischen Altindustrieflächen

Einer Wiedernutzung von Altindustrieflächen stehen verschiedene Gründe entgegen:

1. In der Mehrzahl der Flächen sind in erheblichem Umfang Altlast-Verdachtsflächen nachgewiesen
2. Die bestehenden Industriebetriebe sind in ihrer Bausubstanz verschlissen
3. Die technische Erschließung ist völlig unzureichend
4. Die Verkehrslage ist oft problematisch
5. Heutige umweltrechtliche Ansprüche erlauben bestimmte Industrien nicht mehr in Wohnnachbarschaft
6. Eine Flächenerweiterung ist oft nicht möglich
7. Das Stadtumland bietet billigere und günstiger gelegene Standorte ausreichend an.

Einer Umnutzung der Altindustrieflächen stehen vor allem die notwendigen Sanierungen von Altlasten und der hohe Investitionsbedarf entgegen. Notwendigerweise entstehende hochwertige Wohnstandorte finden gegenwärtig erst eine kleine Zahl von zahlungskräftigen Käufern oder Mietern.

#### Gefährdetes Trinkwasser

Der Stadt sind infolge der durch Braunkohlentagebaue im Süden vorgenommenen Grundwasserabsenkung nur noch wenige, räumlich eng begrenzte Trinkwasservorkommen verblieben. Die Trinkwassereinzugsgebiete sind durch vorhandene und geplante Industrie-, Gewerbe- und Verkehrsausbauten sowie Altlasten stark gefährdet (*Stadt Leipzig 1992d*). Von 1992 untersuchten 2740,2 ha ausgewiesenen Bauflächen im Umland Leipzigs standen 237 ha (8,6 %) in Konflikt mit Trinkwasserschutzgebieten (*Wirth 1992, S. 7*). Insbesondere bestehen Probleme im nordöstlichen Raum, wo große Gewerbegebiete geplant sind.

#### 4. Entwicklung der Stadtstruktur Leipzigs

*Grünstrukturen* haben für eine ökologisch orientierte Stadtentwicklung Leipzigs eine besondere Bedeutung. Bezüglich der Pro-Kopf-Quote an Stadtgrün ist Leipzig im Vergleich mit Städten der alten Bundesländer gering ausgestattet. Dies betrifft insbesondere Parkanlagen und Grünverbindungen in den Wohngebieten. Eine besondere Bedeutung haben Kleingärten (und individuell genutztes Grabeland). Mehr als in Städten der alten Bundesländer suchen Leipziger Bürger Erholung in Kleingärten, die fast ein Drittel der Stadtgrünflächen einnehmen. Auen durchziehen und gliedern das Stadtgebiet und bilden das Grundgerüst der städtischen Freiraumstruktur. Schutz, Renaturierung und landschaftsgerechte Erholungsnutzung sind gegenwärtig wichtige Gestaltungsaufgaben für diese Stadtstrukturräume. Ziele ökologisch bestimmter Planung sind:

- Auflockerung und Durchgrünung dicht bebauter Gebiete,
- Schaffung zusammenhängender Grünzüge durch Vernetzung
- Berücksichtigung landschaftsökologischer Gesichtspunkte bei der Baugebietserweiterung
- Aufforstung von Agrarflächen im Stadtumland
- Verhinderung von weiterem Landschaftsverbrauch und von Flächenversiegelung (*Breuste 1993b*).

Die *Stadtfläche* beträgt 146,4 km<sup>2</sup>. Seit 1939 ist sie lediglich um 5,3 km<sup>2</sup> gewachsen, also fast konstant. Die größten Erweiterungen der Stadtfläche fanden zwischen 1889 und 1891 (+56,9 qkm) und 1919 und 1925 (+ 29,2 km<sup>2</sup>) statt. Vergleichbar große Städte in Deutschland haben häufig wesentlich größere Stadtflächen (Dresden: 225,8 km<sup>2</sup>, Nürnberg: 185,8 km<sup>2</sup>, Duisburg: 232,8 km<sup>2</sup>, Hannover: 204,1 km<sup>2</sup>). Die gegenwärtige Stadtfläche ist für die ablaufenden Raumstrukturwandlungen Leipzigs nicht ausreichend. Die Folge davon ist eine von der Stadt unkontrollierbare Außenentwicklung an ihrem Stadtrand, allerdings nicht in ihrem Verwaltungsbereich (Landkreis) (*Stadt Leipzig 1993a*).

Die Leipziger Bevölkerung lebt auf relativ engem Raum in überwiegend mehrgeschossiger Mietshausbebauung zusammen. Mit 3.581 Ew./km<sup>2</sup> ist Leipzig die am

dichtesten besiedelte Stadt Ostdeutschlands. Zwischen 1880 und 1914 erreichte die *Wohndichte* die höchsten Werte (7.000 - 10.000 Einwohner /km<sup>2</sup>).

Während in vielen Städten der alten Bundesländer das Verhältnis von Wohnungen in Mehrfamilienmietshäusern zu Wohnungen in 1-2 Familienhäusern etwa 75/85 : 25/15 ist, erreicht Leipzig 94 : 6. Auch in der Flächennutzungsplanung bis 2005/2010 ist nur eine geringfügige Zunahme des Anteils an Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern vorgesehen (+2 % auf 8 %) (*Stadt Leipzig 1993c*). Wohnen in Leipzig wird auch in Zukunft für die Mehrheit der Einwohner Wohnen in Geschloßwohnbauvierteln, die stadtstrukturprägend bleiben, sein.

#### **5. Beispiel: Stadtstrukturraum Gründerzeitliche Blockbebauung (Wohnnutzung und Altindustrie)**

Leipzig hat gegenwärtig einen Wohnungsbestand von 249.000 Wohnungen. Davon befinden sich 128.000 (= 51 %) in Mehrfamilien-Mietshäusern der Baujahre vor 1918 (*Stadt Leipzig 1993c*). 20.000 dieser Wohnungen sind wegen jahrzehntelanger Vernachlässigung und des damit einhergehenden Verfalls zur Zeit unbewohnbar (= 8 % des Gesamtwohnungsbestandes Leipzigs !). 51.000 Wohnungen weisen mittlere, 104.000 schwere Bauschäden auf. 18 Sanierungsgebiete wurden bereits ausgewiesen. Allein die Sanierung des Wohnungsbestandes Leipzigs wird nach ersten Schätzungen 1992 zwischen 2 und 6,5 Mrd. Mark (*Arsing, Heising 1992*) bzw. nach Berechnungen 1994 18,23 Mrd. Mark (*Stadt Leipzig 1994, S. 30*) erfordern und mehr als ein Jahrzehnt dauern. Die vor dem 1. Weltkrieg errichteten Baugebiete (Wohn- und Wohn-Mischgebiete) nehmen insgesamt 1990 ha Fläche ein (870 ha ehemalige Industrieflächen, 1120 ha Wohnflächen). Die alten industriellen Nutzungen sind zum großen Teil aufgegeben, provisorische Nutzungen besetzen Teile der ehemaligen Industriefläche, größere Bereiche liegen wegen Altlasten und ungeklärter Eigentumsverhältnisse brach. Mit dem langjährigem Bestehen von altindustriellen Brachflächen in den Baugebieten muß gerechnet werden. In günstigen Lagen der Baugebiete besteht hoher Ansiedlungsdruck durch Büro- und Handelseinrichtungen. Büronutzungen dringen auch in Teile der alten Wohnbebauung vor. Der Verfall ganzer Stadtteile wird durch einen hier besonders gravierenden Bevölkerungsrückgang begleitet (z.T. 40 % seit 1981 Einwohnerverlust). Eine auffällige Überalterung der

Wohnbevölkerung (17 - 22 %, Innenstadt: 33 %) im Vergleich zum Leipziger Durchschnitt (1992:18,6 %) ist die Folge.

Die unterschiedlich dichten Block- und Blockrandbebauungen sind zwischen 60 und 80 % versiegelt und weisen ein außerordentlich vielfältiges Mosaik fragmentarischer Pflanzengesellschaften, einen auffallend differenzierten, teilweise reicher Gehölzbestand sowie viele extensiv bzw. wenig gepflegte Flächen, z.T. langjährige Brachen und Ruderalfluren auf Baulücken oder Ruinengrundstücken auf.

Abriß, Gewerbeverlagerung und Sanierung können zukünftig zu einer tiefgreifenden Veränderung der landschaftsökologischen Verhältnisse führen. Dabei muß besonders darauf geachtet werden, daß Altbäume und Grünstrukturen nicht unbedacht beseitigt werden. Besonders wertvoll sind unter den gegebenen Bedingungen dichter Bebauung

- großkronige Einzelbäume in den Innenhöfen,
- aufgelassene alte Obstgärten mit Totholz sowie
- Altbaumbestände in Straßen und Vorgärten.

Zu berücksichtigen ist auch, daß die Bevölkerung angesichts langjährigen Verfalls der Wohngebiete ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Ordnung, Sauberkeit und gepflegtem Grün hat (*Schreiber 1992*).

Die im Vergleich mit westdeutschen Großstädten auffallenden häufig noch vorhandenen unversiegelten Freiflächen sollten als grüne Ausgleichsräume (Erholung, Mikroklimaverbesserung, Naturerleben) unbedingt erhalten bleiben. Eine Sicherung des Altbaumbestandes (Baumscheiben, Stämme), von Vorgärten sowie der Schutz alter Ruderalsäume (Mauern, Baulücken usw.) vor gärtnerischer „Bereinigung“ ist anzustreben (*Geobotanisch Ökologische Arbeitsgemeinschaft 1993*).

Der im Leipziger Westen gelegene Stadtteil Plagwitz (107,1 ha) ist ein typisches gründerzeitliches Wohn-Industrie-Mischgebiet. Mit 71 % Gesamtversiegelung weist der Stadtteil einen typischen hohen Versiegelungsgrad, insbesondere eine hohe Bebauungsdichte (in vielen Baublocks über 50 %) auf.

Die Raumgliederung des Stadtteils in Stadtstrukturtypen und Oberflächenformen kann als typisch für den Stadtstrukturraum Gründerzeitliche Blockbebauung gelten.

Stadtstrukturtypen	Anteil versieg. Fläche (in %)	Anteil Vegetationsfläche (in %)
Villenbebauung	20 - 35	40 - 70
Einzel- u. Reihenhausbebauung	40 - 45	40 - 50
geschl. Blockbebauung	70 - 95	5 - 15
offene Blockbebauung	40 - 70	15 - 40
Industrieflächen	70 - 95	5 - 10
Gewerbefläche	35 - 70	20 - 30
Bahnanlagen	0 - 50	5
Straßenverkehrsflächen	100	0

Tab.3 Stadtstrukturtypen im gründerzeitlichen Leipziger Stadtteil Plagwitz

Quelle: Winkler, M. 1993

Die Sanierung des Stadtteils birgt Chancen, mehr Grün (z.B. Stadtgrünplätze, „Grüne Wege“) zu integrieren und insgesamt wesentlich verbesserte Lebensbedingungen zu schaffen. Eine zumindest teilweise Verdrängung der Wohnnutzung bzw. eine deutliche Veränderung der gegenwärtigen soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung ist jedoch zu erwarten (ESPLA 1993).

Plagwitz weist erhebliche Umweltbelastungen auf. Die meisten ausgewiesenen Altlaststandorte und -verdachtsflächen Leipzigs liegen in diesem Strukturraum. Allein in Plagwitz sind das 13 (von insgesamt über 150 Standorten in Leipzig). Dies sind insbesondere gesundheitsgefährliche Bodenverunreinigungen durch Altindustrie.

Der hohe Anteil an Kohleheizung bei niedrigen Emissionshöhen hat bisher eine besonders hohe Luftbelastung zur Folge gehabt. Von 1989 bis 1990 sind z.B. die SO<sub>2</sub>-Immission deutlich (um ca. 60 %) zurückgegangen. Das kann mit der Stilllegung der industriellen Produktion erklärt werden. Seit 1990 ist es jedoch nicht zu einer weiteren Minderung gekommen. Hier wirkt sich aus, daß einer der wesentlichsten Luftverschmutzer, der Hausbrand, noch nicht beseitigt ist. Die Umstellung der Kohleheizung auf andere, weniger umweltbelastende Brennstoffe steht nach wie vor aus.

Auch die Gewässerbelastung des dem Stadtteil durchziehenden Karl-Heine-Kanals ist, bedingt durch die Einleitung von Schadstoffen, des Regenwassers und der kommunalen Abwässer der westlichen Großsiedlung Grünau, hoch (bes. Belastung). Sauerstoffbenötigende Lebensvorgänge sind deshalb schon seit langem hier nicht mehr möglich. Gegenwärtig erfolgt eine Sanierung und Renaturierung des Gewässers und der angrenzenden Uferzonen als künftige Grünverbidung (*Bauermeister et al. 1992*).

## 6. Entwicklungsraum Stadtumland

Wichtige Entwicklungen der Stadtregion verlaufen gegenwärtig im unmittelbaren Leipziger Umland. Das gehört überwiegend administrativ zum Landkreis Leipzig. Dieser schließt z.T. direkt an kompakte mehrgeschossige Wohnsiedlungen Leipzigs an. Trotzdem hat Leipzig nur geringe Einflußmöglichkeiten hinsichtlich der Entwicklungen, die sich um seine Baugebiete herum gegenwärtig vollziehen. Die angestrebte Industrie- und Gewerbeentwicklung kann sich unmöglich allein auf Leipziger Territorium vollziehen. Hier bestehen lediglich 870 ha gewerblich und industriell genutzte Flächen (davon 650 ha ruiniertes Altindustrieflächenin, überwiegend vor 1918 errichtet). Eine geplante Erweiterung ist um 1880 ha in Leipzig (480 ha Neuerschließung, 1400 ha Umwidmung ) und um 970 ha im Stadtumland (Landkreis) vorgesehen. Selbst wenn man die im Landkreis bis 1992 bereits erschlossenen 125 ha Gewerbeflächen (in 7 Gewerbegebieten) einbezieht, bedeute das eine Steigerung der industriell-gewerblich genutzten Flächen der Stadtregion auf das Dreifache. Diese Entwicklung vollzieht sich überwiegend im Stadtumland. Inwieweit sie den wirtschaftlichen Erfordernissen entspricht, bleibt abzuwarten. Bereits jetzt sind jedoch ihre landschaftsökologischen Folgen zu spüren: hoher Flächenverbrauch durch überwiegend eingeschossige Bebauung und großflächige Verkehrserschließung. Diese Entwicklung wird noch weiter forciert durch Großprojekte, die die verkehrsgünstige Lage und die Nachbarschaft zu den Oberzentren Leipzig und Halle als Gunstfaktoren nutzen (Flughafenerweiterung, Güterverkehrszentrum, Frachtzentrum, Erweiterung des Rangierbahnhofes, neues Messegelände) und alle im Norden und Nordwesten des Landkreises konzentriert sind. Der damit zusammenhängende zusätzliche Flächenverbrauch beträgt ca. 1.600 ha. Die vorgesehene „Nordregion hochversiegelter Flächen“ setzt sich im nördlich angrenzenden Kreis Delitzsch durch

weitere Großprojekte fort. Konflikte mit Bodenschutz, Natur- und Landschaftschutz, Trinkwasserschutz, Landschaftsbild und anderen Nutzungsformen (z.B. Wohnen) sind bereits jetzt offenkundig.

Insbesondere sollen die weiflächigen Auenbereiche von Elster, Luppe, Pleiße und Parthe in der zukünftigen Raumentwicklung als Landschaftsschutzgebiete (z.T.NSG, wie südl. Leipziger Auwald) vor einer Verbauung und umweltschädigenden Entwicklung geschützt werden. In der großflächig durch Ackerflächen genutzten Landschaft des Leipziger Landes haben die verbliebenen naturnahen Restfläche, Wälder, Flußauen und Feldgehölze auch eine besondere Funktion für Naherholung. Einige zukunftsweisende Projekte (z.B. Forschungsverbund Stadtökologie Leipzig von UFZ/UNI Leipzig, *Breuste 1993a* und EG-Projekt Ostraum Leipzig *Hahn, Richter 1993*), befassen sich bereits mit der Bewertung und Planung bzw. Renaturierung der Leipziger Landschaft. Angestrebt ist ein Grün- und Biotopverbund des Umlandes mit den Leipziger Grünräumen (Parkanlagen, „Grüne Wege“, Flußauengrünflächen usw.) (*Landkreis Leipzig 1993*).

Spezifische Probleme ergeben sich aus der seit den 20er Jahren im Süden von Leipzig betriebenen Braunkohlentagebaus. Bis zu 90m tiefe Tagebaue liegen unmittelbar vor den südlichen Baugebieten der Stadt, z.T. im Stadtgebiet selbst (Tagebaue Cospuden, Espenhain). Großkraftwerke, Schwelereien, Benzinwerke und Brikettfabriken entstanden und arbeiteten z.T. bis heute (der Umbruch der gesamten Region ist z.Z. im Gange). Dies führte und führt zu vielfältigen Konflikten mit der suburbanen Landnutzung. Die Kontamination der Luft durch technologisch überholte Braunkohleverschwelung, des Bodens, der Gewässer durch karbochemische Abwässer, Grundwasserabsenkung und die Landschaftszerstörung machten den Südraum Leipzig zu einem „ökologischen Notstandsgebiet“ europäischer Dimension. Die 1991 gegründete Entwicklungsgesellschaft Südraum (EGS) befaßt sich in Zusammenarbeit mit dem Kommunalverband Ruhrgebiet mit der zukünftigen Entwicklung des Gebietes, der Gewerbeansiedlung, Freiraumgestaltung und Altlastensanierung (*Landkreis Leipzig 1992, Hönsch 1992*).

## 7. Fazit

Der derzeit in der Stadt Leipzig und in ihrem Umland stattfindende wirtschaftliche und raumwirksame Strukturwandel hat nach Dimension, Art und Tiefe keinen historischen Vergleich. Er ist typisch für den Umbruch auch anderer Stadtregionen in Ostdeutschland. Dadurch, daß eine planerische Regulierung des Strukturwandels bisher weitgehend unterblieb, sind bereits in wenigen Jahren seit 1989 langwirkende Strukturtatsachen geschaffen worden, die einer landschaftsökologischen Abwägung, vor allem im Umland, nicht standhalten. Es zehrt sich ein Trend zur dezentralen, flächenverbrauchenden und verkehrserzeugenden Stadtregion, der vor allem durch Dienstleistungs- und Gewerbeansiedlungen im Umland bei gleichzeitigem Industriezusammenbruch in der Stadt Leipzig getragen wird.

Mit dem Strukturwandel sind auch günstige Umweltwirkungen verbunden. Insbesondere betrifft das den Wegfall oder die Reduzierung altindustriebedingter permanenter Luft- und Gewässerbelastungen. Die Wirkungen ihrer früheren Umweltbeeinflussung bleiben allerdings noch auf lange Zeit als Altlasten in der Region erhalten.

Neue Belastungen wie zunehmende Luftverunreinigung durch Kraftfahrzeugabgase, Flächenversiegelungen durch Neubau und Niedergang von altstädtischen Strukturen müssen zu planerischem Handeln führen.

Vorhandene landschaftsökologische Potentiale, Grünstrukturen, naturbelassene Räume, intakte Agralandschaftsreste usw. müssen als Werte für die Zukunftsentwicklung der Stadt erkannt werden, um im Prozeß des Strukturwandels nicht unbeachtet „verbraucht“ zu werden. Dazu ist das Umweltbewußtsein der Bevölkerung - auch in Abwägung zu anderen Lebensfragen - eine unabdingbare Voraussetzung.

In der gegenwärtigen Phase der Entwicklung wird versucht - durch wissenschaftliche Forschungsprojekte begleitet - aus dem größtenteils bereits bekanntem Ist-Stand der ökologischen Situation der Region langfristig ausgewogene Entwicklungsstrategien abzuleiten und deren Umsetzung zu beginnen. Die Erfolge sind, gemessen an der Dimension des Vorhabens, vorerst bescheiden, aber auch nicht entmutigend.

## Literatur:

Bauermeister, U., M. Ranneberg, J. Dermietzel: Umwelt- und Energiestudie zum Sanierungsgebiet Plagwitz. Analyse der Umweltbelastungen - Emissionsschwerpunkte - Schwerpunkte störender Nutzungen - Entlastungsmaßnahmen. Bd. 1: Ergebnisse. Leipzig 1992, 44 S.

Breuste, J.: Leipzigs grünes Rückgrat - In: Garten und Landschaft, München. 103 (1993c) 3, S. 17 - 19

Breuste, J.: Grundlagen des stadtoökologischen Strukturwandels der Stadt Leipzig. - In: Berichte des Landesamtes für Umweltschutz/Sachsen-Anhalt. - Halle 1993d, zum Druck eingereicht

Breuste, J.: Ökologische Orientierung der Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern - Strukturwandel und Entwicklungschancen. - In Tagungsband des 49. Deutschen Geographentages Bochum 1993e. - Bochum 1993, zum Druck eingereicht

Breuste, J., T. Keidel: Mobilität und Grünstruktur als Gestaltungsfaktoren des Wohnumfeldes in Großsiedlungen Ostdeutschlands. Beispiel Leipzig-Grünau. unveröff. Forschungsbericht UFZ, Leipzig 1994

Bundesministerium f. Raumordnung, Bauwesen u. Städtebau (Hrsg.): Zukunft Stadt 2000. Abschlußbericht. Bonn 1993

Entwicklungs- u. Sanierungsgesellschaft Leipzig-Plagwitz (ESPLA) : Vorbereitende Untersuchungen Leipzig Plagwitz. unveröffentl. Planungsstudie. Leipzig 1993

Fischer, D.: Das Wohngebiet Leipzig-Grünau - ein Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage in der Stadt Leipzig. In: Architektur der DDR 35 (1986), H. 5, S. 268-269.

Geobotanisch Ökologische Arbeitsgemeinschaft (Hrsg.): Stadtbiotopkartierung Leipzig. Zwischenbericht Mai 1993. Leipzig 1993

Hahn, E., C. Richter: Leipziger Ostraum. Modellprojekt einer ökologisch - orientierten Stadt-Umland-Entwicklung. Vorstudie. - Leipzig, Berlin 1993

Hönsch, F.: Der Leipziger Südraum - eine Region im Wandel. Geogr. Rundsch. 44 (1992) 10, S. 592 - 599

Landkreis Leipzig (Hrsg.): Kreisentwicklungsplan. Leipzig 1993

Siegel, H.: Wohngebiet Leipzig-Grünau. Ideenwettbewerb und Planung. In: Architektur der DDR 21 (1974), 10, S. 596-602.

Stadt Leipzig (Amt für Statistik und Wahlen) (Hrsg.) : Kommunale Gebietsgliederung. Leipzig 1992a

Stadt Leipzig (Dezernat für Stadtentwicklung und Raumplanung) (Hrsg.) : Verkehrskonzeption (Entwurf). Leipzig 1992b

Stadt Leipzig (Dezernat für Umweltschutz und Sport) (Hrsg.) : Umweltbericht der Stadt Leipzig 1991. Leipzig 1992c

Stadt Leipzig (Dezernat für Stadtentwicklung und Raumplanung) (Hrsg.) : Workshop Leipzig-Plagwitz. Leipzig 1992d(= Beiträge zur Stadtentwicklung H. 5)

Stadt Leipzig (Amt für Statistik und Wahlen): Statistisches Jahrbuch 1993. Leipzig 1993a

Stadt Leipzig (Amt für Statistik und Wahlen): Ortsteilkatalog 1993. Leipzig 1993b

Stadt Leipzig (Dezernat für Stadtentwicklung und Raumplanung): Flächennutzungsplan Stadt Leipzig. Entwurf. Leipzig 1993c

Stadt Leipzig (Dezernat Recht, Ordnung und Sicherheit, Amt f. Wohnungswesen): Wohnungspolitisches Konzept der Stadt Leipzig. Leipzig 1994

Winkler, M: Analyse der Oberflächenbedeckung und des Gehölzbestandes im Stadtteil Leipzig-Plagwitz. unveröffentl. Planungsstudie. Leipzig 1993, 43 S.

Winkler, W.: Großsiedlung Leipzig-Grünau. Freiraumplanerischer Beitrag zur Umweltentwicklung. Hannover 1993, unveröff. Diplomarb. Inst. f. Städtebau, Wohnungswesen u. Landesplanung u. Inst. f. Landschaftspflege u. Natursch. d. Univ. Hannover, 149 S.

Wirth, P.: Flächenbedarf und ökologische Risiken. Aktuelle Planung im Umland von Dresden und Leipzig. In Standort, Zeitschr. f. Angew. Geogr. 16 (1991) 3, S. 5 - 11

**Catrin Schmidt**

## **Landschaftsrahmenplanung in Westsachsen-**

### **Zum Zielkonzept „Landschaft“ für den Verdichtungsraum Leipzig**

Landschaftsrahmenplanung im Verdichtungsraum Leipzig muß sich mit einer Fülle von Problemen und Aspekten auseinandersetzen - in einem Raum, in dem sich Konflikte extrem potenzieren; einem Raum, der sowohl über die gravierendsten Landschaftsschäden der Region als auch über die größten Chancen einer Veränderung verfügt.

Die Landschaftsrahmenplanung steht dabei sozusagen unter Dauerstreß, weil: in einer Vielzahl von Spannungsfeldern. Ich möchte diese Spannungsfelder zunächst näher beleuchten, bevor ich im einzelnen auf Untersuchungen und Ergebnisse eingehe.

Das erste Spannungsfeld ist für mich zeitlicher Natur:

Will die Landschaftsrahmenplanung langfristig wirksam werden, braucht sie fundierte Grundlagen, überzeugende Argumente, einen sicheren Stand. Die Schaffung **solider** Entscheidungsgrundlagen braucht aber nun mal Zeit, (und damit stecken wir schon in den Problemen) Zeit nämlich, die wir andererseits kaum haben.

Im Verdichtungsraum Leipzig wurden pro km<sup>2</sup> Gesamtfläche im Zeitraum 10/91 - 12/93 allein 2,7 ha Baugebiete baurechtlich genehmigt, 7,9 ha Baugebiete raumordnerisch befürwortet, während dies im ländlichen Raum lediglich 0,5 ha (baurechtlich genehmigt) und 1 ha (raumordnerisch befürwortet) pro km<sup>2</sup> waren.

Angesichts derartiger Verdichtungstendenzen:

Wird die Planung (wie natürlich auch die Wissenschaft) nicht fragwürdig, wenn beide im Studierstübchen an dieser Wirklichkeit vorbeileben, forschen, planen...;

wenn sie diesen all zu realen Entwicklungen in der Zwischenzeit lediglich blumige Zukunftsvisionen entgegensetzen und meinen, dies könne Kommunen bekehren?

Andererseits (und damit sind wir im zweiten Spannungsfeld) ist es ja gerade der fehlende Weitblick und das Verfangen in tageskleinen Aufgaben, das unsere Probleme verschärft und nicht löst. Wer, wenn nicht eine ökologisch orientierte Regio-

nalplanung, fühlt sich neben der Wissenschaft verpflichtet, langfristig vorsorgend und über den Gartenzaun hinaus zu denken? Und dazu sind Visionen unabdingbar.

Dem steht wiederum die Erfahrung gegenüber, daß Visionen wie Leitbilder schnell Gefahr laufen, zu Phrasen zu verkommen. Wieviel Politiker schmücken sich bei entsprechender Gelegenheit mit Ökologiebewußtsein- nach dem Motto: „Allgemeine Floskeln tun nicht weh“; wieviel gute Ideen gerieten schon zu leeren Worthülsen, weil verpaßt wurde, sie mit Leben, mit Praxis zu füllen. Und entscheidend ist schließlich erst das, was konkret vor Ort geschieht

Das dritte Spannungsfeld steckt für mich in der Planung selbst. Ergebnisse beispielsweise der Chaosforschung verdeutlichen nur all zu gut, daß die Natur in ihrer Diversität und Dynamik letztlich (und gottseidank) nicht planbar ist. Planung gerät selbst zum Eingriff, stört natürliche Prozesse, erzeugt instabile Zustände. Zeitgleich zu dieser Diskussion beginnt sich die Regionalplanung der westlichen Bundesländer von der Planung auf Managementfunktionen umzustellen.

Rückzug der Planung?

Zeigen nicht andererseits gerade die Entwicklungen im Leipziger Raum, daß Moderation und gute Worte allein nicht ausreichen, derartige Suburbanisierungsprozesse zu steuern? Brauchen Kommunen als Hauptakteure nicht vielmehr klare und eindeutige überörtliche Vorgaben und damit eine starke Regional- und Landschaftsrahmenplanung?

Wie so oft gibt es auch in den genannten Spannungsfeldern kein wirkliches Entweder- Oder sondern vielmehr ein Sowohl- als- auch:

- Landschaftsrahmenplanung braucht fundierte, wissenschaftliche Grundlagen, muß aber baukastenmäßig und stufenförmig so arbeiten, daß ihre Zwischenergebnisse verfügbar sind.
- Sie muß langfristig vorsorgend denken und gleichzeitig kurzfristige, konkrete und praxisnah verständliche Maßnahmen aufzeigen.
- Und sie darf schließlich nicht zum Korsett geraten, aber muß dennoch eindeutige Prämissen, Orientierungen und damit einen handhabbaren Handlungsrahmen geben.

Sie können sich sicher vorstellen, daß es für die Landschaftsrahmenplanung nicht einfach ist, diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Ob wir den Ansprüchen jedoch zumindest nahe gekommen sind, wird sich in der Diskussion über den Entwurf unseres Landschaftlichen Zielkonzeptes für den Verdichtungsraum Leipzig und seine Randzone zeigen, den wir in den letzten Tagen fertiggestellt haben.

Grundlage dafür waren folgende Untersuchungen:

### **1. Zum Schutzgut Wasser**

Unter quantitativen Aspekten haben wir flächendeckend

- das Retentionsvermögen der Einzugsgebiete sowie der Auen bewertet
- die Grundwasserneubildung anhand wasserwirtschaftlicher Kartierungen eingeschätzt
- das Beeinträchtigungsrisiko grundwasserabhängiger Lebensräume durch Wasserentnahmen und Grundwasserabsenkungen grob bewertet und
- das Beeinträchtigungsrisiko von Fließgewässern gegenüber zu großen Zentralisierungen der Abwasserbehandlung eingestuft.

Unter qualitativen Aspekten haben wir flächendeckend

- das Beeinträchtigungsrisiko des Grundwassers durch Schadstoffe im Sinne der ökologischen Risikoanalyse bewertet
- das Beeinträchtigungsrisiko von Fließgewässern durch kommunale Abwässer sowie davon getrennt durch diffuse Einträge eingeschätzt.

Hinzu kommen eine Vielzahl von Analysen des gegenwärtigen Zustands von Grund- und Oberflächenwasser.

Aus den Untersuchungen resultieren eine Fülle von Entwicklungszielen, die neben der Karte textlich fixiert sind.

## **2. Zum Schutzgut Luft/ Klima**

Schwerpunkte der Untersuchungen waren hierbei neben einer klimatischen Charakteristik und Belastungsanalysen vor allem

- Frischluftentstehung- und zufuhr
- Kaltluftentstehung- und abfluß sowie Beeinträchtigungsrisiken.

In die wiederum textlich fixierten und in der Karte dargestellten Ziele und Grundsätze wurden auch Maßnahmen des Luftreinhalteplans integriert, der für 1993 vom Regierungspräsidium vorgelegt wurde.

## **3. Zum Schutzgut Boden**

Zu Grunde liegen hierbei in Auftrag gegebene Bodenbewertungen, die flächendeckende Aussagen zum

- Wasserspeichervermögen
- Fremdstoffspeichervermögen
- zur Erosionsdisposition des Bodens, Natürlichkeitsgrad, Perkolation und weiteren

Kriterien zulassen. Daraus wurden neben Zielen und Grundsätzen schutzbedürftige Bereiche aus bodenökologischer Sicht abgeleitet.

## **4. Zum Schutzgut Landschaftsbild bzw. insgesamt zum Erholungspotential**

Schwerpunkt der Untersuchungen war eine flächendeckende Bewertung der landschaftlichen Erlebniswirksamkeit und vorhandener Beeinträchtigungen einschließlich der Lärmbelastung. Darüber hinaus wurde die Infrastruktur für Erholung der einzelnen Siedlungen bewertet und im Sinne einer Erholungsplanung Aktionsradien der Naherholung sowie Konfliktbereiche mit dem Naturschutz aufgezeigt. Die Zielvorstellungen beziehen sich zum einen auf Erhalt und Herstellung landschaftlicher Erlebniswirksamkeit wie auch auf Zonierungen zwischen Naturschutz und Erholung gerade im Südraum Leipzig sowie die gezielte Schaffung von Erholungsbereichen - und Schwerpunkten um die Stadt Leipzig.

In der Karte „Kulturlandschaftliche Aspekte“ wurden zudem Informationen zur Landschaftsentwicklung seit 1880, zu historischen Siedlungsformen und Sehenswürdigkeiten zusammengetragen

## 5. Zum Schutzgut Arten und Biotope

Auf der Grundlage der selektiven Biotopkartierung, einzelner anderer Untersuchungen z.B. der Ökologischen Station Borna, sowie einer

- Auswertung der forstlichen Standortkartierung und einer
- flächendeckenden Bewertung des Biotopentwicklungspotentials wurden ebenso aus Sicht des Arten- und Biotopschutzes Entwicklungsziele oder Umweltqualitätsziele formuliert. Diese sind entsprechend der vielfältigen Problematik sehr differenziert. Unterschieden wird nach Biotoptypenkomplexen und Standortverhältnissen.

Die textlich fixierten Entwicklungsziele umfassen allgemeine Ziele und Grundsätze im Sinne von Leitlinien und räumlich und inhaltlich konkretisierte Zielvorstellungen mit der Benennung von Schwerpunktgebieten.

Eine Vielzahl von Landschaftsrahmenplänen endet bei diesen einzelnen Zielkarten und einzelnen Zielvorstellungen, durchaus auch begründet, weil es oftmals mehrere Entwicklungsmöglichkeiten gibt und eine Festlegung möglichst auf ein Ziel immer Probleme mit sich bringt.

Wir sind **dennoch** einen Schritt weitergegangen und zwar aus folgenden Gründen:

Zum einen verbergen sich in den einzelnen Zielkarten eine Fülle interner Konflikte. Der Freihaltung einer Kaltluftabflußbahn können Gründe des Arten- und Biotopschutzes entgegenstehen. Ist für die Grundwasserneubildung eine Offenhaltung wichtig, können Erholung und Landschaftserleben beispielsweise Bewaldung erfordern. Es muß unserer Meinung nach also schon innerhalb der Landschaftsrahmenplanung ein Abgleich der unterschiedlichen Aspekte, eine Prämissensetzung erfolgen.

Zum anderen vermag ein Bürgermeister nur mit großem Aufwand, aus der Vielzahl der Karten und Bewertungen herauszulesen, was er ganz konkret tun oder lassen

soll. Wollen wir all das praktisch umsetzen - und das wollen wir -, müssen wir eine einfachere Sprache wählen.

Und das haben wir in unserer letzten **Karte**, dem „**Landschaftlichen Zielkonzept**“ versucht.

In ihr ist erkennbar, wo für uns die Prämisse gilt, den Waldanteil oder den Anteil an Sukzessionsflächen zu erhöhen, oder wo eine deutliche Anreicherung bestehender Ackerflächen mit Gehölzen oder eine Erhöhung des Waldanteils als Alternativen gesehen werden.

Folgende Eckpunkte prägen dieses umsetzungsorientierte Konzept:

1. Wir wollten einen Handlungsrahmen stecken. Prämissen wie „**Erhöhung des Waldanteils**“ sollen eine eindeutige Orientierung geben, gleichzeitig jedoch noch Freiraum für die kommunale Planungsebene lassen.
2. Schraffierte Bereiche lassen Entwicklungsalternativen, zeigen aber dennoch deutlich, daß eine Änderung der derzeitigen Nutzung notwendig ist und in bestimmte Richtungen.
3. Mit großflächigen Bereichen zur Erhöhung des Anteils an Sukzessionsflächen sollte ein Gegenpol zum Erhalt und zur Entwicklung unserer Kulturlandschaft geschaffen werden. Gerade im Südraum Leipzig haben wir die einmalige Chance.
4. Es bleiben auch „weiße Flecke“. Das sind Räume, die bei Beibehaltung der derzeitigen Nutzung und Nutzungsintensität
  - keine gravierende Defizite und
  - keine besonderen Schutzwürdigkeiten aufweisen und damit keinen expliziten Handlungsbedarf erfordern.
5. In das Konzept integriert wurden Siedlungsbereiche der Regionalplanung als regionalplanerisch erwünschte Siedlungserweiterungsflächen. Diese Siedlungsbereiche basieren neben regionalplanerischen Bewertungen auch auf früheren landschaftsrahmenplanerischen Untersuchungen (nämlich den Regionalen Grünzügen), so daß dem Siedlungsdruck im Verdichtungsraum zwar Rechnung getragen wurde - aber eben nicht um jeden Preis.
6. Es werden verschiedene Zeithorizonte betrachtet. So sind in den Bergbaugebieten die Zeitschnitte 2005, 2020 und 2050 gekennzeichnet, obgleich für den letzten Zeitschnitt keine Ziele fixiert werden. Gleichzeitig wird aber auch in un-

verritzten Gebieten eine Differenzierung der Dringlichkeit von Maßnahmen vorgenommen. So wird beispielsweise zwischen vorrangiger und weiterer Erhöhung des Grünlandanteils differenziert, werden vorrangige Extensivierungsgebiete der Landwirtschaft hervorgehoben.

7. Insgesamt wird natürlich deutlich, daß im überwiegenden Teil des Verdichtungsraumes Leipzig und seiner Randzone Änderungen der Nutzung bzw. der Nutzungsintensität erforderlich sind.

Es sind unsere ersten, gut begründeten Vorstellungen zur landschaftlichen Entwicklung im Verdichtungsraum und seiner Randzone, mit dem Ziel, in der Diskussion darüber einen Schritt weiter zu kommen auf dem Weg zu einem attraktiven und lebenswerten Leipziger Raum.

**Ursula Bischoff, Sigrun Kabisch, Sabine Linke**

**Der Einfluß der Braunkohleindustrie auf Struktur und Verhalten  
der Erwerbsbevölkerung im Landkreis Borna**

**0. Vorbemerkungen**

Die Situation der Braunkohleindustrie des Landkreises Borna stellte sich Anfang der 1990er Jahre, also kurz nach dem Zusammenbruch der DDR, folgendermaßen dar: Mit der Stilllegung der Karbochemie und der drastischen Senkung der Braunkohleförderung innerhalb weniger Monate begann der rasante Niedergang der Branche, die in den letzten 50 Jahren die Wirtschaft dieser Region dominiert hatte. Bis 1992 war er praktisch vollzogen.

Übrig blieben auf der einen Seite eine in weiten Teilen zerstörte Landschaft, Industriebrachen und kontaminierte Böden; auf der anderen Seite die ehemals in diesem Industriezweig Beschäftigten, deren Qualifikationen in weiten Teilen entwertet waren. Ihre spezifischen Berufserfahrungen wurden auf dem entstehenden Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt.

Dieser Raum hatte seine, in dem historisch kurzen Zeitraum der letzten 100 Jahre erworbene Identität als „Kohlekreis“ verloren.

Die ökologisch überfällige drastische Senkung des Braunkohleabbaus und die Reduzierung der Braunkohleveredlung brachten für die Bewohner der Landkreises zwar die lang erwarteten besseren Umweltbedingungen. Aber auch Arbeitslosigkeit, damit verbunden „geistige Langeweile“ und die Gewißheit, in der Gemeinschaft nicht mehr gebraucht zu werden, stellten sich als neue, prozeßbegleitende individuelle Erfahrungen heraus.

Der Zusammenbruch der Kohleindustrie wurde nicht zeitgleich von einem adäquaten wirtschaftlichen Wandlungsprozeß der Region begleitet. Erhoffte neue Arbeitsplätze in alternativen Wirtschaftsstrukturen sind bisher nur in geringem Umfang entstanden. Somit verbindet sich gegenwärtig für die Betroffenen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes sowohl eine individuelle und als auch eine regionale Perspektivlosigkeit.

Eingebettet in die sich vollziehenden regionalwirtschaftlichen Veränderungen wurde in einem sozialwissenschaftlichen Projekt damit begonnen, Verhaltensstrategien, insbesondere das Arbeitsmarktverhalten der durch die Braunkohleindustrie geprägten Erwerbsbevölkerung, und die Bedeutung sozialer Netzwerke für die Neuorientierung und individuelle Verarbeitung zu untersuchen (Vgl. 3.).

Vor dem regionsspezifischen wirtschaftlichen Hintergrund mußte dem **beruflichen und räumlichen Mobilitätsverhalten** der Erwerbsbevölkerung eine besondere wissenschaftliche Aufmerksamkeit beigemessen werden. So wurde **hypothetisch formuliert**, daß:

1. berufliche Mobilität infolge der Entwertung der Kohleberufe eine große Bedeutung haben wird, weil die erwartete nachfolgende Arbeitsplatzstruktur andere, neue Qualifikationen verlangen würde;
2. mit dem Wegbrechen der Kohleindustrie, und damit der Existenzgrundlagen eines großen Teils der Bevölkerung, die Bewohner die Region in wachsendem Maße verlassen werden, und somit räumliche Mobilität wesentlich stärker zu registrieren sein wird.

In unseren Betrachtungen gingen wir davon aus, daß sich das **aktuelle Verhalten** aus den **strukturellen Bedingungen** und **subjektiven Voraussetzungen** erklären läßt. Das bedeutet, daß die verbliebene regionale Wirtschaftsstruktur maßgeblich Umfang und Qualität der angebotenen Arbeitsplätze bestimmt, daß darüber hinaus aber zugleich personale Bedingungen wie Alter und Qualifikation Einfluß auf den Erfolg individueller Arbeitsuche haben.

Diese Bedingungen und Voraussetzungen selbst müssen wiederum als etwas Gewordenes betrachtet werden. Aktuelle regionalwirtschaftliche Bedingungen verfügen über eigene Traditionslinien, die eine adäquate Lebenskultur begünstigten.

In diesem Sinne bilden die Ausführungen zur wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Entwicklung der Untersuchungsregion einen Erklärungshintergrund für die unter Punkt 3 dargelegten ausgewählten Untersuchungsergebnisse.

## 1. Die wirtschaftshistorische Entwicklung - vom „Zwibbel-Borne“ zum „Südraum Leipzig“

In der Region Borna überwog bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts eine agrarische Struktur. Daneben waren Kleingewerbe, Handwerk und eine mittelständische, auf den regionalen Markt ausgerichtete, Industrie typisch. Gemüseanbau und Landwirtschaft verliehen der Region den Namen „Zwibbel-Borne“. Erst mit dem Abbau von Kohle im Großtagebau und deren industrieller Verarbeitung vollzog sich der Wandel zum monostrukturierten Industriekreis.

Die erste amtliche Notiz über den Abbau von Kohle in Borna stammt aus dem Jahre 1799. Einige Bauern, Landarbeiter und kleinere Gruben schürften in der Nähe von Borna für den lokalen Absatz und den eigenen Bedarf.

Etwa ab Mitte des 19. Jahrhunderts begann die planmäßige Betreibung privater Werke im Tiefbau. Der Ausbau des Straßennetzes und die Entstehung kapitalkräftiger Gesellschaften ermöglichten eine Ausweitung des Abbaus und des Absatzgebietes. Im Jahre 1863 arbeiteten im „Bornaer Revier“ 20 Tagebaue und 16 unterirdische Gruben. In dieser **ersten Periode bis 1872** hatte das **Wachstum des Bergbaus den agrarischen Charakter der Region kaum beeinflußt.**

Die **zweite Periode** setzte mit dem Anschluß der Stadt Borna an das Eisenbahnnetz 1872 und mit der beginnenden Industrialisierung (Brikettierung und Verarbeitung der Braunkohle zu chemischen Produkten) ein. Während mit der Industrialisierung der Bedarf an Kohle enorm anwuchs, wurden mit dem Anschluß an das Eisenbahnnetz die Märkte zugänglich gemacht. Die Gruben entwickelten sich zu Großbetrieben. Mit der Intention, den brandenburgischen und schlesischen Abbaugebieten als starker Konkurrent gegenüberzutreten zu können, erfolgte um die Jahrhundertwende der **länderübergreifende Zusammenschluß** mehrerer Abbaugebiete der Provinz Sachsen und der Länder Sachsen und Thüringen. Ende des 19. Jahrhunderts wurde ein erster Höhepunkt erreicht und das **Bornaer Revier** mit vier Kleingruben und bereits elf Großbetrieben **zum Mittelpunkt des Abbaus im mitteldeutschen Raum.**

Nach 1920 konzentrierten sich Kohleabbau und Verarbeitung immer mehr in den Händen kapitalkräftiger staatlicher Monopolverbände. Mit dem nunmehr technisch machbaren großräumigen Braunkohleabbau im Tagebaubetrieb (erste Großtage-

baue Zwenkau und Böhlen) war die großtechnische Verwertung der bitumenreichen Kohle (Verstromung, Brikettierung und chemische Verwertung zur Benzin-, Teer- und Phenolherstellung) verbunden. Erst in dieser **dritten Periode zwischen 1920 und 1945** wurde die **Braunkohleindustrie zur größten Wirtschaftsbranche im Landkreis Borna**.

Als wesentlicher Impuls für diese Wirtschaftsentwicklung sind die Autarkiebestrebungen Deutschlands im ersten und während der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges zu werten. Mit der Unterordnung regionaler Interessen unter die Interessen staatlicher Monopole begannen Fremdbestimmung<sup>11</sup> und damit Niedergang der Region.

In der **vierten Periode von 1945 bis 1989** wurde die autarke Wirtschaftspolitik forciert. Die **rücksichtslose Ausbeutung der Naturressourcen** der Region auf der Basis von großräumiger Flächeninanspruchnahme durch den Braunkohlen-großtagebau prägte die Region. Insbesondere die wachsende Diskrepanz zwischen Flächeninanspruchnahme und -rückgabe (1990 ca. 250 km<sup>2</sup> : 145 km<sup>2</sup>) sowie die tagebaubedingte Devastierung von Ortschaften waren sichtbare Zeichen der herrschenden wirtschaftspolitischen Strategie.

Mit Ausgreifen des Kohleabbaus durch die Großtagebaue und ständig steigenden Produktionsziffern in der karbochemischen Industrie und der Energieerzeugung entwickelte sich die Region zu einem wirtschaftlichen Rückgrat der damaligen DDR. Die funktionsräumliche Einordnung der Region in den Verdichtungsraum Halle-Leipzig erfolgte unter dem Namen „**Abbaurevier Südraum Leipzig**“ (Berkner 1990), der zugleich für eine neue Identität der Region stand (Bischoff u.a. 1994).

Die absolute Dominanz der Kohleindustrie führte zu einer erheblichen **Zunahme der Zahl der Industriebeschäftigten**.

---

<sup>11</sup> Fremdbestimmtheit:

- a) Die Gewinne, die durch die Produktion in der Region erzielt wurden, flossen ab und es erfolgte kein ausgleichender Kapital-Input.
- b) Große Flächen wurden enteignet und zu Staatsbesitz (Flächennutzungsplan).
- c) Regionale Interessen wurden den staatlichen Interessen (Autarkiebestrebungen) untergeordnet.

**Tabelle 1: Wirtschaftsstruktur des Kreises Borna nach Sektoren 1907 bis 1989  
(Anteil der Beschäftigten)**

Jahr	Landwirtsch.	Industrie	Dienstleistungen
1907	30,8	44,0	25,2
1920	20,0	55,0	25,0
1955	13,0	68,9	18,1
1961	9,8	67,3	22,2
1975	5,5	68,0	26,5
1981	5,5	69,5	25,0
1989	5,7	73,4	20,7

Quellen: Für 1907 und 1920: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes; 1955-1981: Statistische Taschen- und Jahrbücher Bezirk Leipzig; für 1989: Rudolph 1990;

Die Industrialisierung veränderte die Sektorenstruktur massiv, der industrielle Sektor wurde innerhalb kürzester Zeit zum beherrschenden und war 1989 mit fast drei Viertel der Beschäftigten<sup>12</sup> überproportional vertreten. Dienstleistungssektor, Landwirtschaft und Handwerk spielten demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle. Der Kreis gehörte 1989 zu den drei hochindustrialisierten Kreisen (mehr als 75% der Beschäftigten in der Industrie) innerhalb der DDR. Allein in der **Energie- und Chemiebranche** waren **1989 57,2% der Beschäftigten** tätig (Bischoff/Kabisch 93).

Damit erreichte die Region kurzzeitig eine starke wirtschaftliche Potenz, die mit dem Preis der fremdbestimmten Ausbeutung an Rohstoffen, des Verlustes an landschaftlicher Attraktivität, erheblicher ökologischer Schäden und gesundheitlicher Beeinträchtigungen der in der Region lebenden Menschen bezahlt wurde. Investitionen und Vorsorge für nachfolgende Generationen blieben weitestgehend aus.

<sup>12</sup> DDR-Durchschnitt 1988: 10,8% der Beschäftigten im ersten, **47,1 im zweiten** und 42,1% im dritten Sektor

## 2. Sozialstrukturelle Wandlungen im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung

Im Zuge der Entstehung einer Vielzahl von kleinen Gruben und Tagebauen veränderte sich allmählich die Sozialstruktur des ländlich geprägten Raumes um Borna. Der Auf- und Ausbau der Braunkohleindustrie im großen Stil seit den 20er Jahren beschleunigte die sozialstrukturellen Wandlungen.

**Tabelle 2: Entwicklung der Einwohnerzahlen des Landkreises Borna und ausgewählter Gemeinden**

Jahr	Kreis	Stadt				
	Borna	Borna	Böhlen	Espenh.	Kitzscher	Rötha
1846		4 597			ca. 180	1 726
1895		8 250				2 441
1899*	74 890			215		
1919		9 497	1 017	398	369	3 109
1933*	71 492					
1939	78 125	14 611	4 166	1 120	325	4 980
1945	104 787	17 330	5 632	1 299	3 731	5 613
1955	99 972	17 572	6 943	2 393		5 338
1966	95 303	21 426	7 795		5 559	5 430
1971	96 211	22 131	7 410	1 713	7 006	5 508
1976	92 203	21 947	6 599		8 264	4 821
1985	87 411	23 752	6 955	1 723	7 513	4 502
1989	85 995	23 798	6 873	1 752	8 233	4 759
1991	81 284	22 725	6 517	1 473	7 874	4 382
1992	80 432	22 377	6 446	1 475	8 032	4 249

- Alle Angaben gelten für das jeweilige Gemeindegebiet, die Kreisdaten ab 1933 für das Gebiet des Kreises Borna, wie er von 1953 bis 1994 bestand. Zur Amtshauptmannschaft Borna zählten bis 1953 die Kreise Borna und Geithain.

Quellen: Statistische Jahrbücher für das Königreich Sachsen, Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes, Statistische Taschenbücher Bezirk Leipzig, Statistische Jahrbücher Bezirk Leipzig, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Die rasche Industrialisierung bewirkte eine **enorme Zuwanderung von Industriearbeitern** in den Landkreis. Die Stadt Borna entwickelte sich aus einer Bürgerstadt mit Verwaltungsfunktionen mit etwa 5.000 Einwohnern (Mitte 19.Jh.) zum Zentrum des Bergbaureviers mit ca. 15.000 Einwohnern (1939). Der Kreis Borna hatte innerhalb zweier Jahrzehnte (1920 bis 1940) einen Bevölkerungszuwachs von 50% zu verzeichnen. Einzelne Orte konnten in diesem Zeitraum eine Vervielfachung ihrer Einwohnerzahl aufweisen (z.B. Kitzscher zwischen 1939 und 1945 eine Verzehnfachung). Ihrer Herkunft nach stammte ein Teil der Zugewanderten aus dem niederschlesischen Braunkohlerevier. Der zahlenmäßig größere Umfang zog jedoch aus den von hoher Arbeitslosigkeit gezeichneten Regionen Sachsens zu. Sie hatten im Gefolge des wirtschaftlichen Niedergangs in den 20er und 30er Jahren ihre Wohnorte verlassen bzw. waren gezielt in die krisensichere und moderne Kohle- und Chemieindustrie des mitteldeutschen Raums abgeworben worden. Damit wurde eine den **regionalen Traditionen fernstehende Bevölkerung** seßhaft.

Eine letzte Zuwanderungswelle gab es infolge der Korrekturwanderungen nach dem zweiten Weltkrieg in den **50er Jahren**.

Neben der Zuwanderung von außen vollzogen sich intraregionale sozialstrukturelle Verschiebungen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der eingesessenen **ländlichen Bevölkerung fand in der örtlichen Industrie Arbeit**. Hohe Einkommen, regelmäßige Arbeitszeit und ein ausgebautes soziales Sicherungssystem waren Merkmale attraktiver Erwerbsmöglichkeiten. Ein Teil der Dörfer verlor in der Folge seinen agrarischen Charakter, aus ihnen wurden **Industriesiedlungen** bzw. **industrielle Kleinstädte**.

Dieser Prozeß wurde nach 1950 durch die Kollektivierung der Landwirtschaft befördert. Die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) führte zur Entstehung von Großblockfluren. Mit der Veränderung der Flurformen wurde der agrarräumliche Strukturzusammenhang der ehemaligen Bauerndörfer aufgelöst.

Mit dem **Bruch in der Arbeitsweise** vollzog sich also in dieser Zeit zugleich ein „**Bevölkerungsaustausch**“. Landarbeiter wurden zum Industrieproletariat bzw. verließen die Region, und neue Arbeitskräfte aus anderen Regionen wanderten zu. Anstelle der gewachsenen sozialen Netze entstand eine neue Gemeinschaft, die in ihren Kennzeichen **eher urban-industrieller als ländlicher Lebensweise** entsprach.

Seit den 60er Jahren ist eine kontinuierliche **Abnahme der Bevölkerung** in der Region insgesamt zu verzeichnen, wenngleich einige Gemeinden durch die Errichtung von Wohnneubaugebieten bzw. Kohleersatzbauten auch weiterhin Zuwächse verzeichnen konnten. Diese **Migrationsverluste** waren durch die nach 1950 massiv betriebenen **27 Orts- und Teilortsverlegungen** ausgelöst und später durch die Verschlechterung der Umwelt- und Arbeitsbedingungen verstärkt worden.

Die Umweltbelastung stieg sprunghaft an und resultierte aus:

- der ständigen Steigerung der Produktion,
- dem gleichzeitigen Verfall der technischen Anlagen und fehlenden Investitionen,
- dem steigenden Schwefel-Gehalt der zu verarbeitenden Braunkohle,
- dem sich verschlechternden Kohle-Abraum-Verhältnis.

Aufgrund dieser Bedingungen reduzierte sich der Landkreis Borna für den überwiegenden Teil der in diesen Jahrzehnten zugezogenen Arbeitnehmer auf eine **Wirtschaftsregion mit überdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten und relativ geringen Qualifikationsansprüchen**. Hoch Qualifizierte, aber auch Facharbeiter wanderten dagegen mit ihren Familien seit den 60er Jahren zunehmend ab.

Die zu Beginn des gesellschaftlichen Umbruchs 1989 zu verzeichnende Sozialstruktur war somit im wesentlichen aus folgenden Bedingungen hervorgegangen:

1. Die bereits im **Flächennutzungsplan** des Jahres **1928** vorgenommene Festschreibung der Flächen für den Kohleabbau führte dazu, daß die Entwicklung von traditionellem Gewerbe des Klein- und Mittelstandes behindert und Neuansiedelungen verhindert wurden.

2. Im Landkreis Borna vollzogen sich seit den 20er Jahren andauernde **Veränderungen** in der Struktur der Erwerbsbevölkerung. Bis 1950 fand mit der quantitativen Zunahme der Bevölkerung ein „Berufsaustausch“ statt, seitdem veränderten die Migrationsverluste und die zunehmend **geringere Qualifikation** der Erwerbstätigen die Struktur.
3. Ursprünglich stellte die Kohlechemie eine moderne **Hochlohnbranche** dar, deren Beschäftigten **Sonderrechte** eingeräumt wurden. Damit wurde eine **Erwartungshaltung** nach Zuwendungen erzeugt, die auch fortbestand, als die Branche nicht mehr den technologischen Höchststand repräsentierte.
4. Bergbau und Kohleindustrie dominierten die Wirtschaft des Landkreises Borna über mehrere Jahrzehnte. Infolge dessen häuften sich **einseitige Qualifikationen**. Etwa die Hälfte der Erwerbstätigen war in der Kohleindustrie beschäftigt. Die formale **Qualifikationsstruktur** der Beschäftigten entsprach 1989 etwa dem DDR-Durchschnitt. Der Anteil an Hoch-/Fachschulabsolventen und Facharbeitern lag sogar über dem in stark ländlich geprägten Regionen<sup>13</sup>, aber unter dem städtischer Industriestandorte. Ein Teil dieser **Facharbeiter war jedoch vom Status her angelernt**, sie hatten ihre Qualifikation in werksinternen Lehrgängen erhalten bzw. im Laufe ihrer Tätigkeit zuerkannt bekommen.
5. Die Kohleindustrie beschäftigte nach 1950 immer mehr Frauen. Das begünstigte eine Abwanderung der Frauen aus anderen Branchen und Berufen und führte dazu, daß der Anteil von **Frauen mit gewerblichen Berufen** sehr hoch war.
6. Die hohe **Bevölkerungsdichte** (236 EW/qkm) und das bis dahin bestehende Arbeitsplatzüberangebot führten nach 1989 zu einem erheblichen **Ungleichgewicht** auf dem Arbeitsmarkt.

Der gesellschaftliche Umbruch 1989/90 bewirkte im Südraum Leipzig einen wirtschaftlichen Kollaps. Durch die einseitige Ausrichtung und die starke regionale Ver-

<sup>13</sup> 1989 hatten 86,5% (von 59.250) eine abgeschlossene Berufsausbildung.

HS/FS	= 16 %	im Vgl. zur Struktur in der DDR leicht unterdurchschnittlich
Meister	= 6 %	" überdurchschnittlich
Facharbeiter	= 64 %	" überdurchschnittlich
ohne Abschluß	= 13,5 %	" durchschnittlich

flechtung der Industriebetriebe kam es zu einem flächenhaften Zusammenbruch der bestehenden Wirtschaftsstrukturen und zu einem Wirtschafts- und Beschäftigungsvakuum großen Ausmaßes. Die Anlagen der Karbochemie wurden bereits 1990 vollständig stillgelegt, bis Ende 1993 folgten fast alle Brikettfabriken. Die Rohkohleförderung sank von 60 Mio t (1989) auf ca. 20 Mio t (1992), die Brikettproduktion ging in diesem Zeitraum um 83% zurück. Bis zum Januar 1994 ging die Zahl der Beschäftigten in Bergbau und verarbeitendem Gewerbe im Kreis auf 6.400 zurück. Das entspricht 17 Prozent der Beschäftigten, die Ende 1990 in diesen Bereichen tätig waren.

Gegenwärtig ist die weitere Reduzierung von Bergbau und Kohleveredelung noch nicht abgeschlossen.

Insgesamt verlief die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kreis Borna seit Beginn des Jahres 1992, also mit Auslaufen der Kurzarbeiter-0-Stunden Regelung nach § 263 Abs.5 des AFG, ungünstiger als im gesamten Arbeitsamtsbezirk Leipzig. Die Arbeitslosenquote lag im März 1994 für den Nebenstellenbereich Borna bei 15,7 (Hauptamt Leipzig 14,6). Durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, insbesondere von § 249h Maßnahmen, überstieg die Zahl der Arbeitslosen bisher nicht die Größenordnungen anderer Kreise. In Abhängigkeit davon, ob aus der Sanierungsgesellschaft MBS<sup>14</sup> selbständig agierende Unternehmen mit festen Arbeitsplätzen entstehen können, wird die künftige Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt beeinflusst werden.

Für den Südraum Leipzig kann bisher lediglich von einem Strukturwandel gesprochen werden, der auf der erheblichen Reduzierung der ehemals dominanten Wirtschaftsbranche beruht. Die Schaffung neuer Beschäftigungsfelder ist bisher nur im Dienstleistungssektor erfolgt. Dieses Angebot kann allerdings den Verlust an Arbeitsplätzen in der Kohleindustrie bei weitem nicht kompensieren.

Obwohl die Wirtschaftsbranche „Kohle“ einen Kollaps erlitten hat und nunmehr auf wesentlich niedrigerem Niveau weiterexistiert, ist sie als Branche im sekundären Sektor weiterhin dominant. Es entstanden insgesamt keine alternativen Strukturen, insbesondere Arbeitsplätze in der Fertigungsindustrie mit lokaler Wertschöpfung. Auch unter dem Aspekt der Betriebsgröße sind die Unternehmen der Kohle-/ Ener-

---

<sup>14</sup> Mitteldeutsche Braunkohle Strukturförderungsgesellschaft

gieindustrie und der Tagebau- und Betriebsgeländesanie rung strukturbestimmend für die Region geblieben.

**Tabelle 3: Wirtschaftsstruktur des Kreises Borna nach Sektoren 1989 bis 1993 (Anteil der Beschäftigten)**

Jahr	Landwirtsch.	Industrie	Dienstleistungen
1989	5,7	73,4	20,7
1990	4,4	71,0	24,6
1991	3,3	66,6	30,1
1993	4,0	45,9	50,1

Quellen: Für 1989: Rudolph 1990; 1990-1993: Unterlagen des Wirtschafts amtes Borna 1994

### 3. Anpassungsstrategien an den neuen Arbeitsmarkt

#### Ausgewählte empirische Untersuchungsergebnisse <sup>15</sup>

Um die konkreten **sozialen** Vorgänge und Auswirkungen, die mit dem gesellschaftlichen Wandel verbunden waren, aufdecken und erklären zu können, erwies sich die **soziologische Analyse der Belegschaft eines regionsbestimmenden Industriestandortes** als sinnvoll. Als Repräsentant der Wirtschaftsbranche Kohle/Chemie/Energie eignete sich das **Braunkohleveredlungswerk Espenhain (BVE)** besonders, da es der erste und zugleich ein strukturbestimmender Betrieb war, für den die Schließung zur Gewißheit wurde. Die öffentliche Diskussion um die Belastung der Menschen und der Umwelt durch die veraltete Technologie und die verschlissenen Anlagen beförderten in der gesellschaftlichen Krisensituation 89/90 den Stilllegungsbeschuß.

<sup>15</sup> Bezug genommen wird auf das DFG-Projekt "Arbeitsmarktentwicklung und regionale Mobilität bei Massenentlassungen und Betriebsstillegungen in den neuen Bundesländern", Laufzeit 1.1.1992 bis 31.12.94, Projektmitarbeiter: Bischoff, U.; Gerdes, J.; Häußermann, H.; Heseler, H.; Kabisch, S.; Linke, S.; Löser, H.; Prassek, M.;

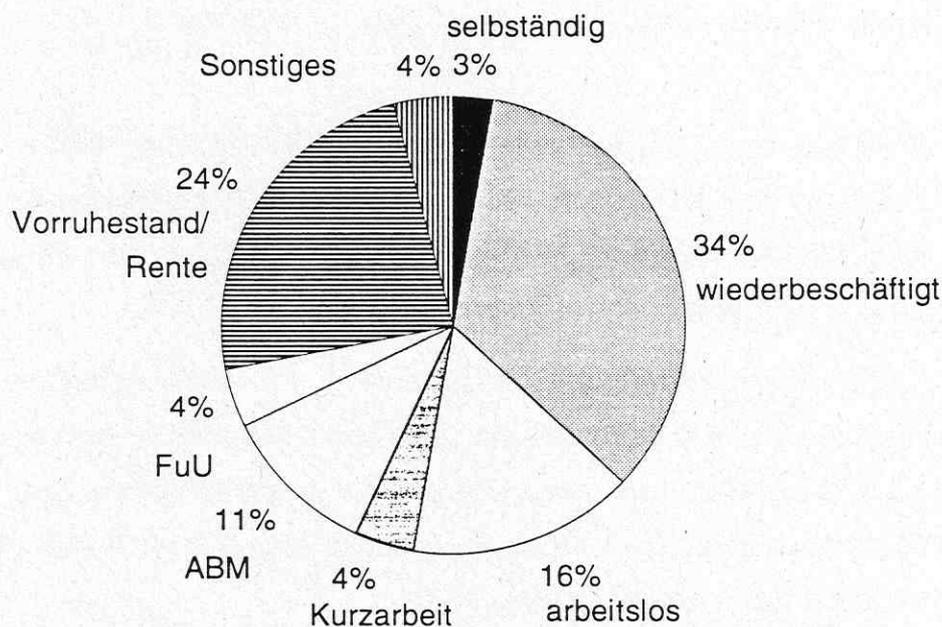
Die Beschäftigtenzahl von ca. 6.000 wurde bereits innerhalb des Jahres 1990 halbiert. Bis zum Juni 1992 waren zwei Drittel der Arbeitsplätze nicht mehr existent. Im Januar 1994 arbeiteten im Restbetrieb Espenhain<sup>16</sup> noch reichlich 10% der ursprünglichen Belegschaft.

In unseren Untersuchungsergebnissen<sup>17</sup> stellte sich der Verbleib der ehemals im BVE Beschäftigten folgendermaßen dar:

Von den Ausgeschiedenen hatte etwas mehr als ein Drittel ein neues Beschäftigungsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt begonnen, etwa jeder Fünfte befand sich in Kurzarbeit, ABM bzw. FuU. Jeder Vierte war in den Vorruhestand oder in Rente gegangen und jeder Sechste befand sich in Arbeitslosigkeit.

**Abbildung 1: Verbleib der ehemaligen Beschäftigten des BVE**

(Januar 1994)



<sup>16</sup> Restbetrieb - Am 1.7.91 erfolgte die juristische Stilllegung des BVE. Die zur Stromerzeugung noch weiterbetriebenen Kraftwerke und eine Brikettfabrik, die diese Kraftwerke mit Kohle beliefert, wurden als Oberingenieurbereich in die Mibrag Gruppendiffektion Süd-Ost eingegliedert.

<sup>17</sup> Die Untersuchungsergebnisse basieren auf:  
 -zwei schriftlichen Befragungen 1992 und 1994  
 -mündlichen Interviews  
 -Expertengesprächen  
 -laufenden Regionalrecherchen

Die vorliegenden Forschungsergebnisse zeigen, daß bisherige **Anpassungsleistungen** der Arbeitnehmer an veränderte Wirtschaftsstrukturen ein Spektrum umfassen, das vom Branchen-, Tätigkeits- oder Berufswechsel über eine Veränderung der beruflichen Stellung oder/und Position, einen Wechsel des Arbeitsortes bis hin zur Anpassung an andere Arbeitsplatzbedingungen reicht. Diese **Anpassungsformen** mußten in der Realität oftmals **kombiniert bewältigt** werden und wurden vom Einzelnen teilweise als Verluste, teilweise aber durchaus auch als Chancen reflektiert.

Aus diesem Spektrum möglicher Anpassungen an die neuen Arbeitsmarktbedingungen werden im folgenden exemplarisch **Aspekte der Bereitschaft zur räumlichen und beruflichen Mobilität und der tatsächlichen Mobilität** behandelt. Über Jahrzehnte hinweg hatte sich mit der dauernden Abwanderung von qualifizierten Erwerbspersonen und der Zunahme der Beschäftigten in der Kohleindustrie eine den regionalen Arbeitsmarkt kennzeichnende problematische Situation herausgebildet.

Die statistische Analyse der aktuellen räumlichen Bevölkerungsbewegung für den Landkreis Borna zeigt, daß nach 1989 keine überdurchschnittlich hohe Abwanderung erfolgte. Die Bevölkerung blieb seßhaft, obwohl die wirtschaftliche Existenzgrundlage in weiten Bereichen weggebrochen war.

Die Zahl der Fortzüge verringerte sich sogar seit 1992 erheblich. Der Umfang der Zuzüge stieg, so daß der Migrationssaldo auf wesentlich niedrigerem Niveau negativ war. 1993 war die Bilanz der Fortzüge und Zuzüge ausgeglichen. Seit 1992 verursacht die natürliche Bevölkerungsbewegung, und nicht mehr die Abwanderung aus der Region den Bevölkerungsrückgang.

Die Befragungsergebnisse bestätigen die hohe **Seßhaftigkeit** der Untersuchungspopulation. Über 90% aller Befragten wollten in ihrem gegenwärtigen Wohnort bleiben. Die Einbindung in soziale Netze (Familie, Freunde, Kollegen, Familientraditionen), das Grundstückseigentum und, wenn vorhanden, der Arbeitsplatz dominierten die Seßhaftigkeit.

Unter den Gründen, die die Bindung an den Wohnort **lösen** (im Sinne von Aufweichen), belegen auch jetzt noch die spezifischen Umweltbedingungen und die landschaftliche Unattraktivität vordere Rangplätze.

Damit hat sich die von uns formulierte Hypothese zum räumlichen Mobilitätsverhalten bisher nicht bestätigt.

Die **Ursachen** für dieses relativ „immobile“ Verhalten liegen in einem Bündel regionsspezifischer, sozialer und personaler Faktoren, die einen verstärkenden Einfluß aufeinander ausüben.

1. Bereits seit ca. 30 Jahren verzeichnet die Region einen negativen Migrationssaldo, dessen absoluter Wert sich allerdings in der jüngeren Vergangenheit sukzessive verkleinert hat. Gegenwärtig scheint latentes Migrationspotential eher gering zu sein.
2. Die Qualifikation der bis jetzt verbliebenen Arbeitskräfte war stark auf den Bedarf der Braunkohleindustrie ausgerichtet. Somit sind Chancen auf einem überregionalen Arbeitsmarkt kaum vorhanden.
3. Die jahre- bis jahrzehntelange Zugehörigkeit zu einer Hochlohnbranche hat ein materielles Anspruchsniveau an eine neue Arbeitsstelle und das gesamte Umfeld befördert, welches in anderen Branchen nicht befriedigt wird. Deshalb wird der Umstieg in andere Bereiche -räumlich wie beruflich- soweit wie möglich hinausgezögert.
4. Bisher erfahrene Sonderentscheidungen hinsichtlich Sozialpaket mit finanziellen Abfindungen, Kurzarbeiter-0-Regelungen und § 249h-Regelungen bewirken eine Abwartehaltung mit „Drogeneffekt“, zumal Ankündigungen in den Medien Hoffnungen auf einen Strukturwandel verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen nähren.
5. Die Erfahrungen von „Rückkehrern“ sind i.d.R. negativ und ermutigen nicht zur räumlichen Mobilität.
6. Funktionierende soziale Netze im Wohnort und in der Umgebung werden geschätzt und für Hilfe und Unterstützung gebraucht. Durch sie werden Informationen über mögliche Chancen auf einen Arbeitsplatz transportiert.
7. Der Anteil der Haus- und Grundstücksbesitzer ist relativ hoch. Grundstücksbesitz dämpft räumliche Mobilitätsbestrebungen.

In allen Untersuchungen zur räumlichen Mobilität wird die starke Differenzierung in der Bereitschaft zu und in der Beteiligung an der regionalen Wanderung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Stellung auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Unsere bisherigen Forschungsergebnisse im Kreis Borna bestätigen die bekannten Mobilitätsmuster:

Generell nahm die Bereitschaft zur Wanderung mit zunehmendem Alter ab. Der Scheitelpunkt zwischen zunehmender und abnehmender Mobilität lag bei etwa 35 Jahren, was mit Lebenszyklus, Familienbildung und Grundstückserwerb zusammenhängt. Das bedeutet gleichzeitig, daß sich jüngere Arbeitnehmer in stärkerem Maße als ältere in den alten Bundesländern um einen neuen Arbeitsplatz bemühten.

**Frauen** zeigten insgesamt eine geringere Bereitschaft zur räumlichen Mobilität als Männer, und sie bezogen überdurchschnittlich nur die neuen Bundesländer als potentiellen Arbeitsort in die Arbeitssuche ein.

Bei Arbeitskräften, die ihren Arbeitsplatz durch Entlassung verloren hatten und arbeitslos geworden waren, wurde eine erhöhte Wanderungsbereitschaft festgestellt. Immerhin gab ein Drittel an, u.U. in die alten Bundesländer umzuziehen, und die knappe Hälfte stand einem möglichen Umzug innerhalb der neuen Bundesländer nicht völlig abgeneigt gegenüber. Obwohl die **Arbeitslosen** unserer Stichprobe eine größere Umzugsbereitschaft äußerten als diejenigen Befragten, die auf dem ersten bzw. zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt waren, verhielten sie sich bei der Arbeitssuche immobiler als die anderen Erwerbsgruppen. Sie suchten z.B. weitaus stärker in Wohnortnähe nach einem neuen Arbeitsplatz.

Wesentlichen Einfluß auf die Mobilitätsrate hat das **Qualifikationsniveau**. Mit höheren Ausbildungsabschlüssen nimmt die Wanderungsbereitschaft zu.

Auch in unseren Forschungsergebnissen zeigten Erwerbsfähige ohne Ausbildung bzw. mit Teilausbildung die geringste Bereitschaft hinsichtlich Umzug und Arbeitspendeln. Auffallend ist die relativ starke Abnahme der Bereitschaft zum Umzug bei den Un- und Angelernten zwischen 1992 und 1994.

Niedrige Qualifikation und kohlespezifisches Ausbildungsprofil korrespondieren auffallend häufig miteinander. Diese Gleichzeitigkeit stellt eine negative Voraussetzung für den „neuen“ Arbeitsmarkt dar und ist zugleich ein Kriterium, das darauf hinweist, daß die Arbeitsmarktchancen dieser Arbeitnehmer auch auf anderen regionalen Arbeitsmärkten gering sind. Insbesondere in rezessiven Wirtschaftslagen sinken aufgrund des Arbeitskräfteüberangebotes die Chancen dieser Gruppen auf einen „Jedermann“-Arbeitsplatz. Das läßt eine Abwanderung aus der Region für den Einzelnen als wenig sinnvoll erscheinen, und genau diese Beschäftigtengruppen, die zunehmend zu Problemgruppen werden können, verbleiben in der Region.

Die Abwanderungsbereitschaft der hoch Qualifizierten war dagegen im gleichen Zeitraum von 23 auf 37 Prozent angestiegen. In der Befragung 1992 signalisierten männliche Facharbeiter unter 30 Jahren mit handwerklichen Grundberufen überdurchschnittliche Bereitschaft. In der Befragung 1994 ergab sich ein direkter Zusammenhang zwischen Qualifikation und Mobilitätsverhalten. Je höher die Qualifikation war, desto höher war auch die Bereitschaft zum Abwandern. Die Hoch- und Fachschulabsolventen der mittleren Jahrgänge standen einem Wegzug aus der Region mit der geringsten Ablehnung gegenüber. Die Gründe dafür waren der bessere Verdienst in den alten Bundesländern, das dortige größere Arbeitsplatzangebot und die Perspektivlosigkeit der Region !

**Potentielle Migranten** sind demzufolge mit guter, teilweise auch in anderen Bereichen einsetzbarer Qualifikation ausgestattet. Ein Teil von ihnen könnte sich bei gleichbleibend ungünstiger Arbeitsmarktlage zur Migration entscheiden. Dies würde zu einer erneuten qualitativen Veränderung der Sozialstruktur des Kreises Borna führen. Das durchschnittliche Qualifikationsniveau sinkt weiter und wird zu einem negativen Standortfaktor. Weiterhin fehlende berufliche Perspektiven und in deren Folge ein fortdauernder Abwanderungsprozeß könnten gerade hier zu einer Erosion jenes Potentials führen, das in der politischen Diskussion immer als ein maßgebliches endogenes Potential für ein ökonomisches Wachstum bezeichnet wird: das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte.

**Haus- oder Wohnungseigentum** wird in der Regel als ein mobilitätshemmender Faktor angesehen. Der monokausale Zusammenhang ist jedoch schwer nachweisbar. Hauseigentum ist im allgemeinen erst bei den Altersgruppen ab 40 Jahren stark verbreitet, also dann, wenn beruflich bedingte Mobilität bzw. stabile Wiedereingliederung von Arbeitslosen ohnehin unwahrscheinlich geworden sind.

Unter den rezessiven Bedingungen, die den deutschen, speziell den ostdeutschen Arbeitsmarkt gegenwärtig kennzeichnen, gewinnt Hauseigentum als Bindungsfaktor auffallend an Bedeutung. So wurde in unserer Untersuchung unabhängig vom Alter von jenen, die Eigentümer waren, nur in äußerst geringem Maße die Bereitschaft zur Abwanderung signalisiert.

Neben der Bereitschaft zur räumlichen Mobilität wurde die Bereitschaft zu **beruflicher Mobilität** untersucht.

Die Ergebnisse weisen diesbezüglich folgende Differenzierungen hinsichtlich sozialer Gruppenbildung aus:

**Jüngere** (bis 30 Jahre) betrieben eine vorrangig interessen geleitete Arbeitssuche. Sie wollten die neuen beruflichen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt nutzen und gegebenenfalls noch einmal neu anfangen, wenn sie ihre beruflichen Vorstellungen auf diese Weise besser realisieren können.

**Höheres Alter** brachte verstärkt Zwänge mit sich. So mußte oftmals bereits eine Familie versorgt werden, sollte sich die Berufserfahrung stärker auszahlen oder setzte die gesundheitliche Verfassung Grenzen. Die über 40jährigen suchten vor allem in verwandten Berufen. Sie bauten stärker auf ihre beruflichen Kenntnisse und Erfahrungen. Zudem war eine neue berufliche Orientierung für sie aufgrund des Alters eher unrealistisch.

**Frauen** waren in stärkerem Maße als Männer zu beruflicher Mobilität bereit. Ihre hohe Berufsorientierung auf der einen, ihre schlechten Arbeitsmarktchancen auf der anderen Seite, die Notwendigkeit zum Mit-Verdienen und ihre geringe Bereitschaft zu räumlicher Mobilität führten dazu, daß ein hoher Anteil der Frauen in allen Berufsbereichen, und nicht nur im erlernten oder in verwandten Berufen, nach einem neuen Arbeitsplatz suchte.

**Arbeiter und Angestellte** unseres Sample waren gleichermaßen zu beruflicher Mobilität bereit. Angestellte suchten jedoch neue Arbeit mehr in verwandten Berufen, Arbeiter im Unterschied dazu mehr in der ganzen Berufsbreite.

**Arbeitslose** äußerten eine größere Bereitschaft zur beruflichen Mobilität. Für Arbeitslose mit niedrigem Bildungsniveau war der Berufswechsel die häufigste Strategie, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Bei höherer Bildung wurden die Möglichkeiten zur Verbesserung der Chancen auf einen Arbeitsplatz entsprechend der persönlichen Qualifikation eher in einem Ortswechsel gesehen.

**Gering Qualifizierte** orientierten sich beruflich in der ganzen Berufsbreite, u.a. deshalb, weil sie überwiegend auf Tätigkeiten in der ehemals dominanten Kohleindustrie fixiert waren, die inzwischen nicht mehr nachgefragt wird.

**Facharbeiter** mit handwerklichen Grundberufen, also Arbeitnehmer mit mittleren Ausbildungsabschlüssen, und **hoch Qualifizierte** orientierten sich in der Arbeitssuche überwiegend auf den zuletzt ausgeübten Beruf bzw. auf verwandte Berufe.

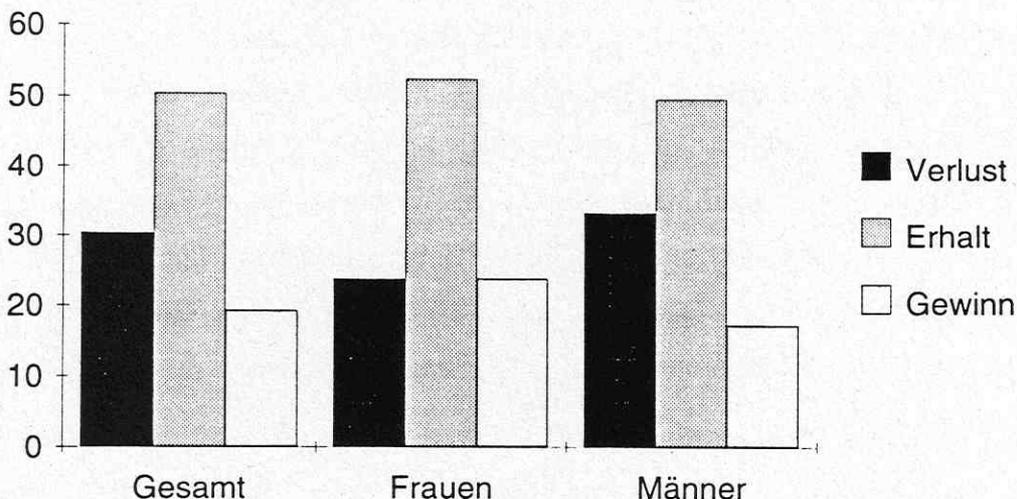
Neben der Bereitschaft zur räumlichen und beruflichen Mobilität wurde erfragt, welche **Anpassungsleistungen** die nunmehr Wiederbeschäftigten **tatsächlich** erbracht hatten, d.h. unter Aufgabe welcher Positionen und Dispositionen sie eine neue Stelle gefunden hatten.

Besonders **Frauen** waren nach der Entlassung aus dem BVE von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihr Anteil an den Arbeitslosen betrug zwei Drittel. Gerade für die weiblichen Arbeitskräfte aus der Industrie war der Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt fast unmöglich. Eine Ursache dafür ist die ehemals hohe Frauenbeschäftigung, speziell der hohe Anteil der weiblichen Beschäftigten in der Industrie, die unter den neuen wirtschaftlichen Bedingungen nach 1989 nicht fortgesetzt werden konnte. Als neue Berufsbereiche der wiederbeschäftigten **Frauen** dominierten Handel, Dienstleistung und Verwaltung.

Sowohl die weiblichen als auch die männlichen Wiederbeschäftigten hatten ihre neue Tätigkeit in vielen Fällen **unterhalb der beruflichen Qualifikation** und **unterhalb der ehemaligen beruflichen Position** aufgenommen.

**Abbildung 2: Veränderung der beruflichen Position bei Wiederbeschäftigung**

Januar 1994 (in Prozent)



Die im BVE ausgeübten branchenspezifischen Berufe spielten als **neue Berufe** eine untergeordnete Rolle. Der größte Anteil der Wiederbeschäftigten war in Dienstlei-

stungsberufen tätig, die somit einen Zuwachs von Berufswechslern erfahren hatten. In der Hauptsache waren dies Wechsler aus den Bergbauberufen. Aber auch andere Beschäftigtengruppen, wie Ingenieure und Laborarbeiter waren in diese Berufsbe-  
reiche gewechselt.

Die Forschungsergebnisse zeigen, daß Berufswechsel und Anpassung an veränderte Arbeitsbedingungen **am häufigsten von Frauen und Jüngeren** erbracht wurden.

In unserer Hypothese zur beruflichen Mobilität formulierten wir, daß berufliche Anpassungsleistungen aufgrund der vorliegenden Berufsstruktur und der zu verzeichnenden Entwertung dieser Berufe für die Wiederbeschäftigung eine grundlegende Voraussetzung darstellen.

Generell muß für den Landkreis Borna davon ausgegangen werden, daß bisher nur einem kleinen Teil seiner Erwerbsfähigen persönliche Bemühungen in Form von Anpassungsleistungen zu einem neuen Arbeitsplatz verhelfen konnten, weil die **Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze** in den letzten vier Jahren drastisch minimiert wurde.

Bisherige Leistungen bestanden oftmals lediglich darin, **Arbeitsmarktdefiziten auszuweichen** und Arbeitslosigkeit hinauszuzögern. So dienten beispielsweise **Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen** größtenteils nur der zeitlichen Verschiebung der Arbeitslosigkeit. Ca. ein Viertel derjenigen, die im Juni 1992 in einer Qualifizierung waren, hatten diese bis zum Januar 1994 noch nicht abgeschlossen. Von den anderen, überwiegend weiblichen Erwerbsfähigen, die die Qualifizierung zwischen erster und zweiter Befragungswelle abgeschlossen hatten, befand sich nur ca. ein Drittel in einem Beschäftigungsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die wiederbeschäftigten ehemaligen Umschüler waren überwiegend Frauen unter 30 Jahren in Büro-, kaufmännischen und Dienstleistungsberufen. Die übrigen zwei Drittel sind seitdem arbeitslos. Das bedeutet, daß sich nach der Qualifizierung für einen großen Teil keine unmittelbare berufliche Perspektive eröffnete.

Das Fehlen alternativer Beschäftigungsfelder hatte zur Folge, daß Fortbildung und Umschulung nicht auf einen bestehenden Bedarf hin ausgerichtet werden konnten. Dies erschwerte gleichzeitig den Arbeitnehmern die berufliche Neuorientierung und demotivierte die Betroffenen hinsichtlich einer Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen. Bereits hier setzte eine Lethargie ein, die sich auch im späteren Arbeitsmarktverhalten äußert.

#### 4. Fazit - der Kreis in einer Dilemmasituation ?

Gegenwärtig befindet sich der Kreis Borna in einer mehrfachen Dilemmasituation:

Das **soziale Dilemma** besteht im Gegensatz zwischen der vorhandenen Arbeitskräftestruktur und der Struktur der Arbeitsplätze. Die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, die der Region eine wirtschaftliche Perspektive bieten könnten und somit das vorhandene endogene Potential an die Region binden, braucht Zeit. Die jetzige Beschäftigungssituation und der hohe Anteil an niedrig Qualifizierten verlangen aber zur Wahrung des sozialen Friedens in der Region schnelle Entscheidungen hinsichtlich des Angebots von „Massenarbeitsplätzen“.

Während die stärkere Berücksichtigung qualitativer Momente eher die langfristigen Perspektiven der Region in den Vordergrund rückt, dient die aktuell notwendige Orientierung auf quantitative Aspekte der kurzfristigen Vermeidung offener sozialer und politischer Konflikte, was die Berücksichtigung der regional nachhaltigen Entwicklung in den Hintergrund treten läßt.

Das **ökologische Dilemma** zeigt sich in der Ambivalenz von Sanierung bzw. Revitalisierung ehemaliger Tagebaue und Betriebsflächen und in der Tolerierung neuer Umweltbelastungen durch Deponien und weitere Großtagebaue in anderen, auch landschaftlich noch intakten Teilregionen.

Das **wirtschaftliche Dilemma** besteht in dem Widerspruch zwischen dem Zusammenbruch der Kohleindustrie und der kohlebasierten Chemieindustrie und der gleichzeitigen wirtschaftlichen „Macht“, die die verbliebenen Bergbau- und Treuhandunternehmen (MIBRAG und MBV) in der Region weiterhin ausüben. Die MBV (Mitteldeutsche Bergwerksverwaltungsgesellschaft) gehört zu den größten „Großgrundbesitzern“ Europas. Ihr Diktat hinsichtlich Grundstücksverkauf entscheidet maßgeblich über die Zukunftschancen alternativer Unternehmen.

Die in der Region in großem Umfang zum Einsatz gelangten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung konnten ihren strukturfördernden Anspruch bisher nicht einlösen, weil kaum neue Geschäftsfelder (Ausgründungen) entstanden, die eine langfristige innovative Beschäftigung erwarten lassen. Die Beschäftigung in der Sanierung innerhalb von Gesellschaften auf Basis § 249h (MBS, ABS) erfordert überwiegend eine geringe Qualifikation und ist nur punktuell dafür geeignet, dem noch vorhandenen Qualifikationspotential Perspektiven zu bieten. Dennoch leisten diese Gesell-

schaften außerordentlich wertvolle und notwendige Arbeit und tragen dazu bei, das Maß an Arbeitslosigkeit in der Region zu beschränken. Von ihrer weiteren Existenz wird in entscheidenden Maße der künftige regionale Arbeitsmarkt beeinflusst.

Aus den Erfahrungen der vergangenen vier Jahre ist zu resümieren, daß nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der **Wiederaufstieg der Region** unter den benannten konkreten Ausgangsbedingungen **nur sehr langfristig** möglich sein wird.

Der fortgesetzte Braunkohlebergbau und die Verstromung vor Ort im geplanten neuen Kraftwerk Lippendorf haben insofern als (notwendiges) Auslaufmodell eine Existenzberechtigung, nicht aber als zukünftig dominierender Wirtschaftsfaktor. Vielmehr sind heute Szenarien für die Zeit „nach der Kohle“ zu entwickeln. Außerdem sind die noch vorhandenen Kohlereserven in diesem Raum zu beachten, deren mögliche Inanspruchnahme nicht völlig ausgeschlossen werden kann.

Dabei ist eine einseitige Diskussion möglicher regionaler Entwicklungspfade nicht tauglich. Ausschließlichkeitsforderungen wie entweder „Seenplatte“ oder „Müllentsorger“ sind realitätsfremd und werden das „hausgemachte“ Dilemma in der Region nicht lösen können, sondern weiter verschärfen. Der Landkreis Borna verfügt über ein Flächen- und Attraktivitätspotential, das verschiedenste Nutzungen gestattet. Freizeit- und Erholungsgebiete sind dabei ebenso realistisch wie Recyclingindustrien. Allerdings muß bei der Entsorgung ein **regionsverträgliches Maß** eingehalten werden. Die Realisierungsmöglichkeiten der anderen Entwicklungsoptionen dürfen nicht beeinträchtigt werden.

Ein **differenziertes kleinräumiges Herangehen** sollte präferiert werden. Beispiele für sanierte und einer weiteren Nutzung zugeführte Tagebau-Restlöcher (z.B. Speicherbecken Borna) sind stärker in der Öffentlichkeit publik zu machen.

Noch ist das Negativ-Bild des Südraumes Leipzig vorherrschend. Die Befragten in unserer Untersuchung bewerteten anhand einer 5er-Scala die Region zwischen chancenreich für die Zukunft (1,0) und chancenlos für die Zukunft (5,0) mit dem Wert 3,2. Damit wird Skepsis signalisiert, aber keine Hoffnungslosigkeit. Um so notwendiger ist es, positive Beispiele zu fördern und diese bekannt zu machen. Die positiven Beispiele brauchen eine Lobby !

## Literatur

Berkner, Andreas 1989: Braunkohlenbergbau, Landschaftsdynamik und territoriale Folgewirkungen in der DDR. In: Petermanns Geographische Mitteilungen H. 3/1989. Gotha.

Bischoff, Ursula; Kabisch, Sigrun 1993: Regionale Entwicklungsfähigkeit des Südraumes Leipzig aus soziologischer Sicht. Einleitung. Kolloquium der Friedrich Ebert Stiftung am 28./29.01.1993. Leipzig.

Bischoff, Ursula; Kabisch, Sigrun; Linke, Sabine; Rink, Dieter 1994: Sozialstruktur-entwicklung und Kulturlandschaft des Südraumes Leipzig. Soziale Brüche und Konflikte in einer ländlichen Industrieregion. Ms. Leipzig.

Rudolph, Helmut 1990: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende. Eine Typisierung von Kreisen und Arbeitsämtern. MitAB 4/90.

**Uta Starke**

## **Migration von Leistungsträgern aus wenig attraktiven Regionen -**

### **Ergebnisse jugendsoziologischer Untersuchungen aus dem Leipziger Raum**

Dem Besucher der Messestadt Leipzig leuchten seit einigen Monaten Plakate entgegen mit dem Slogan: LEIPZIG KOMMT. Nach dem Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft und den Stürmen der Wendezeit wird jetzt der wirkliche Aufschwung Ost erhofft, jedenfalls erst einmal für Leipzig. - Aufschwung aber ist wohl auch mit Jugend verbunden, an Jugend geknüpft, an junge Menschen als den Gestaltern der künftigen Gesellschaft, den kommenden Leistungsträgern. Hinsichtlich der Jugend in Leipzig und Umgebung trifft der neue Slogan bisher allerdings nicht zu: Jugend kommt noch nicht nach Leipzig (und es werden auch zunehmend weniger Kinder geboren), vielmehr geht Jugend nach wie vor aus Leipzig weg.

#### **1. Bevölkerungsentwicklung**

Diese Situation ist für Leipzig nicht neu. Seit vielen Jahren hat die sächsische Messemetropole einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Der Auswanderungssaldo ist in Leipzig seit 1984 durchweg negativ. In den Jahren 1989 und 1990 erreichte er mit einem Minus von 15.800 bzw. 17.000 seinen unrühmlichen Höhepunkt. Unter den Migranten befanden sich überdurchschnittlich höher Qualifizierte im Alter zwischen 18 und 40 Jahren, so daß der Teil der Jüngeren an der Gesamtbevölkerung zurückging. Vor allem die ehemals geburtenstarken Jahrgänge von 1960 bis 1970 schmolzen erheblich zusammen. Der Stadt ging damit ein großer Teil ihres qualifizierten Potentials verloren. Das konnte bis heute nicht annähernd durch Zuzüge ausgeglichen werden.

Eine solch dramatische Situation wie während und nach der Wende gab es trotz hoher Migrationspotentiale zu DDR-Zeiten nicht. Die Bevölkerung Leipzigs verringerte sich im Verlaufe von rund 40 Jahren (von 1950 bis zum Ende der 80er Jahre) um nahezu 90.000 Personen. Seit 1989 bis Mitte 1993 - also im Verlaufe von rund vier Jahren - haben weitere 35.848 Leipziger ihre Stadt verlassen, ebenfalls häufiger hochqualifizierte Jugendliche bzw. Bewohner unter 40 Jahren.

Daß junge Leute auch in den auf die Wende folgenden Jahren Leipzig verlassen haben, hängt wohl in erster Linie mit der Umstrukturierung der Wirtschaftslandschaft zusammen und der in ihrer Folge entstehenden brisanten Arbeitsmarktsituation. Die Stadt Leipzig war einer der Eckpunkte des mitteldeutschen Industrie- Ballungsgebietes Halle-Leipzig-Bitterfeld. In den 30er Jahren unseres Jahrhunderts als wichtiger Industriestandort ausgebaut, hat das Gebiet zur Zeit der DDR insbesondere schwere Umweltschädigungen hinnehmen müssen. Mit der Wende 1989 begann in der gesamten Region eine totale Umstrukturierung der Wirtschaftslandschaft. Betroffen davon war vor allem das verarbeitende Gewerbe, das vor dem 30. Juni 1990 noch für mehr als 20% der erwerbstätigen Leipziger Arbeitsplätze stellte, im Sommer 1991 jedoch nur noch für 11%. Dieser Einbruch konnte nicht durch die Entwicklung im Dienstleistungsbereich und im Baugewerbe ausgeglichen werden. So gerieten in starkem Maße Beschäftigte der Industrie in die Arbeitslosigkeit.

Leipzig war vor der Wende auch ein Standort für Kultur und Kunst, für Sport, eine Stadt der Wissenschaft. Zahlreiche wissenschaftliche, künstlerische und sportliche Institutionen wurden 1990 und 1991 Opfer der Neustrukturierung der Kultur- und Wissenschaftslandschaft. Insofern wurde das Arbeitslosenheer auch - und insbesondere durch (vor allem in den Geisteswissenschaften angesiedelte) Wissenschaftler -, durch Sportler bzw. Sportfunktionäre und Künstler ergänzt. Die Schließung von zahlreichen Industrie- und Handelsbetrieben beeinträchtigte zwangsläufig auch das Angebot an Ausbildungsplätzen in Leipzig, so daß eine Reihe von Jugendlichen nach der Wende kaum Chancen auf eine Lehrausbildung eigener Wahl in dieser Stadt hatte. Das betrifft besonders die für Jugendliche attraktiven Branchen wie Mikroelektronik und Maschinenbau. Die sichtbare Zuspitzung der Arbeitsmarkt- und Ausbildungslage nach der Wende veranlaßte einen großen Teil auch der Jugendlichen, über einen Umzug vorzugsweise in die alten Bundesländer nicht nur nachzudenken, sondern diesen Wechsel des Wohnortes zu vollziehen.

Der seit 1989 erfolgende weitere Bevölkerungsrückgang in Leipzig ist gegenwärtig auch durch das Verhältnis von Geborenen und Gestorbenen bedingt. Von Geburtenziffern in Höhe von 15.485 (wie im Jahre 1900) kann Leipzig heute nur träumen. Zwischen 1960 und 1970 wurden durchschnittlich etwas mehr als 8.000 Kinder jährlich geboren, 1980 waren es immerhin (nach zwischenzeitlichem „Pillenknicke“) noch 7.473. Diese Zahl wurde seitdem nicht mehr erreicht. Seit 1990 gingen die Geburten in Leipzig weiter dramatisch zurück. 1990: 5.212, 1991: 3.411, 1992: 2.822 und in

den ersten sechs Monaten des Jahres 1993: 1.200. Der Trend scheint weiter rückläufig zu sein. Auf 1000 Einwohner kommen in Hannover statistisch gesehen 10,2 Babies zur Welt, in Leipzig lediglich 5.

Für den dramatischen Geburtenrückgang gibt es verschiedene Erklärungen: Besonders wesentlich dürfte hier ebenfalls die aktuelle wirtschaftliche Lage dazu beigetragen haben und die damit verbundene Angst um den Arbeitsplatz. Erst muß die Ausbildung absolviert sein, erst muß man auf dem Arbeitsmarkt Fuß gefaßt, Erfolg haben, dann kann man an eigene Kinder denken. - Die geburtenfähigen Jahrgänge der jungen Leipziger schätzen die gegenwärtige Situation realistisch ein und schieben die Geburt von Kindern noch auf (der Kinderwunsch hingegen hat sich wieder stabilisiert). Aller Voraussicht nach wird so die niedrige Geburtenrate auch in den kommenden Jahren erhalten bleiben. Da der Gestorbenen-Anteil in der Stadt relativ konstant bei ca. 7.000 pro Jahr liegt, ist auch mindestens in naher Zukunft eine ungünstige Bevölkerungsentwicklung in Leipzig mit weiter zurückgehenden Anteilen der unter 30jährigen an der Gesamtbevölkerung zu erwarten.

## **2. Wohlfühlen in Leipzig, Migrationsbereitschaft und Lebensbedingungen**

Die meisten jungen Leute, die in Leipzig leben, fühlen sich mit (mehr oder weniger großen) Einschränkungen in ihrer Stadt wohl. (1) Das gilt für den Zeitraum vor wie nach der Wende gleichermaßen (vgl. Starke / Roski / Winkler 1994). In unserer Untersuchung JUGEND IN LEIPZIG 1991 sagt jeder zehnte junge Leipziger, daß er sich in seiner Stadt ohne jede Einschränkung wohlfühlt (Pos. 1 im fünfstufigen Antwortmodell), 1982 war es etwa die gleiche Größenordnung (17% Pos. 1 im vierstufigen Antwortmodell). Überhaupt nicht wohl in Leipzig haben sich damals wie heute 5% der Jugendlichen gefühlt. Das trifft in ähnlicher Weise auch auf Jugendliche in anderen sächsischen Städten zu.

Die knappe Hälfte der jungen Leipziger (49% Pos. 1+2 im fünfstufigen Antwortmodell und mehr als die Hälfte (56%) der Jugendlichen in Görlitz (an der Grenze zu Polen) hat sich mit seiner Heimatstadt voll identifiziert, lebt gern hier, fühlt sich wohl in Leipzig bzw. Görlitz. Auch im Landkreis Borna/Geithain (bei Leipzig) fühlen sich die Jugendlichen im wesentlichen wohl, erwartungsgemäß allerdings deutlich häufiger im Naturschutzgebiet um Frohburg/Kohren-Sahlis (82% Pos. 1+2 im fünfstufigen

Antwortmodell) als im an die Tagebaue grenzenden Borna (53%) oder dem Braunkohlendorf Kitscher (49%). Und ohne jede Einschränkung fühlt sich - wie schon in Leipzig - auch in Görlitz oder Borna nur jeder zehnte Jugendliche wohl (Pos. 1). Dennoch: der jetzige Wohnort ist für etwa jeden zweiten Jugendlichen der Ort, an dem man eigentlich bleiben möchte, wo man sich auf Dauer einrichten will, wo man sein Elternhaus und vor allem seine Freunde und Bekannten hat. - Für jeden zweiten Jugendlichen allerdings eben auch nicht! Das heißt: im Jahre 1991 spielen zum Beispiel mehr als die Hälfte der jungen Leipziger mehr oder weniger mit dem Gedanken, falls sie einmal hier keine Arbeit (mehr) finden sollten, es im Westen zu versuchen. Lediglich 17 Prozent sagen, daß das für sie überhaupt nicht in Frage kommt (vgl. Tabelle 1).

Was schätzen junge Menschen besonders an ihrem Wohnort? Heute wie schon vor der Wende ist Leipzig vor allem aufgrund seiner (relativen) Weltoffenheit für Jugendliche attraktiv. Die Messestadt Leipzig galt auch zu DDR-Zeiten eher als „weltoffen“. Zweimal jährlich hatte die Jugend hier zum Beispiel die Möglichkeit, auf dem Messegelände und in den Messehäusern sozusagen einen direkten Blick hinter den „eisernen Vorhang“ zu werfen, und auf den Straßen Leipzigs rollte der Verkehr zur Messe ähnlich dem in einer westdeutschen Großstadt. Anders zum Beispiel Görlitz: Diese Stadt war zwar das Tor zum Osten, gleichzeitig aber deutlich weiter von der westlichen Welt entfernt. Und die Jugendlichen im Tagebaugebiet Borna - Böhlen - Espenhain erlebten in drastischer Form die Umweltprobleme, die dreckige Luft, den belastenden Gestank der Brikettfabriken und Kokereien, die schwere körperliche Arbeit der Erwachsenen - ihrer Eltern - in dieser Region sowie das unwiderbringliche Verschwinden vertrauter Dörfer und der Natur, die dem Abraumbagger zum Opfer fielen. Sie lebten damit grundsätzlich anders als die Jungen und Mädchen im wenige Kilometer entfernten Naturschutzgebiet Kohren-Sahlis oder in dem an dieses angrenzende Städtchen Frohburg. Auch das hat die Jugendlichen mit geformt und wirkt bis heute (und wohl auch noch morgen) nach.

Tabelle 1: **Bereitschaft Jugendlicher zur Arbeit im Westen**

Frage: Inwieweit entsprechen die folgenden Aussagen Ihrer persönlichen Meinung?

Das entspricht meiner Meinung

1 vollkommen

2

3

4

5 überhaupt nicht

Wenn ich hier keine Arbeit (mehr) finde, werde ich es im Westen versuchen.

%	1	2	3	4	5
<b>Leipzig</b>					
gesamt	38	19	16	10	17
männlich	39	18	19	9	15
weiblich	36	21	13	11	19
<b>Borna/Geithain</b>					
gesamt	33	26	21	10	10
männlich	35	26	18	11	10
weiblich	32	27	22	10	9
<b>Görlitz</b>					
gesamt	35	27	20	10	8
männlich	41	25	17	8	9
weiblich	31	28	22	12	6

Junge Menschen in Leipzig schätzten im Jahre 1975 wie 1978 vor allem den internationalen Ruf der Messestadt und bezeichnen auch 1991 Leipzig in erster Linie als Messestadt mit weltweiter Bedeutung. Am kritischsten beurteilten die jungen Leute Ende der 70er Jahre die bauliche Gestaltung der Stadt. Nur 4% sagten damals, daß Leipzig ihnen gefällt (1991 wurde das nicht erhoben). Besonders in der Kritik junger Leute standen schon 1975 die Neubaugebiete, aber noch stärker die landschaftlich wenig attraktive Umgebung. Nur 2% äußerten damals, daß ihnen die landschaftliche Umgebung Leipzigs sehr gut gefällt. Das fehlende Grün in der bzw. um die Stadt vermissen auch heute noch viele junge Leipziger.

Auch die Jugendlichen aus Görlitz und Borna/Geithain wissen Positives von Ihrem Heimatort zu berichten. Die Görlitzer Jungen und Mädchen reflektieren ihre Heimatstadt durchaus als reizvoll, insbesondere deren kulturhistorische Bauten schätzen

sie hoch. Und sie glauben auch, daß Görlitz für Touristen in besonderem Maße attraktiv ist (stärker als Leipzig!). Demgegenüber nennen die Jugendlichen der Region Borna/Geithain am ehesten den Begriff „Heimat“ im Zusammenhang mit ihrem Wohnort und erwähnen die da lebenden Freunde. Attraktive „äußere“ Merkmale tauchen dagegen nicht auf (mit Ausnahme der schon erwähnten Naturschutzgebiete um Kohren-Sahlis). Ein Teil der Bornaer Jugendlichen bekundet auch ausdrücklich die Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen (Neubaugebiet?).

Wohl fühlen sich in ihrem Heimatort ganz besonders Schüler, also junge Menschen, die in aller Regel noch in der elterlichen Familie leben und diese ihre Familie vermutlich vom Wohnort / Heimatort nicht trennen (88% der jungen Görlitzer und 91% der Jugendlichen des Landkreises Borna / Geithain bekunden, daß sie sich in ihrem Elternhaus wohl fühlen, 61% bzw. 62% sagen das ohne jede Einschränkung - Pos. 1). Anders die Lehrlinge. Jeder fünfte Leipziger und fast jeder fünfte Görlitzer Lehrling fühlt sich in seiner Heimatstadt nicht wohl (jeder zehnte Lehrling in Borna/Geithain). Die Mehrzahl möchte ihre Stadt / ihr Dorf eigentlich in absehbarer Zeit verlassen.

Was vertreibt aus ihrer eigenen Sicht Jugendliche aus Leipzig, Görlitz oder Borna/Geithain?

Auch die Motive der potentiellen Migration sind heute ähnlich strukturiert wie 1978 und 1982 - mit einer gewichtigen Ausnahme:

Neben dem **Umwelt- und dem Wohnungsmotiv**, die beide auch nach der Wende ihre Bedeutung behalten haben, hat sich nun das **Arbeitsplatzmotiv** als Hauptmotiv hinzugesellt.

Insbesondere die Möglichkeiten, die die Region Borna/Geithain, die Stadt Görlitz aber auch Leipzig für eine **hochqualifizierte berufliche Ausbildung** bieten, erscheinen den Jugendlichen als **unzureichend**. Nur 4% halten Borna/Geithain für ein Gebiet mit Zugang zu attraktiven Angeboten der beruflichen Ausbildung und Qualifizierung. In Görlitz sind es 5%, und noch nicht einmal jeder zehnte Leipziger Jugendliche hält die Messestadt für ein Zentrum der hochqualifizierten beruflichen Ausbildung (8% Pos. 1). - Vor allem weibliche Lehrlinge betreiben den Weggang aus ihrem Heimatort, versprechen sich in der großen weiten Welt eher Chancen.

Heute sind die beiden wichtigsten Gründe für junge Leute, Leipzig zu verlassen, die dreckige Luft in der Stadt und die geringe Chance, hier eine Arbeit zu finden. In Görlitz steht der fehlende Arbeitsplatz sogar auf dem ersten Rangplatz (54% der weiblichen Lehrlinge, die Görlitz verlassen wollen, nennen diesen Grund ohne jede Einschränkung - Pos. 1 im fünfstufigen Antwortmodell). Es folgen als Weggangsgründe die dreckige Luft und - prozentual gleichauf - die Wohnungsknappheit.

Für die jungen Leute aus dem Bornaer Raum ist ebenfalls die entscheidende Ursache, sich aus der Gegend zurückzuziehen, der Mangel an Arbeitsplätzen. Auch von ihnen sagen mehr als die Hälfte ohne jede Einschränkung, daß fehlende Arbeitsplätze (bzw. Ausbildungsplätze) der Grund dafür sind, den Heimatort verlassen zu wollen. An zweiter Stelle nennen sie das **unzureichende Freizeitangebot**. Sie kommen aus Orten, in denen es seit der Wende kein Kino und keinen Jugendclub mehr gibt (weil das bzw. der sich nicht rechnet), „in denen nichts los ist“, und wollen deshalb weggehen. Drittens befürchten bzw. beklagen die jungen Leute in und um Borna, daß sie keine Wohnung bekommen. Und erst auf dem Rangplatz vier wird von den Jugendlichen im umweltbelasteten Leipziger Südraum die „dreckige Luft“ als Grund dafür genannt, dieser Region den Rücken zu kehren. Die Luft ist ja inzwischen auch etwas besser geworden, denn die meisten Schornsteine rauchen nicht mehr ...

Bestimmend für das (künftige) Verhalten junger Leute in Leipzig wie im sächsischen Raum, für ihre allgemeine Befindlichkeit und ihre Migrationsabsichten scheint also nach unseren Ergebnissen in erster Linie die **Chance eines (interessanten) Arbeitsplatzes** zu sein. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen bekunden eindeutig. Ohne Arbeit können und wollen sich Jungen wie Mädchen gleichermaßen ihr künftiges Leben nicht vorstellen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich deutlich in den Migrationsmotiven wider.

Dabei mag der Mangel an (Wunsch-) Arbeitsplätzen zum Beispiel für die Lehrlinge genauso migrationsbefördernd wirken wie die Aussicht, anderswo deutlich **mehr zu verdienen**. Darüber hinaus werden künftig aber auch Jugendliche, die bereits im (sicheren) Arbeitsverhältnis stehen, ihren Wohnort im Osten aufgrund der Mißstände im Bereich der technischen und sozialen **Infrastruktur**, möglicherweise auch angesichts der **Zunahme von Kriminalität** und politischem Extremismus wie auch unbefriedigender Möglichkeiten für befriedigende Freizeitgestaltung aufgeben und - so-

fern Chancen auf dem wesentlichen Arbeitsmarkt bestehen - in die alten Bundesländer umsiedeln. Die starke Präsenz hochqualifizierter Jugendlicher unter den potentiellen Migranten dürfte auch künftig erhalten bleiben. Das verweist auf die Gefahr eines weiteren Verlustes von Fachleuten in Leipzig und im Leipziger Raum, wenn sich nicht die allgemeinen ökologischen Bedingungen in absehbarer Zeit deutlich verändern.

Von großer Bedeutung für die Befindlichkeit junger Leute und damit auch für ihre Migrationsbereitschaft sind nach unseren Analysen die Möglichkeiten, die **Freizeit** entsprechend den individuellen Interessen und damit befriedigend verbringen zu können (vgl. auch Tabelle 2). Seit der Wende haben sich auch auf diesem Gebiet für Leipziger wie für ostdeutsche Jugendliche insgesamt bedeutsame Veränderungen vollzogen. Zum einen sind die Möglichkeiten in früher unvorstellbarer Weise gewachsen (Reisemöglichkeiten, Angebote an hochwertigen Konsumgütern zum Beispiel im elektronischen Bereich, vielfältige Freiheiten, die sich auch für die Freizeitgestaltung auswirken). Zum anderen sind früher vertraute Orte, an denen junge Menschen ihre Freizeit verbrachten, verschwunden bzw. nicht mehr zugänglich: Von den vor der Wende in Leipzig existierenden 130 Jugendklubs bestehen noch vier. Im Neubaugebiet Grünau, einem Ballungsgebiet für junge Menschen, hat sich die Zahl der Jugendklubs von sieben auf zwei verringert. Ein beträchtlicher Teil dieser früheren Jugendklubs sind - meist auf mindestens fünf Jahre - verpachtet worden, so daß die Stadt keinerlei Zugriff darauf hat und diese Entscheidungen im Augenblick nicht rückgängig gemacht werden können.

Außerdem belasten ungeklärte Eigentumsverhältnisse auch den Raum für Freizeitangebote. Über zahlreiche leerstehende Häuser kann nicht verfügt werden, weil der Besitzer nicht bekannt ist. Und in einer solchen Stadt wie Borna gibt es - den Jugendlichen völlig unverständlich - kein Kino! -..

Tabelle 2: **Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbedingungen im Wohnort**

Frage: Wie zufrieden sind Sie mit den genannten Bedingungen, die Ihre Stadt / Ihr Wohnort bietet?

Damit bin ich  
 1 vollkommen zufrieden  
 2  
 3  
 4  
 5 überhaupt nicht zufrieden

Hier nur Position 5 „überhaupt nicht zufrieden“.

%	Görlitz	Borna/Geithain	Leipzig
mit attraktiven Freizeitangeboten in der näheren Umgebung (Erlebnisparks, Freizeitzentren u.a.)	40	42	nicht erfragt
mit der Sauberkeit der Straßen und Plätze	31	17	35
mit dem Freizeitangebot der Jugendklubs	19	50	18
mit der Anzahl der Jugendklubs	17	53 !!	nicht erfragt
mit den Möglichkeiten, regelmäßig Sport zu treiben	15	20	nicht erfragt
mit meiner persönlichen Sicherheit im Wohnort	12	7	30 !!
mit dem Angebot an Tanzgaststätten/Diskos	8	32	nicht erfragt
mit meinen Wohnbedingungen	6	5	12
mit dem Angebot an Kinos	4	83 !!	nicht erfragt

Schließlich spielt auch im Freizeitbereich das Geld eine sehr große Rolle: für Jugendbetreuung, Jugendhilfe und Jugendberatung, für den Aufbau von Freizeitangeboten (die Mittel der Kommune sind begrenzt), aber auch unmittelbar für die Jugendlichen selbst. Freizeit ist inzwischen teurer geworden. Eintrittspreise für verschiedene Freizeitangebote übersteigen die Möglichkeiten, die das Taschengeld

junger Leute - insbesondere das von Schülern - bietet (ostdeutsche Jugendliche verfügen etwa über 40 % des Taschengeldes westdeutscher Jugendlicher). Und auch die Relationen der Kosten bzw. Preise für verschiedene Freizeitbeschäftigungen haben sich verändert

Während früher z. B. das Grundinventar für Medienkonsum teuer war (etwa ein Fernsehapparat), und die laufenden Kosten etwa für Kinobesuch, Theater- und Konzertbesuch aber auch für Zeitungen und Zeitschriften billiger, hat sich dieses Verhältnis inzwischen umgekehrt. Bücher haben heute ebenfalls ihren (hohen) Preis. Auch mit dieser Situation müssen die Jugendlichen erst zurechtkommen. Denn: bei Vorhandensein von Freiheit und Freiräumen ist es offenbar für junge Menschen schwer einsehbar, daß man (aus finanziellen oder anderen Gründen) auf die Teilhabe an diesen Freiheiten verzichten soll. Der Frust darüber ist zum Teil groß, und unsere Ergebnisse weisen Zusammenhänge aus zwischen unbefriedigenden Freizeitmöglichkeiten junger Leute und ihrer Gewaltbereitschaft, zumal wenn Defizite im Bereich der Arbeit und im Bereich der Freizeit zusammenfallen.

Außerdem fühlt sich ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen durch **Gewalt bzw. Gewaltkriminalität bedroht**: 60% der jungen Leipziger, 65% der jungen Görlitzer und 64% der jungen Leute aus dem Landkreis Borna/Geithain (jeweils Pos. 1+2 im fünfstufigen Antwortmodell). Befürchtungen die persönliche Sicherheit betreffend, Angst vor Gewalt und vor allgemeiner Kriminalität sind ebenfalls ein Motiv, den bisherigen Wohnort zu verlassen. Denn: Gewalt hat zwar in beängstigendem Maße zugenommen, aber die Friedfertigen sind noch immer in der Überzahl: Mehr als die Hälfte der jungen Leute lehnen zum Beispiel prinzipiell jede körperliche Gewalt gegenüber anderen Personen ab (54% Pos. 1, Lehrlinge 42%) und wünschen sich ein Leben unter weitgehend gewaltfreien, solidarischen Bedingungen. Den Slogan „Jeder ist sich selbst der nächste.“ sprechen nach unseren Befunden die meisten Jugendlichen im sächsischen Raum eher mit Bedauern aus.

### 3. Wertorientierungen und Migration

Aufschluß über das potentielle Migrationsverhalten bieten auch die Wertorientierungen junger Menschen.

Tabelle 3: Wertorientierungen Borna/Görlitz/Leipzig im Vergleich  
(nach Geschlecht)

Frage: Wie stark hängt Ihr Lebensglück von den folgenden Umständen ab?

Mein Lebensglück hängt davon ab, ...

1 sehr stark

2

3

4

Nur Position 1

5 überhaupt nicht

%	Borna 92		Görlitz 92		Leipzig 91	
	m	w	m	w	m	w
1. gesund zu sein	93	94	91	91	86	90
2. mich mit meinem Partner/ meiner Partnerin zu verstehen	82	94	82	91	(49	65)*
3. gute Freunde zu haben	83	87	85	88	54	60
4. einen Arbeitsplatz zu haben	83	87	81	83	nicht erfragt	
5. eine interessante Arbeit zu haben	77	80	72	76	81	84
6. über mein Leben selbst zu bestimmen	70	69	65	63	(54	59)*
7. eine eigene Familie zu haben	57	72	61	73	61	70
8. in der Freizeit meinen Inter- essen nachgehen zu können	63	56	58	50	(37	39)*
9. viel Geld zu verdienen	64	53	48	38	53	37
10. eigene Kinder zu haben	34	53	39	62	30	45
11. ohne ständigen Streß zu leben	42	37	39	33	nicht erfragt	
12. etwas zur Erhaltung der Natur zu tun, die Umwelt zu schützen	35	36	35	37	48	50
13. eine hohe Bildung zu erwerben	28	27	27	23	(48	43)*
14. Karriere zu machen	32	23	24	19	nicht erfragt	
15. meinen persönlichen Beitrag zur Linderung der Not in der Welt zu leisten	15	21	20	24	18	23
16. politisch engagiert zu sein	2	2	3	1	7	4

- Bei den in Klammern gesetzten Werte sind die Indikatoren nicht wörtlich gleich / identisch.

Man muß davon ausgehen, daß habituelle Dispositionen ostdeutscher Jugendlicher, grundlegende Wertorientierungen, Verhaltensregeln, Einstellungen - unter DDR-Verhältnissen erworben - heute längst nicht mehr greifen und inzwischen eine Wandlung erfahren haben. Gleichzeitig dürfte aber eine gewisse „Ostspezifik“ für die Jugendlichen in den neuen Bundesländern auch heute noch charakteristisch sein, denn nicht alle Sozialisationseffekte lassen sich gleichsam über Nacht verlernen. Außerdem existieren bis heute durch den Zusammenbruch der alten politischen, wirtschaftlichen und weiteren gesellschaftlichen Strukturen sowie durch das plötzliche Überstülpen eines anderen, neuen gesellschaftlichen Systems auf den Osten Deutschlands relativ gleichartige „besondere“ Sozialisationsbedingungen und - entsprechend der unterschiedlichen Gegebenheiten in den verschiedenen neuen Bundesländern bzw. Regionen (z. B. wirtschaftliche Situation, Schulsystem, Arbeitslosigkeit, Freizeitangebote) - gleichzeitig auch unterschiedliche, differenzierte, spezifische, Sozialisationsbedingungen in jedem einzelnen der fünf neuen Länder bzw. in den verschiedenen ostdeutschen Städten oder Kommunen. Das schlägt sich auch in den Wertorientierungen der Jugendlichen nieder: Trotz des allgemeinen Verfalls der politischen Identität haben Jugendliche in Ostdeutschland ganz offensichtlich einige ihrer grundlegenden Wertorientierungen über die Wirren der Zeit hinweg bewahrt, andere haben an Bedeutung verloren oder an Bedeutung gewonnen. An der Spitze der Wertehierarchie rangieren heute neben der Gesundheit - einem subjektiven Wert, der in dieser Dimension früher so nicht reflektiert wurde - nach wie vor das Bedürfnis nach emotionaler Erfüllung in einer Partnerschaft / das Verstehen mit dem Partner bzw. der Partnerin und gute Freunde, auf die die Jugendlichen in Leipzig wie in Sachsen unter keinen Umständen verzichten wollen. Gleichermaßen bedeutsam ist es für die jungen Leute, einen Arbeitsplatz zu haben, und möglichst eine interessante Arbeit ausüben zu können und - wohl in Verbindung mit der dadurch erworbenen Unabhängigkeit - über das eigene Leben selbst bestimmen zu können. Auch die Familienorientiertheit und der Wunsch nach eigenen Kindern ist nach wie vor für das Lebensglück der Mehrzahl der Jugendlichen in Sachsen bedeutsam, wenngleich hier Differenzierungen belegbar sind. Einen deutlich höheren Stellenwert als vor der Wende hat heute für die jungen Leute heute das Geldverdienen bzw. das

Geld, während das Interesse an politischem Engagement im Grunde nicht (mehr) existiert (vgl. Tabelle 3).

Auf vier wichtige Lebenswerte Jugendlicher soll abschließend noch etwas differenzierter eingegangen werden.

### **3.1 Lebenswert Arbeit**

Die Arbeit, die man bekommt, behält, wieder erlangt oder nicht verlieren möchte, hat heute in noch stärkerem Maße Bedeutung für die Jugendlichen als früher. Für 99% (Leipzig, Pos. 1+2) bzw. 97% (Görlitz und Borna/Geithain) der jungen Leute ist es ein unverzichtbarer Lebenswert, schlechthin einen Arbeitsplatz zu haben und dazu noch möglichst mit einer interessanten Arbeit. Mädchen und junge Frauen vertreten das noch kompromißloser als Jungen und junge Männer. Kein Jugendlicher sagt, daß berufliche Arbeit in seinem Leben nicht wichtig wäre, keiner kann sich ein Leben ohne Arbeit vorstellen. Das eigene Selbstwertgefühl ist entscheidend davon abhängig, daß man beruflich etwas leisten kann. Man definiert sich über die eigene Tätigkeit (noch immer stärker als etwa über Besitz und/oder sozialen Status). Die jungen Leute wollen durch eigene Arbeit ihre Existenz sichern. In ihrer eigenen produktiven Leistung sehen sie einen Sinn ihres Lebens. Wenn der Arbeitsplatz abhanden kommt bzw. gar nicht erst erlangt wird, ist das für die überwiegende Mehrzahl der Jugendlichen ein dramatischer Einschnitt.

Wenn sie drei Wünsche frei hätten, was würden sich junge Leipziger bzw. junge Leute in Sachsen wünschen? Die Mehrzahl muß da nicht lange überlegen: Arbeit, Gesundheit und Geld.

Natürlich wünscht man sich auch ganz andere Dinge: „Ein Auto und endlich die Fahrerlaubnis“ zum Beispiel, „einen Computer“ oder „einen Wunschring“. „Daß der Mut der Leute steigt und sie sich nicht übers Ohr hauen lassen.“, „Einen Tag mit David Hasselhoff verbringen“, „Fliegen können“ oder „Ein Supermann werden!“. Man wünscht sich „eine bessere Behandlung der Lehrlinge im Betrieb“, „eine Panzerfaust“, „ein Pferd“ oder „ein ausländerfreies Deutschland“, letzteres übrigens öfter.

„Ich wünsche mir einen Vati“, schreibt eine zwölfjährige Schülerin auf. Und viele Schülerinnen und Schüler, Lehrlinge oder Studenten, junge Berufstätige oder Arbeitslose wünschen sich, „daß mein Vati seine Arbeit behält“, „daß Mutti eine Arbeit

findet“, „daß ich eine Anstellung bekomme“, „daß mein Freund seine Arbeit nicht verliert“, „daß ich später in meinem Beruf arbeiten kann.“

Die Jugendlichen denken dabei idealerweise an eine Arbeit, die einen persönlich ausfüllt, in der man sich entfalten kann. Ein Drittel wäre auch unter den gegenwärtigen Bedingungen und bei drohender Arbeitslosigkeit *nicht* bereit, sich ganz und gar unter Wert zu verkaufen, eine Arbeit anzunehmen, die weit unter den eigenen Fähigkeiten liegt. Da käme - wie schon dargestellt - für die meisten Jugendlichen eher in Frage, wenn man hier keine Arbeit (mehr) findet, es im Westen zu versuchen.

Junge Leute aus Leipzig wie aus Sachsen wollen in den Westen gehen, *um zu arbeiten*, auch weibliche Jugendliche. Diese sogar tendenziell noch stärker! - Auswirkung des Traumas Arbeitslosigkeit im Osten (jeder Jugendliche kennt im Verwandten-, Bekannten- oder Freundeskreis Arbeitslose mit ihren Problemen)? Ein Relikt aus früherer Zeit bzw. ein Effekt von DDR-Sozialisation? Ein zu hoher Anspruch an Lebenssinn und Selbstverwirklichung? Vielleicht. Aber mit Sicherheit auch künftiges Konfliktpotential insbesondere für Mädchen und junge Frauen, die ihre persönliche Zukunft ganz und gar nicht am heimischen Herd sehen.

### **3.2 Lebenswert Gesundheit**

Einen gleichermaßen bedeutsamen Wert wie die Arbeit hat für Leipziger und sächsische Jugendliche die Gesundheit. Ganz zweifellos ist die Angst vor Krankheit auch bei jungen Menschen gewachsen, ist gesund zu sein auch für junge Menschen ein großer Wert. Das wurde zu DDR-Zeiten so nicht reflektiert. Wer nicht gesund ist, ist out, scheinen die Jugendlichen heute zu befürchten. Kranke können nicht arbeiten, und wer nicht arbeiten kann, kann sich Kranksein nicht leisten. Wieder sind es noch häufiger junge Mädchen und Frauen, die die Gesundheit besonders hoch schätzen. Wenn es um die eigene Existenz geht, ist Gesundheit in der neuen Gesellschaft eine wichtige Bank. Und die jungen Leute beziehen in den Wunsch, gesund zu bleiben, ebenfalls die eigene Familie, Eltern, Geschwister, den Partner, die Partnerin und auch die eigenen (künftigen) Kinder ein.

### 3.3 Lebenswert Geld

Einen völlig anderen Stellenwert als früher hat heute Geld für die jungen Leute. Man möchte möglichst viel davon haben, egal wo es herkommt, und auch viel verdienen. Mit dem neuen Geld, das etwas wert ist, lassen sich Wünsche erfüllen, von denen früher junge Leute in Ostdeutschland höchstens träumen konnten. Vor allem Lehrlinge werden von dem Motiv bestimmt, später möglichst viel Geld zu verdienen. Bei den drei wichtigsten Wünschen rangiert bei ihnen Geld an der Spitze, *vor* einer guten Partnerschaft, *vor* der Arbeit, *vor* der Gesundheit, *vor* dem Ausbildungserfolg. „Geld macht frei“, schreibt der ostdeutsche Dramatiker Heiner Müller, Freiheit ohne Geld ist den Lehrlingen offenbar doch zu wenig.

Dabei unterscheiden sich die Jugendlichen offenbar mindestens in zwei Gruppen. Die einen, die das Geld hoch schätzen als Ressource, die anderes / Freiheit ermöglicht, mit der andere Lebensziele (wie z. B. Bildung, Reisen) realisiert werden können. Eine andere Gruppe junger Leute setzt das Geld als allein Erstrebenswertes auf den vordersten Rangplatz der Lebenswerte, hat so sehr viele andere Wertorientierungen offenbar gar nicht. Geld muß her - über weiteres macht man sich weniger Gedanken.

### 3.4 Lebenswert Selbstbestimmtheit

Über das eigene Leben selbst zu bestimmen gehört zu den zentralen Lebenswerten (wozu aus der Sicht der jungen Leute offenkundig Arbeit und/bzw. Geld wichtige Voraussetzungen bieten). Für zwei Drittel der jungen Leute ist ein selbstbestimmtes Leben von sehr großer Bedeutung (Borna 70% Pos. 1, Görlitz 63% Pos. 1, Leipzig 55% Pos. 1). Die ostdeutschen Jugendlichen (wie auch ältere Ostdeutsche) haben also - entgegen mancher Behauptungen und Vermutungen - das Ideal eines selbstbestimmten Lebens (zweifelloos ein wesentliches Motiv des Herbstes 1989) keineswegs verloren. Das Selbstwertgefühl ist nach einem Tief nach der Wende in jüngster Zeit sogar wieder stärker geworden (vgl. Starke, U., Starke, K. 1994). Es ist also damit zu rechnen, daß insbesondere die Ostdeutschen, insbesondere die jüngeren, sich immer weniger Fremdbestimmtheit gefallen lassen und versuchen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Dazu gehört auch die Entscheidung, dort hinzugehen, wo die

individuellen Lebensziele sich am besten verwirklichen lassen. - Ein weiterer Beleg dafür, daß auch künftig insbesondere selbstbestimmte, leistungsfähige und leistungsbereite junge Menschen das Gros des Migrationspotentials ausmachen werden. Und das könnte für den Osten Deutschlands schon problematisch sein.

### **Anmerkungen:**

- (1) Die im folgenden dargestellten Forschungsergebnisse entstammen drei Untersuchungen, die die Universität Leipzig gemeinsam mit der Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung e. V. Anfang der 90er Jahre durchführte.

Im einzelnen handelt es sich um eine Untersuchung JUGEND IN LEIPZIG 1991. 1.630 Leipziger Schüler, Lehrlinge, Studenten, junge Berufstätige und Arbeitslose gaben u. a. Antwort auf Fragen zu ihrer allgemeinen Befindlichkeit, ihrer Migrationsbereitschaft, zu ihren Lebenszielen, Wert- und politischen Orientierungen, zu ihrem Umgang mit den Leistungsanforderungen der neuen Gesellschaft, zu ihren Freizeittätigkeiten, ihren Wünschen und Ängsten, ihrer Gewaltakzeptanz, und sie benannten Ursachen für ihre Absicht, Leipzig zu verlassen bzw. hier zu bleiben. Die Ergebnisse dieser Studie sind in einem Forschungsbericht dargestellt (vgl. Starke 1991). Die Studie wurde vom Jugendamt Leipzig angeregt und von der Stadt Leipzig gefördert.

Mit einer ähnlichen Zielstellung regte das Jugendamt Görlitz eine Untersuchung JUGEND IN GÖRLITZ 1992 an (vgl. Chitralla / Starke 1992), die im März 1992 unter 839 Schülern, Lehrlingen und Studenten der Stadt Görlitz durchgeführt wurde. Neben den oben genannten Problemen und spezifischen Fragen zur Situation Jugendlicher in Görlitz (als Grenzstadt zu Polen am Rande Deutschlands) interessierte uns hier - über die Leipziger Studie hinausgehend -, was für ostdeutsche Jugendliche in der gegenwärtigen Zeit die wichtigsten Lebens- und Verhaltensregeln zur Bewältigung ihres drastisch veränderten sozialen Alltags bzw. Umfeldes sind.

Drittens schließlich erfolgte im Juni/Juli 1992 mit der gleichen Zielstellung eine Untersuchung der Jugendlichen im Umfeld von Leipzig (Borna, Geithain, Bad Lausick, Frohburg, Kohren-Sahlis sowie mehreren kleinen Ortschaften wie Kitscher, Regis, Neukieritsch, Böhlen, Espenhain im Südraum Leipzigs und im Borna-Böhlener Braunkohlengebiet). An dieser Erhebung JUGEND IN BORNA / GEITHAIN 1992

nahmen 1 726 Schüler, Lehrlinge, junge Berufstätige und Arbeitslose teil. Die Auswertung ist noch nicht abgeschlossen.

Alle drei Erhebungen wurden als schriftliche anonyme Befragungen im Gruppenverband durchgeführt. Die Mehrzahl der Indikatoren der standardisierten Fragebögen war identisch, so daß eine hohe Vergleichbarkeit des Materials gegeben ist.

#### **Literatur:**

Bürgerumfrage 1991. Stadt Leipzig. Amt für Statistik und Wahlen. Leipzig 1991

Chitralla, B., Starke, U.: Jugend in Görlitz 1992. Erster Bericht. Universität Leipzig und Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung e.V., Leipzig 1992

Förster, P., Friedrich, W., Müller, H., Schubarth, W.: Jugend Ost. Zwischen Hoffnung und Gewalt. Leske und Budrich. Opladen 1993

Starke, K.: Lebensbedingungen und Lebenswerte ostdeutscher Jugendlicher im Umbruch. In: Schäfers, B. (Hrsgb.): Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf 1992. Campus Frankfurt am Main 1993

Starke, U. u. a.: Jugend in Leipzig 1991. Zur Situation Jugendlicher in einer ostdeutschen Großstadt. Trafo-Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 1994

Starke, U., Roski, G., Winkler, K.: Jugend in Leipzig vor und nach der Wende. Trafo-Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 1994

Starke, U., Starke, K.: Bürgerbefragung Sachsen 1993. Hauptbericht. Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung e. V. Leipzig 1994

Statistisches Jahrbuch 1991. Stadt Leipzig. Amt für Statistik und Wahlen. Leipzig 1991

**Helene Kleine**

## **Der sanfte Strukturwandel - zur Übertragbarkeit der IBA-Emscher-Park-Idee**

Das Ruhrgebiet ist die Region am westlichen Rand der Bundesrepublik. Ein Raum, der im Westen durch Duisburg am Niederrhein und Dortmund/Kamen in Westfalen begrenzt ist. Im Süden schließt sich das Sauerland, im Norden das Münsterland an.

Die „Emscher-Zone“, das ca. 800 qkm große Gebiet, auf die sich die Arbeit der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (IBA) bezieht, ist das nördliche Teilgebiet des „Reviers“. Dieser Raum ist nach wie vor durch Kohle-, Stahl- und Chemieindustrie massiv monostrukturell geprägt.

Im südlichen Bereich entlang der Ruhr hingegen hat sich der Abschied von Kohle und Stahl schon in den 60er - 70er Jahren vollzogen. Besonders durch Brain-Investment, d.h. die Ansiedlung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen hat hier der strukturelle Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft schon Früchte getragen. Anders in der Emscher-Zone.

Hier ist der Bergbau, allerdings mit massiv fallender Tendenz, immer noch einer der Hauptarbeitgeber.

Die Landschaft ist bis in die Siedlungsstruktur hinein durch die Schwerindustrie geprägt. Charakteristisch ist die Zersiedelung und die Zerschneidung durch Verkehrsinfrastruktur: Eisenbahn, Zechenbahn, Rhein-Herne-Kanal, das Gewirr der Autobahnen und Schnellwege. Auf den brachgefallenen, großen Industriearealen finden sich häufig Reste der alten, architektonisch und historisch bedeutsamen, Gebäuden und Anlagen. Die Brachflächen sind in der Regel kontaminiert und daher nur mit großem Aufwand für neue Nutzungen zu entwickeln. Auffallend ist der große Bestand an Zechen- und Werkswohnungen von guter Gestaltqualität, von denen viele jedoch sanierungsbedürftig sind. Vor allem prägt die Emscher und ihre Zuflüsse die „Zone“: Als offene, eingedeichte und abgezaunte Abwasserkanäle mit 80 % Schmutz- und 20 % Reinwasser stellen sie eine große Belastung für Umwelt und Landschaft dar.

## **Soziale Struktur in der Emscherregion:**

In der Emscher Region leben in 17 Städten und Gemeinden ca. 13 Mio Menschen. Der Arbeitslosensatz ist im Vergleich zur (West)BRD trotz relativ geringer Erwerbsquote überproportional hoch (13 %). Die Frauenerwerbsquote ist noch niedriger und die Arbeitslosigkeit der Frauen noch höher als im West-BRD-Durchschnitt. Das allgemeine Qualifikationsniveau ist gering. Mittelstand und Mittelschicht - häufig Träger von „Innovation“, sind vergleichsweise gering ausgebildet. Das „Milieu“ ist relativ traditionell, d.h. z.B., das Frauen hier noch eher auf Ehe und Familie als auf eigene Ausbildung und finanzielle Absicherung setzen und dann beim Scheitern der Ehe um so stärker betroffen sind. D.h. z.B., daß es eine vergleichsweise gering ausgebaute soziale Infrastruktur, wie Kindertageseinrichtungen und Sozialstationen, gibt. Aber natürlich brechen auch hier die familiären Strukturen ab und an zusammen und dann ist das Fehlen der „Ersatznetze“ umso schmerzlicher.

Darüber hinaus ist das Revier organisatorisch durch Großinstitutionen, deren Wirkungsbereich die kommunalen Grenzen überschreiten, charakterisiert: die Ruhrkohle, der Verbund aller Bergwerke und Bergwerksflächen und ihre großen Töchter, die Grundstücks- und Grundstücksentwicklungsgesellschaften, die Wohnungsbaugesellschaften, die Emschergenossenschaft, der Kommunalverband Ruhrgebiet, die großen Gewerkschaften und Parteien. Zuständig für diesen Raum sind 3 Bezirksregierungen. Politisch sind Kommunen und Land seit den 50er Jahren SPD-regiert.

## **Krise und struktureller Wandel**

Das Revier als Montanstandort und damit Herz der industriellen Entwicklung ist seit den Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik mit Beginn der 60er Jahre in die Krise geraten,- oder befindet sich, positiv ausgedrückt, im strukturellen Wandel. D.h. auch, daß es neben den Sozialplänen für die Bergleute (Umschulung, Frühverrentung) immer öffentliche Programme, überproportionale finanzielle Hilfen für diesen Teil der Republik gegeben hat, so zuletzt Anfang der 90er den „Handlungsrahmen Kohlegebiete“. Dadurch wurden größere politische und soziale Verwerfungen verhindert. Gleichwohl drohte dieser Region, gerade vor dem Hintergrund der allgemeinen Rezession, zum „Hinterhof“ der westl. BRD mit Billigarbeitsplätzen, Deponien etc. zu werden. Gerade die langfristigen Umweltschäden, wie die devastierte Landschaft, die kontaminierten Böden, erwiesen sich, trotz „blauem Himmel über der Ruhr“, als „Bremsklötze“ für eine nachhaltig positive Entwicklung.

## **Internationale Bauausstellung Emscher Park**

Das Land NW und die 17 Städte des Emscherraumes haben sich vor diesem Hintergrund 1989 entschlossen, mit der Einrichtung einer Internationalen Bauausstellung die finanziellen Ressourcen und Förderungen zu bündeln und die Mittelvergabe mit qualitativen Anforderungen zu verbinden.

Die IBA Emscher Park hat daher als Programm des Landes Nordrhein Westfalen und der 17 Städte der Region den Auftrag, mit modellhaften Projekten im Bereich des Wiederaufbaues der Landschaft, der Sanierung der Gewässer, der Entwicklung von Gewerbeparks auf den freigezogenen Industriearealen, dem Erhalt und der neuen Nutzung der baulichen Zeugen der industriellen Vergangenheit und der Siedlungsentwicklung zukunftsweisende, ökologisch und sozial orientierte Impulse zu geben.

### **Wiederaufbau der Landschaft**

Die Kernüberlegung unserer Arbeit ist, daß der Wiederaufbau der Landschaft sowie die Sicherung und qualitative Entwicklung der Freiflächen die ökologische Grundlage für die ökonomische Entwicklung ist. Ziel ist daher, ein durchgehendes „grünes Band“ von West bis Ost zu schaffen, das hohen Freiraum-, Naherholungs- und Alltagsnutzungsqualität hat. Unsere Arbeit setzt dabei bei der Entwicklung von städteübergreifenden „Regionalen Grünzügen“ sowie der schrittweisen Sanierung der Emscher und ihrer Zuflüsse an.

### **Entwicklung von Gewerbe- und Dienstleistungsparks**

Entwicklung und Sicherung des Freiraumes ist auch eines der Leithemen bei der Entwicklung von Gewerbe- und Dienstleistungsstandorten bzw. Technologiezentren auf ehemaligen Industriearealen. Die Hälfte der Fläche wird zur Grün- und Parklandschaft. Die Altlasten werden, wenn eben möglich, in Situ verbracht.

An der Entwicklung der Gewerbe- und Dienstleistungsstandorte lassen sich auch weitere Qualitätskriterien der Bauausstellung skizzieren:

- Bewahrung, Sicherung und behutsame Rekonstruktion der alten Gebäudesubstanz. (Waschkauen, Lohnhallen, Verwaltungsgebäude).
- Ergänzung durch gestalterisch hochwertige neue Architektur, die sich an der Qualität der alten Bauten messen muß.
- Gute städtebauliche Einbindung

- Erschließung und Anbindung über den öffentlichen Personennahverkehr.
- Ergänzung der Gewerbeparks durch soziale Infrastruktur, wie Kita, Nahversorgungseinrichtungen.

Die Erwartung ist, daß durch diese hohen baulichen und gestalterischen Standards auch qualitativ hochwertige Unternehmen/Einrichtungen angezogen werden und die „Arbeiten im Park“-Projekte Keimzellen für die Entwicklung der Stadtteile und die langfristige Ansiedlung höherwertiger Arbeitsplätze werden.

### **Siedlungsentwicklung**

Auch bei der Siedlungsentwicklung spielen diese Kriterien eine Rolle. Hier knüpft die Arbeit an die o.g. Zechen- und Werkssiedlungen an und ist damit auch ein Stück Bewahrung industriegeschichtlicher Zeugnisse.

Die Sanierung erfolgt nach den Kriterien des Denkmalschutzes. Darüber hinaus werden integrierte Freiraumkonzepte entwickelt.

Auch die Ergänzung bzw. Entwicklung von sozialer Infrastruktur, wie Kindertageseinrichtungen gehört zum IBAQualitätsstandard.

Wichtig ist bei der Siedlungsentwicklung darüber hinaus die Beteiligung der Mieterinnen und Mieter beim Planungs- bzw. Sanierungsablauf. Durch die Errichtung von Gemeinschaftswohnungen, die soziale Kontakte und unterstützende Nachbarschaft ermöglichen, erhält die Beteiligung und Mitwirkung einen dauerhaften baulichen Rahmen. Beteiligung und Mitwirkung führt nicht nur zu höherer Alltagstauglichkeit und Gebrauchsqualität der Wohnungen, Häuser und Siedlungen, sondern führt auch zu größerer Akzeptanz und Identifikation, die sich schließlich - als geringere Mieterfluktuation - auch für die Wohnungsbaugesellschaften auszahlt.

Noch zwei Querschnittsaspekte will ich nennen:

1. Ein Teil der Landschaftsgestaltungs- und Bauaufgaben ist mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen verbunden. D.h. wir entwickeln Projekte für Arbeitslose bzw. Langzeitarbeitslose im Rahmen der Großprojekte, in denen diese nicht nur beschäftigt sondern auch qualifiziert und auf den Wiedereinstieg in den 1. Arbeitsmarkt vorbereitet werden.

2. Wir betreiben den Erhalt der „baulichen Zeugen“ nicht lediglich nach denkmalpflegerischen und baulichen Gesichtspunkten, sondern verbinden damit den Anspruch, sich auch mit der vergangenen industriellen Arbeitswelt und der sozialen Geschichte auseinanderzusetzen. So haben wir ein „Forum Geschichtskultur“ gegründet, in dem Laien- und Profihistoriker zusammen arbeiten.

Soviel zu den Themen und Projekten. Ich will abschließend die Organisationsform und Arbeitsweise der Bauausstellung skizzieren.

Die IBA ist eine GmbH, Gesellschafterin ist das Land Nordrhein Westfalen, zuständig das Städtebauministerium. Wir arbeiten in zeitlich begrenztem Rahmen, von 1989 bis 1999, werden daher wohl nicht die üblichen Institutionalisierungerscheinungen aufzeigen. Wir, das ist ein interdisziplinäres Team von ca. 30 Personen aus Städtebau, Landschaftsplanung, Ökonomie und Soziologie, die in den genannten Fachbereichen bzw. in der Öffentlichkeitsarbeit arbeiten.

Entscheidungsgremium der IBA ist der sog. Lenkungsausschuß, in dem die Landesressorts, die 17 Städte, der KVR, die RAG, die Gewerkschaften, die Wohnungsbau-gesellschaften vertreten sind.

Wir haben zu Beginn unserer Arbeit einen „Projektaufruf“ durchgeführt, an dem sich alle, von der Privatperson bis zur Kommune, mit Projektvorschlägen aus den o.g. Bereichen beteiligen konnten. Etwa 400 Vorschläge gingen ein, die von der Bauausstellung geprüft und dem Lenkungsausschuß zur Diskussion vorgelegt wurden.

Dieser hat dann entschieden, welche Projekte in die „1. Priorität“ kommen, d.h. welche in Kooperation mit den Projektträgern von uns mit Vorrang weiterentwickelt werden. 1. Priorität heißt darüber hinaus vor allem, daß sie bei der Finanzierung durch die Mittel von Land, Bund und Gemeinden in die 1. Priorität gelangen.

Dieser Einstiegsphase folgte die Phase der Projektentwicklung. Es wurden Wettbewerbe oder andere „Planungen in Alternativen“ durchgeführt. In kontinuierlichen Arbeitskreisen werden die Projekte weiter qualifiziert und konkretisiert. Die IBA ist nicht selbst Projektträgerin. Leitlinien der IBA-Arbeit: Wir unterstützen, qualifizieren, moderieren und beschleunigen lediglich das, was von den Projektträgern selbst kommt. Dies geschieht durch kontinuierliche Beratung, durch die Organisation von Expertengesprächen, Workshops, Seminaren etc..

Die Bauausstellung ist auch nicht Finanzier des Projekts. Diese finanzieren sich aus den herkömmlichen öffentlichen wie privaten Mitteln. Hat ein Projekt das „IBA-Qualitätssiegel, so rückt es auch bei den Fächerungen der öffentlichen Hand an die 1. Stelle. Damit hat die IBA lediglich „indirekte Macht“ - was umso höhere Anforderungen an die inhaltliche Überzeugungskraft der IBA-Kriterien stellt.

Bei der Arbeit der Bauausstellung geht es um die Stärkung der „endogenen Potentiale“ und nicht darum, Ideen und Vorstellungen von außen „aufzuoktroyieren“. Es gilt, die Handlungsansätze aus der Region selbst aufzugreifen, durch Expertenwissen von außen zu verstärken, zu verbessern, zu vernetzen.

Durch die Bündelung der Kräfte auf konkrete, sichtbare Projekte werden verfestigte und hierarchisierte Verwaltungsstrukturen „aufgebrochen“ und neue Energien und Kreativität freigesetzt.

Die Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer führt zu höherer Alltagstauglichkeit und Gebrauchsqualität, sie erhöht die Akzeptanz und führt zur Bildung neuer sozialer Strukturen.

Die Arbeit ist interdisziplinär, integrativ, projekt- und prozessorientiert angelegt.

IBA-Strukturen „greifen“ da, wo sie auf ein Gegenüber treffen, das innovationsbereit und „neugierig“ ist und in der Lage, alte Strukturen, Denk- und Handlungsmuster schrittweise zu verlassen.

**Rudolf Krönert**

**unter wissenschaftlich-technischer Mitarbeit von Katrin Heinrich**

**EXPO 2000 - Visionen einer künftigen Entwicklung  
des sachsen-anhaltinischen Industriereviere**

Im Jahre 2000 soll in Hannover die Weltausstellung EXPO-2000 zum Thema Mensch-Natur-Technik stattfinden. Im Auftrag des Ministeriums für Raumordnung und Städtebau des Landes Sachsen-Anhalt wurde ein Grobkonzept für die Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt an der EXPO-2000 von einer Projektgruppe unter Leitung von Prof. Dr. H. Kunze, ABRAXAS-Büro für kreative Leistungen Berlin/Magdeburg, ausgearbeitet. Die Arbeit wurde von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert. Die Autoren des Beitrages haben das Umweltforschungszentrum in der Projektgruppe vertreten. Die ursprüngliche Aufgabe der Projektgruppe bestand darin, die von verschiedenen Projektträgern (Räte von Kreisen, Städte und Gemeinden, wissenschaftliche Einrichtungen u. a.) eingebrachten Vorschläge zur Darstellung auf der EXPO-2000 nach ihrer Repräsentativität und Paßfähigkeit zu beurteilen. Entsprechend der Vororientierung des Ministeriums für Raumordnung und Städtebau gruppierten sich die Projektvorschläge nach den "Makrostandorten" Bitterfeld (einschließlich Dessau und Wittenberg), Nachterstädt, Geiseltal, Tagebaubereich Profen und Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle. Die eingebrachten rund 40 Einzelprojekte wurden der Projektgruppe auf Exkursionen und in Vortragsveranstaltungen vor Ort vorgestellt und diskutiert. Außerdem wurde zu einem Verkehrs- und zu einem Tourismusgutachten Stellung genommen. Erklärend muß noch hinzugefügt werden, daß die Objekte in Sachsen-Anhalt an Ort und Stelle vorgestellt werden sollen und nicht in Hannover auf Videos, Postern, Vorträgen usw. Die Projektgruppe war von Oktober 1993 bis April 1994 tätig. Es stellte sich sehr rasch heraus, daß sie sich zunächst über die Beurteilungskriterien verständigen mußte. Es wurde auch sehr bald klar, daß keines der Einzelprojekte erlaubt, die Wechselwirkungen von Mensch, Natur und Technik, wie sie zu Beginn des kommenden Jahrtausends in einer ehemals extrem umweltbelasteten Region angestrebt werden sollten, hinreichend darzustellen. Es wurde in weitgehender Übereinstimmung mit Repräsentanten der Projekte festgestellt, daß immer nur Gruppen von Projekten die grundlegenden Veränderungen im südlichen Sachsen-Anhalt darstellen lassen.

Schwierig gestaltete sich die Suche nach einer Leitidee, die Projekte verbinden läßt. Sie wurde schließlich in der "regionalen Nachhaltigkeit" gefunden, wobei sich in regional nachhaltiger Entwicklung natürlich, wirtschaftlich und sozial nachhaltige Entwicklungen in einer Region verbinden müssen. Am besten ließe sich die regional nachhaltige Entwicklung für den Raum Bitterfeld-Dessau-Wittenberg mit Einschluß der Dessau-Wörlitzer-Kulturlandschaft, des Biosphärenreservates Mittlere Elbe und des künftigen Naturparkes Dübener Heide zeigen. Am Bauhaus Dessau wurde für diese Region mit Blick auf die Zukunft der Begriff "Industrielles Gartenreich Bitterfeld-Dessau-Wittenberg" geprägt. Als Begründung werden dafür in der Konzeption genannt:

1. die symbolische Wirkung der Region als Ausgangspunkt industrieller Entwicklung ... mit den Folgen der devastierten Landschaften und Umweltbelastungen ...
2. In Anknüpfung an die innovativen Traditionen in der Region, verbunden mit Namen wie Martin Luther, Fürst Leopold Franz von Anhalt-Dessau, Walter Rathenau, Walter Gropius, Hugo Junkers zeichnet sich heute wieder der Anfang einer neuen Entwicklung ab, die weitreichende Bedeutung auch für den Umbau altindustriell geprägter Regionen hat.
3. die Widersprüchlichkeit der Region, die einerseits durch das Gartenreich Dessau-Wörlitz ... und die heute geschützten weiträumigen Auen- und Heidelandschaften und die andererseits durch Braunkohlentagebaue, Großkraftwerke, Industrieanlagen und bandförmige Infrastrukturen geprägt ist....
4. Die Dynamik der Entwicklung wird gestützt und befördert durch eine Vielzahl unterschiedlicher Akteursgruppen und Initiativen, die zugleich auch die qualifizierte Umsetzung der Einzelprojekte gewährleisten. Dies zeigt sich bereits heute an der hohen Investitionsdichte am Standort Bitterfeld.

Die ganzheitliche Entwicklung von Bergbaulandschaften soll an weiteren Standortkomplexen vorgestellt werden, wobei der Raum Nachterstädt, das Geiseltalrevier und der Raum Profen jeweils Spezifika aufweisen. Am Beispiel des Tagebaues Profen können aktiver Bergbau, Rekultivierung und die Verlagerung der Gemeinde Großgrimma nach Hohenmölsen sowie die Bewahrung von Sachzeugen der Bergbau- und Industriegeschichte im Komplex vorgestellt werden.

In den Beratungen der Gruppe wurde immer wieder deutlich gemacht, daß eine intensive wissenschaftliche Begleitung der weiteren Projektvorbereitung erforderlich ist. Kombiniert werden muß dies mit jährlichen Symposien zu einzelnen Themenkomplexen. Das Umweltforschungszentrum hat sich bereiterklärt, eine internationale wissenschaftliche Konferenz zur Thematik der EXPO-2000 vorzubereiten und seine Forschungsergebnisse in einer begleitenden Ausstellung zu präsentieren (s. u.).

In zwei Übersichten werden die Projekte stichwortartig genannt. In Übersicht 1 wird ausgewiesen, welche wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Merkmale einer nachhaltigen regionalen Entwicklung in den Einzelprojekten vorgestellt werden können. Diese Übersicht bildete die Grundlage für die Beurteilung der inhaltlichen Paßfähigkeit der Einzelprojekte in Übersicht 2 entsprechend des Leitmotives "regionale Nachhaltigkeit". Die Projekte werden nicht für die Weltausstellung erfunden und gestaltet. Deshalb wird ihre Bedeutung für die Region gesondert beurteilt. Alle Projekte sollen einen hohen innovativen Gehalt aufweisen und der Lösungsansatz soll auf andere Regionen übertragbar sein, das wird mit dem Stichwort Modellcharakter ausgewiesen. Ausgesagt wird, ob die Trägerschaft gesichert ist, ob das Konzept langfristig angelegt ist und wie die Vorzeigbarkeit und Vermarktungschancen eingeschätzt werden. Angegeben wird schließlich, ob die Finanzierung der Projekte bereits als gesichert gelten kann.

Die Projektgruppe ist zu dem Entschluß gekommen, keines der Projekte zur Streichung vorzuschlagen, auch wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht alle Projekte finanzierbar sind. So ist es unwahrscheinlich, daß die Museumsprojekte alle bezahlbar sind. Ihre Realisierung hängt aber mindestens genauso von der Initiative von Einzelpersonen und Interessengruppen ab, deren Engagement wir nicht bremsen wollten, weil Industrie- und Bergbaugeschichte Teil unserer Kulturgeschichte sind. Nachfolgende Generationen würden es uns nicht verzeihen, wenn die altindustriellen Sachzeugen aus den Industrielandschaften gänzlich verschwinden würden. Aus unserer Sicht ist es auch fraglich, ob sich die Konzeptionen der Regionalbahnen, in denen Elemente des öffentlichen Bahnnetzes mit Elementen von Bergbaubahnen verbunden und für den Personen- und Güterverkehr genutzt werden sollen, umsetzen lassen. Die Gruppe hat sich zur Förderung des Gedankens umweltschonender Verkehrssysteme für diese Regionalbahnen ausgesprochen. Die Übersichten stellen

natürlich auch einen Kompromiß unterschiedlicher Auffassungen dar. Das Umweltbildungszentrum und das Freizeitzentrum im Nachterstädter Revier z. B. haben unseres Erachtens nur dann Aussicht zur EXPO-2000 vorgestellt zu werden, wenn sie voll ausgebaut sind und Bedeutung mindestens für das Land Sachsen-Anhalt erlangen. Die dezentrale Lage und die Entfernung zu den Ballungskernen sprechen gegen diese Standorte.

Außer den zusammenfassenden Übersichten gibt es für jedes Einzelprojekt eine wertende Kurzübersicht. Als Anlage werden diese für die vom Umweltforschungszentrum eingebrachten Projekt 24: Dübener Heide - Naturpark für eine Industrieregion und Projekt 40: Konferenz am UFZ Leipzig-Halle - Die Mitteldeutsche Industrieregion auf dem Weg ins 3. Jahrtausend, beigelegt.

Die Durchsicht der Einzelprojekte und deren Vorstellung vor Ort hat gezeigt, daß in der Region Dessau - Bitterfeld - Wittenberg und an den Komplementärstandorten im Jahre 2000 repräsentative Beispiele der Altlastsanierung, der Rekultivierung von Tagebauen, der Abwasser- und Abfallbeseitigung, der industriell-gewerblichen Neunutzung von Industriebrachen, der Rekonstruktion von Werkssiedlungen, der Ortsgestaltung und Ortsverlagerung, der Schaffung von Erholungsgebieten und von Biotopen, der Erhaltung von technischen Denkmälern und der Einrichtung von Museen, der umweltschonenden Verkehrserschließung und anderes vorgestellt werden können. Die eingeleiteten und geplanten Maßnahmen erfolgen auf hohem und höchstem wissenschaftlich-technischem Niveau und mit großem Engagement der Beteiligten und Betroffenen. Die eingeleiteten und beabsichtigten Sanierungs-, Gestaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen werden in der Summe zu neuartigen Landschaften sowie Wirtschafts- und Lebensräumen der Bevölkerung in der bis 1989 extrem umweltbelasteten mitteldeutschen Industrieregion führen. Daran besteht kein Zweifel. Es können überzeugende Beispiele vorgestellt werden, die in Ihrer Gesamtheit zu einer nachhaltigen Landschafts- und Regionalentwicklung beitragen.

Es gibt jedoch noch offene Probleme und z. T. unterschiedliche Standpunkte zu den vorgesehenen Maßnahmen an den Einzelstandorten und dazu, wie die Region Dessau-Bitterfeld-Wittenberg als Ganzes präsentiert werden soll. Vor allem ist die Frage zu beantworten, inwieweit die Erneuerung der mitteldeutschen Industrieregion

den Kriterien der regionalen Nachhaltigkeit, soweit diese bisher überhaupt bestimmt bzw. allgemein anerkannt sind, folgt. Rechnet man den Kriterien der Nachhaltigkeit eine schonende Naturressourcennutzung, die Mehrfachnutzung von Landschaften und die soziale Sicherheit in Wirtschafts- und Lebensräumen zu, so muß geprüft werden,

1. ob in der Region eine ressourcenschonende Naturnutzung erfolgt und ob die Regeneration von erneuerbaren Naturressourcen gewährleistet wird,
2. ob die Mehrfachfunktion der Landschaft (Regulations- und Regenerationsfunktion, Produktionsfunktion, Standortfunktion, Informationsfunktion, die in sich vielfach gegliedert sind,) mit den eingeleiteten Maßnahmen angestrebt wird und langfristig gewährleistet werden kann,
3. ob in den sich verändernden Wirtschafts- und Lebensräumen die Arbeits- und Lebensbedingungen auf einem hohen, der Staatsnorm und der Würde des Menschen entsprechenden Niveau gesichert werden können, was vor allem eine schöpferische Tätigkeit in allen Lebensaltern und ein Leben in einer vielfältigen und sauberen Umwelt einschließt.

Um diese Grundfrage zu beantworten, bedarf es der Erarbeitung eines Leitbildes für die Region Dessau - Bitterfeld - Wittenberg, einschließlich der Dübener Heide sowie für die Komplementärstandorte, das den Kriterien der Nachhaltigkeit gerecht wird. Zur Vorbereitung eines solchen Leitbildes ist ein mehrjähriges interdisziplinäres Forschungsprojekt erforderlich, das auf dem bereits ausgearbeiteten Landschaftsprogramm und dem Landesentwicklungsprogramm sowie deren Untersetzungen in den Regierungsbezirken Halle und Dessau aufbauen kann.

Überschaut man die Gesamtheit der Einzelprojekte, läßt sich bereits erkennen, daß die Naturressourcennutzung jetzt und in Zukunft wesentlich schonender als bis 1989 erfolgt. Das wird insbesondere in der Rücknahme der Braunkohlenförderung in Mitteldeutschland (einschließlich sächsischer Anteil) von über 100 Mio t auf etwa 25 Mio t jährlich in der Zukunft, in einem verbesserten Luftzustand, in Maßnahmen der Abfallbeseitigung, des Gewässerschutzes sowie in zahlreichen Naturschutzobjekten deutlich.

Es verbleiben allerdings Konflikte, die mit der weiteren Präzisierung der Projekte minimiert oder beseitigt werden müssen. Einige seien genannt:

1. zu hoher Landschaftsverbrauch durch Bebauung (Gewerbegebiete, Industriegebiete) und damit zunehmende Versiegelung von offener Landschaft
2. Verbleib von Altlasten und Müll in Bergbauholformen mit der Gefahr der Gewässerkontamination bei Überstauung durch Grundwasseranstieg und Flutung
3. nicht voll kontrollierbare Hangentwicklung an Bergbauhalden und in Bergbauholformen sowie Monotonie der Hanggestaltung bei Rekultivierung

Die Mehrfachfunktion der Landschaft kann sehr gut in der Dessau-Wörlitzer Kulturlandschaft und in der Dübener Heide vorgestellt werden. Bis zum Jahre 2000 wird die Darstellung der Mehrfachfunktion auch anhand der Projekte in den Bergbaulandschaften möglich sein.

Die Folgewirkungen des Bergbaus und die künftigen Funktionen der Bergbaulandschaften werden allerdings noch nicht in ihrer ganzen Komplexität erfaßt:

1. Die Schwerpunkte künftiger Nutzung sind noch zu einseitig auf die Erholungsfunktion und die Naturschutzfunktion gerichtet.
2. Die künftigen land- und forstwirtschaftlichen Produktionsfunktion in den vom Bergbau geprägten Landschaften werden zu wenig beachtet.
3. Die Flutung wird für die einzelnen ehemaligen Tagebaue isoliert behandelt. Die Wasserqualität bei Flutung kann nicht genau angegeben werden. Aussagen zur gebietlichen Wasserbilanz fehlen, die Rangfolge der Flutung ist noch unklar.
4. Die geländeklimatischen Folgewirkungen der Flutung sind unzureichend untersucht.
5. Kenntnisdefizit besteht über Spontan-Sukzessionen in der Bergbaufolgelandschaft.

Aus diesen Sachverhalten ergeben sich auch Schlußfolgerungen für die Forschung. Sie ist dringend erforderlich zur Stellung der Landwirtschaft, zum Gebietswasserhaushalt und zu den Sukzessionen in den Bergbaulandschaften.

Größere Lücken bestehen noch zur Charakteristik und Darstellung des Wirtschafts- und Lebensraumes, obwohl auch hierzu bereits gute Beispiele in den Projekten enthalten sind wie z. B. Chemiepark Bitterfeld, Rekonstruktion von Werkssiedlungen, Ortsumgestaltung und Ortsverlagerung, Regionalbahnen, technische Museen und kulturhistorische Museen. Für die Region Dessau - Bitterfeld - Wittenberg sollte angestrebt werden, den Wandel in der Wirtschafts-, Sozial- und Siedlungsstruktur als

Ganzes zur EXPO 2000 vorzustellen. Das bedarf ergänzender Studien zur regionalen Wirtschaftsstruktur mit Aussagen insbesondere zu den innovativen Zweigen und zur Wissenschaftsentwicklung, zur Art und Höhe des Energieverbrauches, zur Einwohnerentwicklung und zur Berufs- und Bildungsstruktur, zur Arbeitslosigkeit, zur Akzeptanz der Veränderungen in der Landschafts- und Regionalstruktur, zur ökologiegerechten städtebaulichen Erneuerung insgesamt, zu den Verflechtungsbeziehungen zwischen den Siedlungen und zum umweltgerechten Verkehrssystem. Erst die Kenntnis der Gesamtentwicklung der Region läßt die Bedeutung der vorzustellenden Einzelobjekte voll erkennen.

Aus geographischer Sicht ist die Beschränkung der Ausstellungsobjekte auf Teilräume des Ballungsgebietes Leipzig-Halle, die in Sachsen-Anhalt liegen, bedauerlich. Die Gesamtentwicklung des Ballungsgebietes Leipzig-Halle wird bis zum Jahre 2000 wesentlich von den Entwicklungsprozessen in den Ballungskernen Stadtregion Leipzig und nachgeordnet Stadtregion Halle bestimmt werden. Wahrscheinlich werden die alten Bergbau- und Industriegebiete Bitterfeld-Wolfen und Leuna-Merseburg ihre relative Eigenständigkeit nicht wiedererlangen. Es war wegen der unterschiedlichen administrativen Zuordnung nicht möglich, die Projekte auf den Raum Nordwestsachsen auszuweiten. Wir möchten deshalb wenigstens auf der vorgeschlagenen Konferenz der Gesamtentwicklung des Ballungsgebietes Leipzig-Halle einen gebührenden Platz einräumen. Die hier beigefügten Thesen für die Konferenzschwerpunkte, die noch recht allgemein gehalten sind, verdeutlichen unseren Denkansatz:

#### **EXPO-2000 . Thesen zu den Schwerpunkten der wissenschaftlichen Konferenz**

(In die Thesen sind Ideen aus Forschungsansätzen der Sektion Angewandte Landschaftsökologie - Leitung Dr. Grossmann - eingeflossen)

#### Neue Umwelt - Chance des 21. Jahrhunderts

1. Wirtschaftlich leistungsfähige und sozial sichere Regionen werden im 21. Jahrhundert nur in ökologisch nachhaltigen Landschaften Bestand haben.
2. Ökologisch nachhaltige Landschaften besitzen eine große Diversität (Vielfalt) und die Fähigkeit, mehrere Funktionsklassen (Regulationsfunktionen, Standort-

- funktionen, Produktionsfunktionen, Informationsfunktionen) gleichzeitig zu erfüllen.
3. Die neue Umwelt (ökologisch nachhaltige Landschaften) muß bewußt so gestaltet werden, daß Umweltschäden nicht nur saniert und neue Schäden vermieden werden, sondern so, daß sich der Landschaftshaushalt soweit als möglich selbst regeneriert und reguliert.
  4. Dies bedeutet u. a.
    - Einbringung von Schutzpflanzungen in die ausgeräumten Agrarlandschaften
    - Durchgrünung der Stadtregionen
    - Rücknahme der Intensität der landwirtschaftlichen Produktion vor allem in Trinkwasserschutzgebieten
    - weitgehende Verhinderung der Wind- und Wassererosion sowie Beseitigung von Bodenverdichtungen
    - biologische Steuerung der Trophie von Oberflächengewässern
    - Sanierung, Revitalisierung und Renaturierung der Altlast- und Bergbauflächen
    - Herstellung eines geordneten Wasserhaushaltes in den Bergbaugebieten
    - biologische Steuerung des Geländeklimas (nach weiterer technogener Minderung des Eintrags von Luftschadstoffen in die Atmosphäre)
    - Schutz von Habitaten für seltene Tier- und Pflanzenarten

#### Zukunftswachstum der Region Leipzig - Halle im innereuropäischen Wettbewerb

1. Die Region Leipzig - Halle soll zur Agglomeration mit internationaler bzw. großräumiger Ausstrahlung entwickelt werden (Raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen).
2. Die Region Leipzig - Halle wird sich im innereuropäischen Wettbewerb nur behaupten,
  - wenn in ihr eine neue Umwelt gestaltet wird,
  - wenn innovative Wirtschaftszweige Fuß fassen,
  - wenn wissenschaftliche und Bildungseinrichtungen überproportional vorhanden und von internationalem Rang sind
  - wenn Künstler von internationalem Rang tätig sind und ein breit gefächertes kulturelles Angebot vorhanden ist,

- wenn die städtebauliche Struktur und Gestaltung unverwechselbar eigene Züge trägt und die Architekturdenkmale und technischen Denkmale geschützt werden,
- wenn Handels-, Dienstleistungs- und Gesundheitseinrichtungen von überregionaler Bedeutung ihren Sitz in der Region haben,
- wenn die Region ein Verkehrsknoten von europäischer Bedeutung ist.

### Von Bergbau- und Industrielandschaften zu ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Kulturlandschaften

1. Bergbau, Kohleveredlungswirtschaft, chemische Großindustrie und Großkraftwerke haben in einem Zeitraum von über 100 Jahren zu einer starken Umweltbelastung und z. T. zu einer Zerstörung historischer Kulturlandschaften geführt.
2. Die Sanierung von Industriebetrieben bzw. von Industriebrachen ermöglicht den Aufbau einer neuen Wirtschaftsstruktur u. a. durch die Bereitstellung von Flächen für Neuansiedlungen.
3. Die Schaffung von Nachfolgeindustrien bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen in anderen Wirtschaftsbereichen ist aus sozialer Sicht für die lokale Bevölkerung lebensnotwendig.
4. Eine stärkere Anbindung der alten Industrieknoten an die Kernstädte der Region ist erforderlich und muß beschleunigt werden.
5. Die Rekultivierung von Abbauflächen stellt nicht nur eine beträchtliche Anzahl von Arbeitsplätzen bereit, sie ermöglicht auch die Herstellung von neuartigen Landschaften mit einer engräumigen Kombination von Flächen für die Land- und Forstwirtschaft, die Erholung sowie für den Naturschutz.
6. Die Revitalisierung der Bergbaugebiete schafft für die Ballungskerne Ergänzungsräume und wertet mittelfristig die Region Leipzig-Halle gegenüber anderen Agglomerationen auf und wird zum Stimulus für zukunftsorientierte Entwicklung der Gesamtregion.
7. Die Setzung von Abraummassen und der Wiederanstieg des Grundwassers wird in der Bergbauregion zu gegenwärtig noch schwer kalkulierbaren Folgewirkungen führen. Zahlreiche Hänge von Bergbauhalden und von Tagebauhohlformen sind erosions- und rutschungsgefährdet. Ihrer Stabilisierung und der Gefahrenabwehr für Menschen und Siedlungen kommt große Bedeutung zu.

8. Die für die Land- und Forstwirtschaft rekultivierten Flächen unterliegen einer jahrzehntelangen Veränderung und bedürfen der laufenden Kontrolle und evtl. weiterer Meliorationsmaßnahmen, um eine langfristig nachhaltige Bodennutzung zu gewährleisten.
9. Die Herstellung eines geordneten Wasserhaushaltes schließt die Flutung von Tagebauhohlformen ein. Dadurch werden wertvolle Wasserflächen für den Naturschutz und die Erholung entstehen.

## **Literatur**

Projektgruppe "Umwelt-EXPO in Sachsen-Anhalt". Mensch-Natur-Technik: Die Mitteldeutsche Industrieregion auf dem Weg in das 3. Jahrtausend. Grobkonzept für die Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt an der EXPO 2000, Magdeburg im März 1994 (gefördert durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt)

Projekte der Umwelt-EXPO am regionalen Schwerpunkt Bitterfeld-Dessau-Wittenberg											
		W 1	W 2	W 3	O 1	O 2	O 3	S 1	S 2	S 3	S 4
1.	Alllastensanierungsprojekte Bitterfeld/Wolfen	•		•	•	•	•				
2.	Chemiepark Bitterfeld/Wolfen	•		•		•	•				
3.	Kraftwerk-Süd/Torbogenstraße	•	•			•	•		•	•	
4.	Gewerbe- und Industriepark Wolfen/Thalheim	•				•	•				
5.	Filmmuseum Wolfen		•				•		•	•	
6.	Wohnkolonie Wolfen							•	•	•	
7.	Wohnumfeld Wolfen-Nord						•		•	•	
8.	Wohnpark Zscherndorf	•						•		•	•
9.	Kulturpalast Bitterfeld		•						•	•	•
10.	Regionalbahn Bitterfeld/Wolfen			•	•		•			•	
11.	Integriertes Abfallwirtschaftskonzept RB Dessau	•		•		•					
12.	Wärmeversorgung in der Stadt Dessau				•	•	•			•	
13.	Bauhaus Dessau					•				•	
14.	Technikmuseum Dessau	•					•		•	•	
15.	Wallwitzhafen in Dessau	•		•	•		•		•	•	•
16.	Modellort Vockerode	•	•		•		•	•	•	•	•
17.	Modellort Zschornowitz		•		•		•	•	•	•	•
18.	Regionalbahn im Industriellen Gartenreich			•	•		•			•	
19.	Biosphärenreservat Mittlere Elbe		•		•					•	
20.	Mulduferpromenade Dessau				•					•	•
21.	Muldestausee UNIZ				•	•	•			•	
22.	Ferropolis in Golpa-Nord				•		•		•	•	•
23.	Tagebau Goitsche		•		•	•	•			•	•
24.	Dübener Heide		•		•					•	
25.	Cranach-Höfe in Wittenberg		•							•	•
26.	Alter Elbhafen in Wittenberg	•	•	•	•		•	•	•	•	•
27.	Abwasserentsorgungskonzept Wittenberg			•	•	•					
28.	Werkssiedlung Piesteritz							•	•	•	
<b>Projekte der Umwelt-EXPO an den Korrespondenzstandorten</b>											
29.	Umweltbildungszentrum Neu-Königsau		•		•		•				
30.	Freizeitzentrum Nachterstedt-Frose	•			•	•	•			•	
31.	Geiseltalsee	•			•	•	•			•	
32.	Tagebaurestloch Großkayna				•	•	•			•	
33.	Freizeitfeld Südfeldsee	•			•		•			•	
34.	Tagebau Profen						•				
35.	Renaturierung Absetzkippe Profen		•		•		•			•	
36.	Teiltrückverlegung des Elsterfloßgrabens				•		•			•	
37.	Umsiedlung Großgrimma							•		•	•
38.	Museumsfeld "Braunkohle und Umwelt" (MUT)								•	•	
39.	Ökohof Seeben	•	•		•		•			•	
40.	Konferenz Umweltforschungszentrum			•	•	•	•			•	•
<b>Leitmotive der regionalen Entwicklung</b>											
W 1:	Umweltverträgliche Arbeitsplätze										
W 2:	Qualifikation/lokale Ökonomien										
W 3:	Wirtschaftsnahe Infrastrukturen										
Ö 1:	Ressourcenregeneration										
Ö 2:	Technischer Umweltschutz										
Ö 3:	Revitalisierung von Tagebau- u. Industriebrachen										
S 1:	Wohnkultur										
S 2:	Industriekultur										
S 3:	Lebensqualität										
S 4:	Stadtentwicklung										

Abb. 1: Die Projekte der Umwelt-EXPO und ihre thematische Einordnung

Projekte der Umwelt-EXPO am regionalen Schwerpunkt Bitterfeld-Dessau-Wittenberg										
				K 1	K 2	K 3	K 4	K 5	K 6	K 7
1.	Altlastensanierungsprojekte Bitterfeld/Wolfen			●	●	●	●	●	●	○
2.	Chemiepark Bitterfeld/Wolfen			●	●	○	●	○	●	○
3.	Kraftwerk-Süd/Torbogenstraße			●	●	●	●	○	○	○
4.	Gewerbe- und Industriepark Wolfen/Thalheim			●	●	○	●	○	○	○
5.	Filmmuseum Wolfen			●	●	●	●	●	●	○
6.	Wohnkolonie Wolfen			●	●	●	●	●	●	○
7.	Wohnumfeld Wolfen-Nord			●	●	●	●	●	●	●
8.	Wohnpark Zscherndorf			●	●	○	●	●	○	○
9.	Kulturpalast Bitterfeld			●	●	○	●	●	●	○
10.	Regionalbahn Bitterfeld/Wolfen			●	●	○	●	○	○	○
11.	Integriertes Abfallwirtschaftskonzept RP Dessau			●	●	●	●	●	○	●
12.	Wärmeversorgung in der Stadt Dessau			●	●	○	●	●	○	●
13.	Bauhaus Dessau			●	●	●	●	●	●	○
14.	Technikmuseum Dessau			●	●	●	●	●	●	○
15.	Wallwitzhafen in Dessau			●	●	●	○	●	○	○
16.	Modellort Vockerode			●	●	○	●	○	○	○
17.	Modellort Zschornowitz			●	●	●	●	○	○	○
18.	Regionalbahn im Industriellen Gartenreich			●	●	●	○	●	●	○
19.	Biosphärenreservat Mittlere Elbe			●	●	○	●	○	●	○
20.	Mulduferpromenade Dessau			●	●	●	●	○	○	○
21.	Muldestausee UNIZ			●	●	●	●	●	●	●
22.	Ferropolis in Golpa-Nord			●	●	●	○	●	●	○
23.	Tagebau Goitzsche			●	●	○	●	○	○	○
24.	Dübener Heide			●	●	●	●	○	●	○
25.	Cranach-Höfe in Wittenberg			●	●	○	●	○	○	○
26.	Alter Elbhafen in Wittenberg			●	●	●	●	●	●	○
27.	Abwasserentsorgungskonzept Wittenberg			●	●	○	●	●	○	●
28.	Werkssiedlung Piesteritz			●	●	●	●	●	●	●
Projekte der Umwelt-EXPO an den Korrespondenzstandorten										
29.	Umweltbildungszentrum Neu-Königsau			●	●	●	●	○	●	○
30.	Freizeitzentrum Nachterstedt-Frose			●	●	○	●	●	●	○
31.	Geiseltalsee			●	●	○	●	○	○	○
32.	Tagebaurestloch Großkayna			●	●	○	●	○	○	○
33.	Freizeitfeld Südfeldsee			●	●	○	●	●	●	●
34.	Tagebau Profen			●	●	○	●	●	●	●
35.	Renaturierung Absetzerkippe Profen			●	●	○	●	●	●	○
36.	Teillückverlegung des Elsterfloßgrabens			●	●	○	●	●	●	●
37.	Umsiedlung Großgrimma			●	●	○	●	●	●	●
38.	Museumfeld "Braunkohle und Umwelt" (MUT)			●	●	○	●	●	●	○
39.	Ökohof Seeben			●	●	●	●	○	●	○
40.	Konferenz Umweltforschungszentrum			●	●	●	●	○	●	○
Kriterien										
K 1:	Inhaltliche Paßfähigkeit									
K 2:	Bedeutung für die Region (ökologisch, wirtschaftlich, kulturell, sozial, sonstig)									
K 3:	Modellcharakter/innovativer Gehalt der Lösung									
K 4:	Trägerschaft									
K 5:	Nutzungskonzept (langfristig)									
K 6:	Vorzeigbarkeit und Vermarktungschancen im Jahre 2000									
K 7:	Finanzbedarf und Finanzierbarkeit									
○	es besteht weiterer Entwicklungsbedarf									
●	Kriterium erfüllt									

Abb. 2 Kriterienerfüllung der Einzelprojekte

# **Projekt Nr. 24: Dübener Heide - Naturpark für eine Industrieregion**

## **1. Inhaltliche Paßfähigkeit**

Entwicklung von Gestaltungszielen für den ballungsraumnahen Naturpark Dübener Heide, Erstellung eines konkreten Managementplanes zur Realisierung der Gestaltungsziele und Darstellen an Demonstrationsobjekten bzw. durch Computersimulation

## **2. Bedeutung für die Region**

### **- ökologisch**

Verbesserung der Luftqualität, des Gebietsklimas, der Wasserspeicherfunktion und damit eine nachhaltige Sicherung des Naturparks als Existenzraum für Menschen, Tiere und Pflanzen

### **- wirtschaftlich**

indirekt, durch Aufzeigen von Möglichkeiten zur Umstellung auf regional ausgerichtete, umweltverträgliche und damit langfristig lebensfähige Erwerbszweige

### **- kulturell**

Bildungsfunktion der Demonstrationsobjekte insbesondere im Hinblick auf die Umwelterziehung und die Heimatverbundenheit

### **- sozial**

Naherholungsgebiet für den Ballungsraum Halle - Leipzig und Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten durch die Entwicklung neuer ökonomischer Strukturen

### **- sonstig**

Umsetzung ökologischer und ökonomischer Leitbilder

## **3. Modelcharakter/innovativer Gehalt der Lösung**

Managementkonzept als Modell für ballungsraumnahe Naturparke

## **4. Trägerschaft**

Umweltforschungszentrum Leipzig - Halle GmbH

## **5. Nutzungskonzept (langfristig)**

Mit dem Managementplan wird die Grundlage für die Sicherung der ökologischen und ökonomischen Nutzungsfunktion des Naturparks für die Zukunft geschaffen.

## **6. Vorzeigbarkeit und Vermarktungschance im Jahre 2000**

Die Umsetzung des Managementplanes wird dokumentiert und an Demonstrationsobjekten veranschaulicht

## **7. Finanzbedarf und Finanzierbarkeit**

Grundfinanzierung für die Anschubforschung durch Projekte des UFZ gegeben, weitere Mittel notwendig für:

Koordinatorstelle: 1 Wissenschaftler 1995-2000 -> ca. 600.000 DM

Management Dübener Heide: 1 Wissen. 1996-2000 -> ca. 500.000 DM

## **Projekt Nr. 40: Konferenz am Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle - "Die Mitteldeutsche Industrieregion auf dem Weg ins 3. Jahrtausend"**

Auf der Konferenz mit internationaler Beteiligung werden Ergebnisse und Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung von Landschafts- Wirtschafts- und Lebensräumen dargestellt, wobei die Region Leipzig-Halle-Bitterfeld-Dessau im Mittelpunkt stehen soll

### **1. Inhaltliche Paßfähigkeit**

In der Region befinden sich leistungsfähige Forschungseinrichtungen der Umwelt- und Regionalforschung. Sie sind in der Lage, einen international beachtenswerten Beitrag zur wissenschaftlichen Grundlegung der nachhaltigen Entwicklung von Landschaften sowie von Wirtschafts- und Lebensräumen zu leisten. Auf dem Kongreß mit begleitender Ausstellung sollen Ergebnisse der Forschung präsentiert und es sollen die im 21. Jahrhundert zu lösenden Aufgaben der Landschafts- und Regionalentwicklung diskutiert werden. Als Standort für den Kongreß ist Halle vorgesehen. Für Teilnehmer die es wünschen, können die Projektstandorte in der Region auf Exkursionen vorgestellt und Ergebnisse der Umgestaltung sowie Entwicklungsprobleme vor Ort erörtert werden.

### **2. Bedeutung für die Region**

Die Vorbereitung eines internationalen Kongresses mit Ausstellung ist geeignet, die Umwelt- und Regionalforschung in und für die Region intensiv zu fördern und zur Profilierung der Mitteldeutschen Industrieregion als Wissenschaftsstandort von internationalem Rang beizutragen.

### **3. Modellcharakter/innovativer Gehalt der Lösung**

Der Modellcharakter ergibt sich aus der Wahl der Themenschwerpunkte, die das Generalthema untersetzen: - neue Umwelt - Chance des 21. Jahrhunderts - Zukunftswachstum der Region Halle-Leipzig im innereuropäischen Wettbewerb - von Bergbau- und Industrielandschaften zu ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Kulturlandschaften

Die begleitende Ausstellung enthält als weiteres Thema: - Sanierung von Umweltschäden, Schutz und Regeneration von Naturpotentialen

### **4. Trägerschaft**

Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH (weitere wissenschaftliche Einrichtungen werden in die Vorbereitung einbezogen, insbesondere auch die Universität Halle)

### **5. Nutzungskonzept (langfristig)**

Der Kongreß ist für 3 Tage, mit Exkursion für 5 Tage vorgesehen. Die begleitende Ausstellung ist während des Gesamtzeitraumes von 150 Tagen geöffnet.

### **6. Vorzeigbarkeit und Vermarktungschance im Jahre 2000**

Diese sind vor allem für die wissenschaftliche Öffentlichkeit gegeben. Die Ausstellung soll zugleich Bildungsaufgaben für eine breite Öffentlichkeit erfüllen

### **7. Finanzbedarf und Finanzierbarkeit**

Die inhaltliche Vorbereitung des Kongresses und der Ausstellung erfolgt weitgehend aus den Forschungsfonds der wissenschaftlichen Einrichtungen. Zusätzlicher Finanzbedarf besteht für:

Projektkoordinator (7 Jahre)	700 TDM
ergänzende Forschungsprojekte	2.000 TDM
Ausstellungsobjekte	500 TDM
Ausstellungsbetreuung	300 TDM
<b>Summe</b>	<b>3.500 TDM</b>

## **Verzeichnis der Autoren**

Bischoff, Ursula, Dipl.-Soziologin  
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH  
Sektion Angewandte Landschaftsökologie

Breuste, Jürgen, Dr. habil.  
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH  
Projektbereich Urbane Landschaften

Grossmann, Wolf Dieter, Dr.  
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH  
Sektion Angewandte Landschaftsökologie

Kabisch, Sigrun, Dr.  
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH  
Sektion Angewandte Landschaftsökologie

Kleine, Helene, Dr.  
Internationale Bauausstellung Emscher Park GmbH  
Bereich Kultur/Soziales

Krönert, Rudolf, Prof. Dr.  
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH  
Sektion Angewandte Landschaftsökologie

Linke, Sabine, Dipl.-Soziologin  
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH  
Sektion Angewandte Landschaftsökologie

Rink, Dieter, Dr.  
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH  
Sektion Angewandte Landschaftsökologie

Röhl, Dietmar, Dr.  
Regierungspräsidium Leipzig  
Abteilung Umwelt- und Raumentwicklung

Schmidt, Catrin, Dipl.-Ing.  
Regionale Planungsstelle beim Staatlichen Umweltfachamt

Schneider-Deters, Winfried  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Büro Leipzig

Starke, Uta, Dr. habil.  
Universität Leipzig  
Institut für Soziologie

Usbeck, Hartmut, Prof. Dr.  
Usbeck-GmbH  
Büro für Stadt- und Regionalentwicklung